BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 3 **Köln, 20. März 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Johannes Hessen
Hans Iwand – Karl Klammt
Hanfried Lenz - Dietrich Ernst Ralle
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert – Heinz Sitta
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Franz Paul Schneider, „Zum Problem einer Neutralisierung Deutschlands“* S. 73
- *Prof. Dr. Franz Rauhut, „Offiziere erklären ihren Austritt aus der Bundeswehr“* S. 74
- *Dr. Hermann Rauschning, „Das Gespenst der Einkreisung“* S. 79
- *Katharina Seibert, „Die Hintergründe von Kaschmir“* S. 82
- *Dr. Georg Groeninger, „Die Wiedervereinigung — der Angelpunkt der deutschen Politik“* S. 83
- *Dietrich Ernst Ralle, „Der Griff nach dem Privateigentum“* S. 88
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Dritter Brief an einen Bundestagsabgeordneten“* S. 91
- *Dr. Franz Beyer, „Militärische Brennpunkte am Mittelmeer“ (II)* S. 92
- *Johannes Weidenheim, „Die ‚germanengleichen‘ Polen“* S. 94
- *Prof. Dr. Franz Rauhut, „Heraus aus der Nato — Konferenz mit Nehru!“* S. 98
- *Wirtschaft („Schatten über der Leipziger Messe“)* S. 99
- *Auslandsberichte („Schwere Hypothek für Ghana“)* S. 102
- *Zeitdokumente (Briefwechsel Bulganin — Adenauer)* S. 104

Prof. Dr. Franz Paul Schneider

Zum Problem einer Neutralisierung Deutschlands

I.

Es ist heute offenkundig, daß die von der Regierung Adenauer betriebene Außenpolitik falsch war. Dabei lag ihr eine an sich klare Konzeption zugrunde, die — „realpolitisch“ betrachtet — unter bestimmten Voraussetzungen ihren Sinn und ihre Chance hatte. Die Regierung hat keinerlei „Kunstfehler“ begangen.

Trotz der bekannten Friedensliebe des amerikanischen Volkes begann schon bald nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges eine kleine, aber einflußreiche Minderheit von führenden Militärs und Unternehmern in den USA, mit dem Gedanken eines Präventivkrieges gegen die Sowjetunion zu spielen. Es muß der späteren Geschichtsschreibung überlassen bleiben, Breite und Ernsthaftigkeit dieser Strömung dokumentarisch zu belegen. Diese Vertreter des harten Kurses

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bulganins Botschaft an Adenauer

Am 8. Februar in Bonn von Smirnow übergeben

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Unser Botschafter kehrt nach Bonn zurück und hat von mir den Auftrag erhalten, Ihnen diese Botschaft zu überreichen, in der einige Gesichtspunkte über die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland dargelegt sind.

Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit in Moskau zwischen den Regierungsdelegationen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland ausgedehnte und offenherzige Verhandlungen stattfanden mit dem Ergebnis, daß zwischen unseren beiden Ländern diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Die Delegationen unserer Länder waren sich darin einig, daß damit im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa eine neue Phase in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet werde. Wir gingen davon aus, daß die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen der Vertiefung des gegenseitigen Verstehens und der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern dienen und zur Lösung noch ungeregelter Nachkriegsfragen, an denen die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland, aber auch andere Staaten interessiert sind, beitragen werde.

Mit der gleichen Offenheit, die unsere Gespräche in Moskau auszeichnete, möchte ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, sagen, daß meine Kollegen und ich mit der Entwicklung, die die Beziehungen zwischen unseren Ländern nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Errichtung von Botschaften genommen haben, nicht zufrieden sind. Wir haben den Eindruck, daß viele günstige Gelegenheiten für die Vertiefung des gegenseitigen Verstehens und der Zusammenarbeit nicht genutzt wurden.

Ich verhehle auch nicht, daß wir mit Sorge beobachten, wie in der Bundesrepublik Deutschland mit Unterstützung von außen her eine Aktivierung der Kräfte erfolgt, die bessere Beziehungen zwischen unseren Ländern verhindern und die Bundesrepublik auf den gefährlichen Weg militärischer Abenteuer drängen wollen.

Entsprechend den Ausführungen der deutschen Delegation während der Moskauer Verhandlungen können Sie mir darauf entgegnen, daß es in Westdeutschland weder Kräfte noch Politiker gibt, die einen Angriffskrieg wünschen. Wir sehen jedoch, welche Rolle der Bundesrepublik Deutschland und ihren Streitkräften von den Organisatoren des Nordatlantikpaktes zugedacht ist. Man will die Bundesrepublik zu einem Angriffskrieg für dem deutschen Volke fremde Interessen benutzen.

Wir können auch die Ansicht gewisser westdeutscher Kreise nicht teilen, daß die Aufstellung starker Streitkräfte und ihre Ausrüstung mit Atomwaffen die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik Deutschland stärkt. Unserer Ansicht nach ist das Gegenteil der Fall. Jede neue Milliarde, die für die Rüstung ausgegeben wird, jede neue Division wird die außenpolitische Lage der Bundesrepublik nur komplizieren und das Mißtrauen und die Befürchtungen, die andere Staaten, insbesondere ihre Nachbarn, der Bundesrepublik gegenüber hegen, vergrößern. Durch all dies wird für die Bundesrepublik Deutschland die Lösung der Frage, die das gesamte deutsche Volk als sein größtes nationales Anliegen betrachtet, nämlich die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in einem demokratischen Staat, in immer weitere Ferne gerückt.

Wenn ich Ihnen dies in voller Offenheit schreibe, so geschieht dies nicht, weil unser Land die in der Bundesrepublik neu entstehende Armee fürchtet, sondern deshalb, weil uns ein Gefühl der Sorge und der Verantwortung für das Schicksal des Friedens in Europa bewegt.

Als Sie uns in Moskau sagten, daß das deutsche Volk nur mit Schaudern an einen Krieg mit seinen schrecklichen Folgen denkt und daß der Friede ihm als das höchste Gut erscheint, so haben wir das verstanden, denn wir wissen sehr wohl, welches Leid und welche Opfer das deutsche Volk in zwei Weltkriegen ertragen hat. Wir verstehen seinen Haß gegen den Krieg und seinen Wunsch nach einem friedlichen Leben. Ebenso weiß das deutsche Volk, welche unermeßlichen Entbehrungen und Opfer während des ersten und besonders während des zweiten Weltkrieges das sowjetische Volk auf sich nehmen mußte.

Im vergangenen Kriege haben das sowjetische und das deutsche Volk die größten Opfer gebracht. Der Tod vieler Millionen der besten Söhne und Töchter des Landes, Zehntausende von zerstörten Städten und Dörfern, die Vernichtung gewaltiger materieller und kultureller Werte, das war der Preis, den die Völker unserer Länder und andere Völker zahlen mußten.

Darf man all dies vergessen? Wir sind der Ansicht, daß es ein Verbrechen wäre, diese Lehre der Geschichte zu vergessen. Wir sind deshalb fest von der Notwendigkeit festgefügter freundschaftlicher

Beziehungen und einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk überzeugt, damit sich all dies nicht wiederholen kann und der Friede in Europa gesichert wird.

Ob es in Europa Krieg oder Frieden geben wird, hängt in erster Linie davon ab, wie sich die Beziehungen zwischen unseren Völkern gestalten werden. Deshalb müssen unsere beiden Regierungen vom Verantwortungsbewußtsein sowohl für das Schicksal der Völker ihrer Länder als auch für das Schicksal des Friedens in Europa durchdrungen sein, und das ist sicherlich von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Friedens in der ganzen Welt.

Nach sorgfältiger Prüfung der derzeitigen Lage sind meine Kollegen und ich zu dem Schluß gekommen, daß die ureigensten Interessen sowohl des sowjetischen als auch des deutschen Volkes eine entscheidende Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland erforderlich machen, eine Neuorientierung, die vom gegenseitigen Mißtrauen und sogar einer gewissen Feindseligkeit zu Vertrauen und Freundschaft führt, und daß die dazu nötigen Voraussetzungen vorhanden und bei weitem noch nicht ausgenutzt sind. Nur ein solcher Umschwung in dem Verhältnis unserer Völker zueinander kann sicherstellen, daß zwei große Völker, das sowjetische und das deutsche Volk, nie wieder gezwungen sein werden, ihre Kräfte und Reichtümer zu vergeuden, um sich gegenseitig in Not und Elend zu stürzen.

Wir wissen, daß es Kräfte gibt, die die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland mit allen Mitteln hintertreiben. Um ihrer engstirnigen eigennützigen Interessen willen versuchen diese Kräfte, die Bundesrepublik zu einer sowjetfeindlichen Politik aufzuhetzen und sie in einen militärischen Konflikt mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern hineinzutreiben. Das ergibt sich sehr deutlich aus den beständig an die Bundesrepublik gerichteten Forderungen nach beschleunigter Aufstellung starker Streitkräfte und Erhöhung der Ausgaben für die Rüstung und den Unterhalt fremder Truppen. Aus demselben Grunde war es offenbar erforderlich, den Aufenthalt fremder Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik auf Jahrzehnte hinaus im voraus festzulegen. Darüber hinaus wird in letzter Zeit ganz offen die Benutzung westdeutschen Territoriums als Aufmarschgebiet für den Atomkrieg vorbereitet.

Man ist bemüht, all dies mit dem Hinweis auf die angebliche Aggressivität der Sowjetunion zu bemänteln. Dies ist jedoch nur ein Vorwand. Man drängt die Bundesrepublik auf den Weg der Aggression, auf einen für sie verderblichen Weg, der mit den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes und dem damit unlösbar verbundenen Interesse an Frieden und Sicherheit in Europa nichts gemein hat. Es ist unschwer einzusehen, daß diejenigen, die die Bundesrepublik Deutschland auf einen Weg drängen, der zum Kriege führt, sich um das Schicksal der Bundesrepublik und die Interessen des deutschen Volkes am allerwenigsten Sorge machen. Ihre Rechnung geht offenbar darauf hinaus, den atomaren Gegenschlag von sich selbst ab- und auf die Bundesrepublik Deutschland zu lenken, wobei sie hoffen, daß es ihnen gelingt, andere die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen und selbst unter Ausnutzung der Vorteile ihrer geographischen Lage in entfernten Winkeln des Erdballs ungestraft abzuwarten, bis alles vorüber ist. Sie vergessen dabei nur, daß es in unserer Zeit mit ihrer hochentwickelten Technik solche unerreichbaren Winkel nicht mehr gibt.

Wir hoffen jedoch, daß in der Bundesrepublik Deutschland die nationalen und patriotischen Kräfte, die ihr Land nicht in solche militärischen Abenteuer verwickelt sehen wollen, die Oberhand haben.

Es mag Leute geben, für die das nicht gilt. Das deutsche Volk jedenfalls kann nicht daran interessiert sein, im Verhältnis zur Sowjetunion erneut den Weg der Feindschaft zu beschreiten, einen Weg, auf dem Deutschland nur alles verlieren, aber nichts gewinnen kann. Denn nicht umsonst haben in der Vergangenheit die weitsichtigsten Politiker stets die Bedeutung guter deutsch-russischer Beziehungen hervorgehoben und sich mit Entschiedenheit jedem Versuch widersetzt, Deutschland mit Rußland zu verfeinden.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland weiß, daß die Politik der sowjetischen Regierung auf Frieden und Zusammenarbeit mit allen Staaten, unabhängig von ihrem inneren politischen System, gegründet ist. Wir sind fest davon überzeugt, daß alle internationalen Probleme, Streitfälle und Meinungsverschiedenheiten durch Verhandlungen zwischen den interessierten Ländern auf friedlichem Wege geregelt werden können, ohne daß es kriegerischer Verwicklungen bedarf. Die Sowjetunion hält sich in ihrem Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und zu anderen Ländern unverbrüchlich an diese Grundsätze. Wir sind davon überzeugt, daß Deutschlands Größe und die volle Entfaltung des schöpferischen Genius des deutschen Volkes nur in friedlicher Entwicklung erreicht werden können.

Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Voraussetzungen für eine breite Entfaltung allseitiger und für beide Seiten nutzbringender Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland in reichem Maße vorhanden sind. Die Bundesrepublik besitzt eine allseitig entwickelte Industrie und kann auf große und günstige Aufträge aus der Sowjetunion rechnen. Auch die Sowjetunion verfügt ihrerseits über alle Voraussetzungen, um der Bundesrepublik Deutschland Waren zu verkaufen, an denen die Industrie und die Landwirtschaft der Bundesrepublik interessiert sind. Wir werfen die Frage der Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik auch deshalb

auf, weil die Sowjetunion der Ansicht ist, daß solche Beziehungen eine solide Grundlage für die Verbesserung auch der politischen Beziehungen zwischen den Staaten abgeben.

Ich möchte unterstreichen, daß, wenn wir von der Notwendigkeit und dem Nutzen guter Beziehungen zwischen unseren Ländern sprechen, wir stets davon ausgehen, daß das Vorhandensein solcher Beziehungen das Verhältnis der Sowjetunion bzw. der Bundesrepublik zu anderen Staaten in keiner Weise beeinträchtigen darf und soll. Im Gegenteil, gute freundschaftliche Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland können unserer Überzeugung nach nur dazu beitragen, daß die internationalen Beziehungen beider Länder im Interesse des Friedens eine weitere Ausdehnung erfahren.

Die Stärkung des Vertrauens und eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern würde zweifellos auch die Vereinigung Deutschlands erleichtern, die das deutsche Volk als seine vordringlichste nationale Aufgabe betrachtet. Die Menschen in der Sowjetunion begreifen sehr wohl, daß die Frage der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands die Deutschen in Ost- und Westdeutschland zutiefst bewegt. Wir stehen diesen berechtigten Wünschen mit aufrichtiger Anteilnahme gegenüber und sind bereit, dem deutschen Volk bei der Lösung dieser gesamtnationalen Aufgabe wie bisher jegliche Unterstützung zu gewähren.

Die Wiedervereinigung Deutschlands wird jedoch nicht gefördert, wenn man weiterhin versucht, an der Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten vorbeizugehen. Die Entwicklung der Dinge zeigt immer deutlicher, daß eine Lösung des deutschen Problems nur durch eine Annäherung zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland gefunden werden kann. Ebenso offensichtlich ist, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Beschränkung der demokratischen Rechte seiner Bevölkerung und die Fortsetzung der unfreundlichen Politik gegenüber den Deutschland benachbarten friedliebenden Ländern der Wiedervereinigung Deutschlands nicht dienlich sind.

Bevor der Tag der Wiedervereinigung näherrückt, müssen noch viele Schwierigkeiten überwunden werden. Alle interessierten Staaten müssen hierzu ihre Bemühungen vereinen. Je eher dies geschieht, desto besser. Die sowjetische Regierung ist ihrerseits bereit, den Regierungen der beiden deutschen Staaten bei der Lösung der Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands ihre Unterstützung zu gewähren.

Gestatten Sie mir, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Verbesserungen der Beziehungen zwischen unseren Ländern auch in dieser Hinsicht sehr nutzbringend sein wird.

Gleichzeitig möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Vorschläge der sowjetischen Regierung zur Abrüstungsfrage und zur internationalen Entspannung vom 17. November 1956 lenken, die seinerzeit der Regierung der Bundesrepublik zugeleitet wurden.

In diesen Vorschlägen sind bekanntlich eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen, darunter auch solche, die Deutschland betreffen. Nach Meinung der sowjetischen Regierung würde die Durchführung dieser Maßnahmen von entscheidender Bedeutung für die Gesundung der Lage in Europa sein.

Wir sind der Ansicht, daß für die Regierungen unserer beiden Länder die Zeit gekommen ist, um in voller Übereinstimmung mit den während der Moskauer Gespräche des Jahres 1955 gemeinsam gefaßten Beschlüssen und unter Zugrundelegung der inzwischen auf verschiedenen Gebieten der gegenseitigen Beziehungen bereits gewonnenen, zwar recht bescheidenen, aber immerhin nützlichen Erfahrungen konkrete Schritte für eine ernsthafte Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zu unternehmen.

Insbesondere könnte man folgende vordringlichen Fragen erörtern: Eine erhebliche Steigerung des Warenverkehrs zwischen beiden Ländern und den Abschluß eines Handelsvertrages; den Abschluß eines Abkommens über kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie eines Konsularabkommens, das die Rechte beider Seiten auf Schutz der Interessen ihrer Staatsangehörigen festlegt, wodurch die Lösung der mit der Repatriierung von Staatsangehörigen beider Länder verbundenen Fragen erleichtert würde.

Dabei möchte ich unterstreichen, daß wir es selbstverständlich nicht für richtig halten, unsere Beziehungen auf eine wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu beschränken. Wir messen der Meinung des deutschen Volkes bei der Erörterung der wichtigen internationalen Probleme große Bedeutung bei. In Gesprächen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben wir bereits in so bedeutenden Fragen wie z. B. der Abrüstungsfrage, der Frage der europäischen Sicherheit und hinsichtlich anderer Probleme, an deren Lösung das sowjetische und das deutsche Volk gleichermaßen interessiert sind, gegenseitiges Einvernehmen erzielt. Wir sind der Ansicht, daß eine Annäherung der Standpunkte der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland in diesen Fragen sehr nutzbringend wäre.

Wir hoffen, daß die vorstehend dargelegten Gesichtspunkte von der Bundesregierung im Geiste freundschaftlicher und konstruktiver Zusammenarbeit geprüft werden.

Es ist selbstverständlich, daß ich und die übrigen Mitglieder der sowjetischen Regierung etwaige Vorschläge, die Sie, Herr Bundeskanzler, Ihrerseits zur Festigung unserer Beziehungen, die den Lebensinteressen der Völker beider Länder entspricht, zu machen für richtig befinden, gern und aufmerksam prüfen werden.

Hochachtungsvoll

gez. N. Bulganin."

Adenauers Antwort vom 1. März

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihren Brief vom 5. Februar 1957, den mir Herr Botschafter Smirnow überbrachte, habe ich seiner Bedeutung entsprechend sehr sorgfältig gelesen, und ich habe seinen Inhalt gewissenhaft geprüft. Ich habe die Niederschrift unserer Verhandlungen in Moskau im September 1955 und unser gemeinsames Schlußkommuniqué wieder durchgesehen. Zur Beurteilung der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen habe ich auch alle Vorgänge herangezogen, die sich seit den Moskauer Verhandlungen zwischen unseren beiden Regierungen und unseren Botschaften abgespielt haben. Es ist natürlich, daß sich bei der Wiederanknüpfung von diplomatischen Beziehungen, die so tragisch und so lange unterbrochen waren, Differenzen und Schwierigkeiten ergeben. Manche von ihnen sind geringfügiger Art, und ich glaube, wir sollten uns bei ihnen nicht aufhalten.

Was die seit Moskau noch offenen Fragen betrifft, so möchte ich zunächst auf unsere beiderseitigen Handelsbeziehungen eingehen. Sie haben sich nicht ungünstig entwickelt. Die Einfuhr der Bundesrepublik aus der Sowjetunion ist von 93,1 Mill. DM im Jahre 1954 auf 185,8 Mill. DM in den ersten elf Monaten des Jahres 1956 gestiegen. Die Ausfuhr der Bundesrepublik in die Sowjetunion ist im gleichen Zeitabschnitt von 52,8 Mill. DM auf 267,1 Mill. DM angewachsen. Nach diesem Auftakt lassen sich die Handelsbeziehungen noch weiter entwickeln, und ich schlage Ihnen vor, alsbald in Regierungsbesprechungen hierüber einzutreten. Ich teile Ihre Ansicht, daß der Ausbau von Handelsbeziehungen dazu geeignet ist, die politische Atmosphäre zu verbessern.

Aus dem gleichen Grunde schlage ich Ihnen vor, Fragen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zunächst auf diplomatischem Wege behandeln zu lassen.

Schließlich werde ich den deutschen Botschafter in Moskau anweisen, Ihnen Vorschläge über ein Abkommen über konsularische Befugnisse zu unterbreiten.

Sie haben in Ihrem Brief, wie ich mit Genugtuung festgestellt habe, die friedlichen Absichten der Bundesrepublik mit ihrer Regierung nicht in Zweifel gezogen. Um so mehr bedauere ich es, daß Sie das Wesen und die Zielsetzung des Bündnissystems, dem die Bundesrepublik Deutschland angehört, verkennen, indem Sie meinen, daß die Bundesrepublik durch ihre Bündnispartner auf den Weg der Aggression gedrängt werde. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, daran erinnern, daß Sie sowohl wie Herr Chruschtschow bei unseren Verhandlungen in Moskau wörtlich zu mir sagten: „Wir haben Ihren Eintritt in die NATO nicht gern gesehen, aber Sie sind in die NATO eingetreten, und wir sind Realisten und nehmen das als Tatsache hin." Ich würde es begrüßen, wenn Sie diese realistische Betrachtungsweise beibehielten. Vor allem aber möchte ich mit großer Entschiedenheit unterstreichen, daß die Verteidigungsbündnisse, denen die Bundesrepublik angehört, rein defensiver Natur sind. Sie können, das ist ganz offenbar, keinen Zwecken nutzbar gemacht werden, die diesem defensiven Charakter nicht entsprechen. Die Treue, mit der die Bundesrepublik zu ihren Bündnispflichten steht und stehen wird, umfaßt auch die Treue zu dem Prinzip, das diese Bündnisse beherrscht, dem Prinzip der Friedensliebe und der Bereitschaft, sich gemeinsam zu verteidigen.

Sie dürfen überzeugt sein, Herr Ministerpräsident, daß ich für das ganze deutsche Volk gesprochen habe, als ich in Moskau leidenschaftlich vor neuen kriegerischen Verwicklungen gewarnt und an die schweren Folgen erinnert habe, die der letzte Krieg mit sich brachte. Die Bundesregierung hat deshalb ihr Interesse an der Frage der Abrüstung stets besonders betont und wird jederzeit bereit sein, sich an Bemühungen um die Erreichung dieses Ziels zu beteiligen. Ich kann allerdings nicht verschweigen, daß nach der Überzeugung der Bundesregierung Verhandlungen über Abrüstung nur dann Erfolg versprechen, wenn alle daran beteiligten Staaten sich einer uneingeschränkten und wirksamen Kontrolle insbesondere auch der nuklearen Waffen bedingungslos unterwerfen und wenn vor allem die Ursachen der bestehenden Spannungen auf politischem Gebiet beseitigt werden.

Lassen Sie mich nun, Herr Ministerpräsident, zu zwei Tatbeständen übergehen, die in Wahrheit sehr schwere Hindernisse für die von Ihnen gewünschten guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern darstellen. Es handelt sich um die Frage der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands und um die Frage der Rückführung der in der Sowjetunion noch zurückgehaltenen Deutschen.

Sie sprechen in Ihrem Brief davon, daß man von der Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten ausgehen müsse. Diese Auffassung kann ich, wie Ihnen zur Genüge bekannt ist, nicht teilen. Ich bitte Sie, meine Empfindungen zu verstehen, wenn ich Ihnen mit allem Nachdruck und allem Ernst sage: Sie, Herr Ministerpräsident, und Herr Generalsekretär Chruschtschow haben bei den Moskauer Verhandlungen ausdrücklich anerkannt, daß die Sowjetunion als Besatzungsmacht verpflichtet sei, zusammen mit den drei Westmächten die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Diese Verpflichtung der Sowjetunion besteht, und sie muß erfüllt werden, wenn die auch von uns gewünschte Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Deutschland zum Nutzen beider Völker und des Friedens in Europa und der Welt in vollem Umfange wirksam werden soll.

Die drei Westmächte sind zur Lösung der Frage bereit. Die deutsche Bundesregierung wird in ihrer Antwort auf die Note Ihrer Regierung vom 22. Oktober 1956 auf die Frage der Wiederherstellung der

staatlichen Einheit Deutschlands in Freiheit ausführlich eingehen. Trotzdem bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, schon in diesem persönlichen Brief ebenso herzlich wie eindringlich, sich der Verpflichtung zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht dadurch zu entziehen, daß Sie die Existenz zweier deutscher Staaten betonen und erklären, eine Lösung des deutschen Problems könne nur durch eine Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland gefunden werden. Nichts würde dem deutsch-sowjetischen Verhältnis und dem Frieden in Europa und der Welt mehr dienen als der Beweis echter Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Sie und Ihre Regierung mit der Zustimmung zur alsbaldigen Vereinigung der beiden Teile Deutschlands auf Grund gesamtdeutscher freier Wahlen erbringen könnten. Geben Sie 17 Millionen Deutsche frei, Herr Ministerpräsident, und Sie werden einer freundschaftlichen Zusammenarbeit unserer beiden Länder einen außerordentlich großen Dienst erweisen.

Lassen Sie mich nunmehr übergehen zum zweiten Tatbestand, der ebenfalls in starkem Maße die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern hemmt. Es handelt sich um die Rückführung der in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen. Lassen Sie mich die Aussprache, die wir hierüber in Moskau gehabt haben, in Ihr Gedächtnis zurückrufen. Wir sprachen zuerst von den zurückgehaltenen Kriegsgefangenen, die, wie Sie sagten, zum Teil zu langen Freiheitsstrafen verurteilt waren. Wir einigten uns verhältnismäßig schnell über diese Frage. Wir gingen über zu der Rückführung der deutschen Zivilpersonen. Es stellte sich heraus, daß über die Zahl dieser Personen keine Übereinstimmung zwischen uns bestand. Unsere Ermittlungen und die Ermittlungen des Deutschen Roten Kreuzes hatten eine viel höhere Zahl ergeben, als sie Ihnen von Ihren Organen gemeldet war. Sie erklärten schließlich, die Sowjetunion werde alle deutschen Staatsangehörigen repatriieren, die sich gegen ihren Willen in der Sowjetunion befinden.

Die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen erfolgte dann in so flüssiger und loyaler Weise, daß das deutsche Volk — nicht nur die Angehörigen der Betroffenen — davon sehr stark beeindruckt wurde. Bei der Rückführung von Zivilpersonen hingegen wurden von den Ihnen nachgeordneten Organen von Anfang an Schwierigkeiten bereitet, die immer größere Ausmaße annahmen und schließlich auf eine Nichterfüllung der gegebenen Zusagen hinausliefen. Ich brauche hier nur auf die Ssuchumi-Deutschen zu verweisen. Ich glaube nicht, daß Sie mit der Nichterfüllung der von Ihnen ausdrücklich gemachten Zusagen einverstanden sind, aber ich kann Ihnen nicht verschweigen, daß in weitesten Kreisen des deutschen Volkes Enttäuschung, ja Erbitterung hierüber herrscht. Ich bitte Sie, diesen Schwierigkeiten ein Ende zu bereiten und anzuordnen, daß die Moskauer Vereinbarung entsprechend dem Geiste, in dem sie getroffen wurde, nunmehr durchgeführt wird. Sie wissen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, welch große Bedeutung gerade solche Vorgänge, die das Menschliche berühren, haben, und ich bitte Sie, die Sorge, die auf vielen Familien in Deutschland lastet, von ihnen zu nehmen. Eine solche Entscheidung würde zweifellos einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege der Normalisierung unserer Beziehungen darstellen.

Diesen Brief, den ich unserem Botschafter mitgebe, beende ich, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit der Versicherung, daß die deutsche Bundesregierung und das deutsche Volk die Bedeutung gutnachbarlich-freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Völkern wohl zu würdigen wissen. Die Bundesrepublik hat bereits ausgezeichnete freundschaftliche Beziehungen zu allen ihren Nachbarn im Westen, Norden und Süden, und sie wünscht, diese Beziehungen zu pflegen und zu erhalten. Die Bundesregierung und das deutsche Volk würden sich glücklich schätzen, wenn es gelänge, auch nach Osten hin das gleiche gute Verhältnis herzustellen.

Sie haben, Herr Ministerpräsident, an die gute Tradition der deutsch-russischen Beziehungen erinnert. Aber gerade die Erinnerung an diese Tradition, die auf einem geordneten Verhältnis beruhte, das jeden Eingriff des einen Volkes in die Lebensordnung des anderen ausschloß, bringt uns um so schmerzlicher zum Bewußtsein, wieviel Trennendes in den gegenwärtigen Umständen unseres Nebeneinanderlebens liegt. Deshalb möchte ich nochmals unterstreichen, daß die grundsätzliche Klärung unseres beiderseitigen Verhältnisses von der Regelung der großen bisher ungelösten Fragen, an deren Spitze die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands steht, nicht zu trennen ist. Wenn es unser Auftrag ist, unseren Völkern eine dauerhafte Friedensordnung zu geben, die den kommenden Generationen mehr Sicherheit gibt, als uns bis heute gegeben war, müssen wir und alle, die dafür Verantwortung tragen, zusammenwirken, damit der Gefahrenherd, der durch die Spaltung Deutschlands entstanden ist, beseitigt wird.

Genehmigen Sie, Herr Ministerpräsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung!

gez.: Adenauer."

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Hohenstaufenring 57. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise: monatlich einmal zum Preise von DM 1.— zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 3 **Köln, 20. März 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Johannes Hessen
Hans Iwand – Karl Klammt
Hanfried Lenz - Dietrich Ernst Ralle
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert – Heinz Sitta
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Franz Paul Schneider, „Zum Problem einer Neutralisierung Deutschlands“* S. 73
- *Prof. Dr. Franz Rauhut, „Offiziere erklären ihren Austritt aus der Bundeswehr“* S. 74
- *Dr. Hermann Rauschning, „Das Gespenst der Einkreisung“* S. 79
- *Katharina Seibert, „Die Hintergründe von Kaschmir“* S. 82
- *Dr. Georg Groeninger, „Die Wiedervereinigung — der Angelpunkt der deutschen Politik“* S. 83
- *Dietrich Ernst Ralle, „Der Griff nach dem Privateigentum“* S. 88
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Dritter Brief an einen Bundestagsabgeordneten“* S. 91
- *Dr. Franz Beyer, „Militärische Brennpunkte am Mittelmeer“ (II)* S. 92
- *Johannes Weidenheim, „Die ‚germanengleichen‘ Polen“* S. 94
- *Prof. Dr. Franz Rauhut, „Heraus aus der Nato — Konferenz mit Nehru!“* S. 98
- *Wirtschaft („Schatten über der Leipziger Messe“)* S. 99
- *Auslandsberichte („Schwere Hypothek für Ghana“)* S. 102
- *Zeitdokumente (Briefwechsel Bulganin — Adenauer)* S. 104

Prof. Dr. Franz Paul Schneider

Zum Problem einer Neutralisierung Deutschlands

I.

Es ist heute offenkundig, daß die von der Regierung Adenauer betriebene Außenpolitik falsch war. Dabei lag ihr eine an sich klare Konzeption zugrunde, die — „realpolitisch“ betrachtet — unter bestimmten Voraussetzungen ihren Sinn und ihre Chance hatte. Die Regierung hat keinerlei „Kunstfehler“ begangen.

Trotz der bekannten Friedensliebe des amerikanischen Volkes begann schon bald nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges eine kleine, aber einflußreiche Minderheit von führenden Militärs und Unternehmern in den USA, mit dem Gedanken eines Präventivkrieges gegen die Sowjetunion zu spielen. Es muß der späteren Geschichtsschreibung überlassen bleiben, Breite und Ernsthaftigkeit dieser Strömung dokumentarisch zu belegen. Diese Vertreter des harten Kurses

waren nicht abgeneigt, Stalin dasselbe Schicksal zu bereiten, das Hitler erlitten hatte. Für eine rasche Niederwerfung der UdSSR sprach vieles: die alleinige Verfügung der Vereinigten Staaten über die H-Bombe, die Überlegenheit des kriegswirtschaftlichen Potentials, manche bedenkliche Maßnahme der sowjetischen Regierung, die Unzufriedenheit der osteuropäischen Völker u. a. m. Bei erwartungsgemäß geringen Opfern konnte man auch auf die nachträgliche Billigung der „Befreiung" Osteuropas seitens der an sich kriegsfeindlichen öffentlichen Meinung rechnen. Es fehlte also dem Bundeskanzler nicht an konkreten Anhaltspunkten für die Erwartung einer gleichsam automatischen Lösung der deutschen Frage und der Wiederherstellung der vielberufenen Reichsgrenzen vom 31. Dezember 1937. Die — noch unbewaffnete — Bundesrepublik konnte sich nichts besseres wünschen, als ihre nationalen Ziele mit amerikanischer Hilfe zu erreichen, ohne sich erneut dem Odium einer deutschen Aggression aussetzen zu müssen.

Die Gefahr eines dritten Weltkrieges als eines planmäßig ins Werk gesetzten „Befreiungskrieges" bestand bis zu dem Tage, an dem die Sowjetunion ihre erste Wasserstoffbombe zur Explosion brachte. Seit dem 20. August 1953 übertrifft das Risiko eines neuen Weltkrieges den noch möglichen Gewinn. Der Bundesregierung blieb nun nur noch die Hoffnung auf Unruhen im Ostblock, die zur Wiederherstellung der deutschen Einheit auf den Grundlagen von „Befreiung" und „Gleichschaltung" führen konnten.

Der entscheidende Fehler der amerikanischen und der an ihr orientierten westdeutschen Außenpolitik lag in der Verkennung des geschichtlichen Charakters der kommunistischen Bewegung. Man machte keinen Unterschied zwischen Diktatur und Diktatur und vermochte die Exzesse des Faschismus und die Kinderkrankheiten des Kommunismus nicht auseinanderzuhalten. Die Bundesrepublik hat im Grunde die antikommunistische Konzeption Hitlers niemals aufgegeben, und die personelle Renazifizierung, die auch im westlichen Auslande Befremden auslöste, war nur das Symptom für eine tieferliegende Kontinuität des außenpolitischen Weltbildes. Es ist kein Zufall, daß Professor Dr. Wilhelm Röpke, der „Weise von Genf", zum bevorzugten Theoretiker der bundesrepublikanischen Restauration wurde. Wenn man mit Röpke im Kommunismus nur eine Entartungserscheinung, die Pervertierung aller Grundlagen menschlichen Zusammenlebens, überhaupt das Gegenteil einer „natürlichen" und „vernünftigen" Ordnung sieht, kann man für die Außenpolitik einzig die Folgerungen ziehen, die J. Foster Dulles tatsächlich gezogen hat. Der „ordre naturel" war bereits im 18. Jahrhundert eine falsche Vorstellung, die jedoch den Bedürfnissen des aufsteigenden Bürgertums entsprach. Heute ist er nur noch der Aufguß eines geschichtswidrigen Postulats. Dabei dürfte es an sich dem Westen nicht schwerfallen, ein objektives Verhältnis zum Weltkommunismus zu finden, da im westlichen Bereich — nicht zuletzt bei der verbürgerlichten Arbeiterschaft — die Gefahr einer kom-

---

Erklärung von Offizieren, die aus der Bundeswehr ausgetreten sind

in einem Interview mit einem französischen Publizisten

Bernard Lavergne, Professor der juristischen Fakultät der Pariser Universität, berichtet in seiner Zeitschrift „L'Année politique et économique" vom November/Dezember 1956, daß ca. 100 Offiziere, etwa 200 Unteroffiziere und rund 300 Soldaten des Mannschaftsgrades aus der Bundeswehr ausgetreten sind, weil sie deren politischen Geist ablehnen. G. Bertin hat solche Offiziere über ihre Gründe befragt und das Ergebnis in der Zeitung „La Tribune des Nations" vom 30. November veröffentlicht. Den vollständigen Nachdruck dieses Interviews in der oben angegebenen Zeitschriftnummer übersetze ich im folgenden.

„Frage: Aus welchen Gründen haben Sie sich entschlossen, die Bundeswehr zu verlassen?

Einer der Hauptgründe ist, daß wir während unserer ersten Tätigkeit in der Bundeswehr zu dem Schluß gekommen sind, daß diese Form der Wiederaufrüstung des Landes sich nicht mit den Möglichkeiten seiner Wiedervereinigung vereinbaren läßt. Unsere vielen Gespräche mit den amerikanischen Offizieren, auch über technische

munistischen Infiltration kaum besteht. Im übrigen geht es nicht um eine Rezeption des Kommunismus, sondern um die richtig verstandene Koexistenz zwischen „unserer" und einer anders gearteten Ordnungsidee, die die bewußtseinsmäßige Verteidigung der „abendländischen Werte" keineswegs ausschließt.

Die Außenpolitik der Bundesregierung widerspricht der tatsächlichen Entwicklung des weltpolitischen Kraftfeldes. Die richtige Anpassung an wechselnde Konstellationen verbürgt nur dann eine konstruktive Außenpolitik, wenn sie von dem sicheren Gefühl für die allgemeinen Entwicklungstendenzen begleitet wird, wie es einer geschichtsphilosophischen Intuition entspringt. Der westdeutschen Außenpolitik fehlt jener Hauch Rankescher Geschichtsbetrachtung, die ein tieferes Verständnis für die weltgestaltenden Kräfte unseres Zeitalters ermöglicht.

Die Opposition — angefangen bei Kurt Schumacher — war von denselben Hoffnungen und Vorurteilen beherrscht wie die Regierung, besaß aber im Gegensatz zu dieser nie eine echte Konzeption, weil sie von ihren Ansatzpunkten aus die offizielle Außenpolitik eigentlich nicht bekämpfen konnte.

II.

Die drei westlichen Besatzungszonen, die Bizone und schließlich die Bundesrepublik waren von Anfang an westlich und antikommunistisch orientiert. Daher verfolgten sie eine Außenpolitik, die ausschließlich auf der These von der immanenten Schwäche des Weltkommunismus beruhte, aber im Widerspruch stand zu unserer geographischen Lage, zu geopolitischen Erfordernissen und bewährten traditionellen Strömungen. Folglich konnte die deutsche Frage nicht gelöst, ja, nicht einmal in Angriff genommen werden. Die Bundesregierung konnte unmöglich ihre ungeteilte Aufmerksamkeit einem Ziele zuwenden, von dem sie zunächst annahm, daß es sich von selbst verwirklichen würde, und dessen Erreichung sie später abhängig glaubte von der westdeutschen Aufrüstung im Zeichen der westlichen Stärke. Da sie davon überzeugt war, daß ihr im Zuge der militärischen Erstarkung des Westens die uneingeschränkte Initiative für die Lösung der deutschen Frage zufallen würde, unterließ sie es, die sowjetischen Angebote vom 10. März 1952 und vom 15. Januar 1955 mit jener hellhörigen Hartnäckigkeit zu prüfen, die sie notwendigerweise erforderten. Wenn sie damals nur wirklich festgestellt hätte, daß sich die UdSSR einer genauen, jedes Risiko ausschließenden Präzisierung und Erläuterung ihrer Angebote entzieht, so hätte sie wenigstens eine einwandfreie Legitimierung für ihre Außenpolitik gewonnen.

Heute glaubt niemand mehr an die Möglichkeit einer gewaltsamen oder durch Drohung mit militärischem Einsatz erzwingbaren Wiedervereinigung. Daher ist die Wiederherstellung der deutschen Einheit gleichbedeutend geworden mit der Neutralisierung Gesamt-

---

Dinge, haben uns davon überzeugt, daß diese Wiederaufrüstung in ein auswärtiges und nicht deutsches Spiel einbezogen ist, das die Wiedervereinigung ausschließt. Die so gemeinte Wiedervereinigung ist nur eine gefälschte Karte, mit der man uns spielen lassen möchte; wir sind der Meinung, daß wir sie denen zurückgeben müssen, die darauf bestanden haben, sie uns zu schenken.

Frage: Wie schätzt man unter diesen Umständen in der Bundeswehr die wiederholten Versicherungen des Kanzlers Adenauer ein, daß er die Wiedervereinigung betreiben wolle?

Der Gedanke der Wiedervereinigung durch politische Mittel existiert bei unseren höheren Offizieren praktisch nicht. Dafür sind sie nicht ausgebildet, und die, die so dachten, sind aus den hohen Kadern der Bundeswehr nach und nach entfernt worden. Die, die bleiben, sprechen lieber von der „Befreiung Ostdeutschlands" und fassen kaltblütig die Umstände eines „lokalen Konflikts" zu diesem Zweck ins Auge. Sie behaupten, daß dieser Standpunkt auch der der politischen Milieus ist, die gegenwärtig die Bundesrepublik leiten. Nun, w i r denken, daß ein solcher „lokaler Konflikt" nicht nur einen brudermörderischen Kampf bedeuten, sondern unvermeidlich fremde Streitkräfte zu einem Krieg auf deutschem Boden veranlassen würde, und zwar aus Gründen, die mit dem Anliegen der deutschen Wiedervereinigung gar nichts zu tun haben. Oberst von Bonin, der kaltgestellt wurde, weil er das gesagt hatte, hat recht, wenn er meint, daß die Idee von Entscheidungsschlachten in Frankreich oder Ruß-

deutschlands. Wenn überhaupt, werden die vier Großmächte dem Zusammenschluß aller Deutschen nur zustimmen, sofern das wiedervereinigte Deutschland keinem Militärblock angehört. Das in Frieden wiedervereinigte Deutschland würde also in erster Linie ein „paktfreier" Staat sein.

Neutralität im Sinne von Paktfreiheit bedeutet jedoch nicht Entmilitarisierung. Die sowjetische Regierung hat in ihrer Note an die Westmächte vom 10. März 1952 dem wiedervereinigten Deutschland den Besitz „eigener militärischer Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte)" ausdrücklich zugestanden. Dieses Zugeständnis wurde auf der Berliner Außenministerkonferenz dahingehend erläutert, daß „die Größe dieser Streitkräfte" „entsprechend den Aufgaben inneren Charakters, der lokalen Verteidigung der Grenzen und des Luftschutzes" „beschränkt sein" wird. Nach sowjetrussischen Vorstellungen würde es sich um 150 000 bis 200 000 Mann handeln. Wer an dieser Beschränkung unserer Streitmacht, die im wesentlichen ein Symbol staatlicher Souveränität wäre, Anstoß nimmt, sollte sich die Frage vorlegen, ob die Bundeswehr im Verein mit den Verbänden der NATO im Ernstfall wirklich imstande wäre, Westdeutschland vor einer „Coventrisierung" zu bewahren.

Außerdem wäre ein neutralisiertes Gesamtdeutschland ein Bestandteil jener Friedenszone, die sich — mit Unterbrechungen — von Schweden bis Indien erstreckt.

III.

Das deutsche Volk hat sich in seiner Masse niemals mit der Neutralisierung als der friedlichen Form der Wiederherstellung deutscher Einheit ernsthaft auseinandergesetzt. Im Kriegsgefangenenlager Landsberg a. d. Warthe betrachteten sich schon 1945 viele meiner Kameraden als künftige Waffengefährten der Amerikaner. Rein stimmungsmäßig wurde also die Beseitigung der deutschen Spaltung von Anfang an in einer Richtung gesucht, die das größte Risiko in sich schloß. Wenn man schon die Außenpolitik Konrad Adenauers kritisiert, muß man loyalerweise hinzufügen, daß sie lange Zeit hindurch der politischen Empfindungswelt weiter Volkskreise entsprach.

Der Gedanke der Neutralität ist bei uns niemals populär gewesen oder geworden. In verhängnisvoller Überschätzung unseres realen Gewichts im heutigen weltpolitischen Kraftfeld sah man in ihr nur eine capitis deminutio. Es ist bezeichnend, daß der Würzburger Historiker Professor Dr. Ulrich Noack, der sich schon früh mit scharfsinniger Begründung für die Neutralisierung Deutschlands einsetzte, keine große Resonanz fand. Nur zum geringsten Teile lag das an dem etwas exklusiven Charakter des Nauheimer Kreises und an der vielleicht überdifferenzierten weltpolitischen Gesamtkonzeption dieses Gelehrten.

---

land nur noch eine romantische Erinnerung der Kriegsgeschichte ist.

Frage: Was können Sie über den Geist sagen, der in der Bundeswehr herrscht?

Es ist bezeichnend, daß die Bundeswehr nicht ein neues Heer mit einer neuen Gesinnung, sondern ein neues Heer mit sehr alten Ideen ist, unter denen der Revanchegeist, der ein rückwärts gerichteter Geist ist, einen sehr großen Platz einnimmt. Nicht nur in Liedern träumen die Offizierskreise von einer Zeit, in der deutsche Kommandoworte wieder an der Seine, an der Donau oder am Kanal erschallen würden ... Daher träumen diese gleichen Offiziere, nachdem sie die EVG-Pläne des Kanzlers Adenauer unterstützt haben, weiter von einem deutschen Europa, für das sie im Geist außer Frankreich, Italien, Benelux auch Länder wie ... Dänemark annektieren. In diesem Fall, so denken die höheren Offiziere und auch General Speidel selbst, könnte die Bundeswehr ihre Rolle mit der der Vereinigten Staaten tauschen, welche die des „großen Bruders" in Westeuropa spielen, während Deutschland vorerst nur die des „kleinen Bruders" spielt. Man ist, in denselben Kreisen wohlverstanden, der Meinung, daß das um so rascher geschehen wird, als die Bundesrepublik, stark durch die amerikanische Unterstützung auf dem Gebiet der Atomenergie, die mit Atomkraft bestausgerüsteten Streitkräfte wird schaffen können. Aber es ist ganz offensichtlich, daß dies ein Hineinziehen Deutschlands in einen Höllenkreis bis zu seinem Untergang bedeuten würde."

Prof. Dr. Franz Rauhut

Die Argumente gegen eine Neutralisierung Deutschlands gewinnen auch durch ständige Wiederholung nicht an Überzeugungskraft. Man sagt: ein so großes Land wie Deutschland kann nicht neutral = paktfrei bleiben. Für weit größere Länder, wie z. B. Indien, ist das aber offenbar möglich. Man sagt weiter: durch die Neutralisierung Deutschlands würde im Herzen Europas ein politisches und militärisches Vakuum geschaffen, das einen Angriff geradezu herausfordert. Das ist eine Behauptung, die mehr in das Gebiet der politischen Mystik als in das der politischen Physik fällt. Vor allem aber übersieht man, daß ein neutralisiertes Gesamtdeutschland die moralische Garantie Indiens für sich hätte, die wirksamer wäre als die Zugehörigkeit zu jedem beliebigen Militärpakt, zumal die Sowjetunion das größte Interesse daran hat, in Asien als asiatische Macht anerkannt zu werden und anerkannt zu bleiben. Jawaharlal Nehru hat ausdrücklich erklärt, daß das Deutschlandproblem nach österreichischem Muster (Österreichischer Staatsvertrag vom 15. Mai 1955) gelöst werden könne, und als Vizekanzler Blücher im Januar 1956 in Indien zu Besuch weilte, schrieben die „Hindustan Times": die asiatischen Völker hätten allgemein geglaubt, daß Deutschland nach zwei verhängnisvollen Niederlagen künftig eine Politik der „Nichtverpflichtung" betreiben und sich aus militärischen Bündnissen heraushalten würde.

IV.

Von der Bundesrepublik aus gesehen, sind wir heute von der ersehnten Wiedervereinigung weiter entfernt denn je. Die Lösung der deutschen Frage scheint schon durch bestimmte, seit dem Frühjahr 1955 immer wieder erhobene sowjetische Forderungen erheblich erschwert zu sein. Die Bundesregierung, die sich zu einer Überprüfung ihrer bisherigen Außenpolitik gezwungen sieht, ist andererseits nicht in der Lage, gewisse Maßnahmen einfach rückgängig zu machen. Eine Politik der „verdünnten Stärke" (Ollenhauer) reicht als Übergangslösung nicht aus.

Die Politik der Regierung war eine realistische Politik, die aber doch jenes höheren Realismus ermangelte, der auch den erkennbaren Absichten der Geschichte nach Möglichkeit Rechnung zu tragen sucht. Auch von der Opposition kann man eine durchgreifende Initiative nicht erwarten, da sie sich von der bisherigen Politik der halben Konsequenzen und des unreflektierten guten Willens nicht zu trennen vermag. Die bekannte Presseerklärung des sozialdemokratischen Parteiführers vom 18. Januar d. Jhs. enthält wohl einige beachtliche Aperçus zu einer erfolgversprechenden Außenpolitik, aber noch kein außenpolitisches Programm, und in der außenpolitischen Bundestagsdebatte vom 31. Januar 1957 haben beide Seiten, Koalition und Opposition, einander in sehr überzeugender Weise bescheinigt, daß sie am Ende ihres außenpolitischen Lateins seien.

Dennoch klafft ein Abgrund zwischen dem Standpunkt der Regierung und dem der parlamentarischen Opposition. Wenn der Bundesverteidigungsminister F. J. Strauß in der Bundestagsdebatte sagen konnte: „Von dieser Regierung (gemeint ist die Regierung der UdSSR. D. Verf.) und von einem System mit diesem ideologischen Hintergrund eine Unterschrift als Garantie für unsere Sicherheit hinzunehmen, wäre nackter Irrsinn", so hat er sich gleichsam selbst den Weg zu einer vertraglichen Lösung der deutschen Frage abgeschnitten. Auf der gleichen Linie liegt die scharfe Verurteilung „neutralistischer Ideen" durch den Bundeskanzler am 15. Februar vor dem Bonner Verein der Auslandspresse.

Demgegenüber setzt sich die SPD für den von der Sowjetunion gewünschten Handelsvertrag ein und für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Volksrepubliken. Vor allem fordert sie die Ablösung der Militärblocks in West und Ost durch ein europäisches Sicherheitssystem, das das wiedervereinigte Deutschland und seine westlichen und östlichen Nachbarn umfassen soll. Die gegen diesen Vorschlag geäußerten Einwände sind wenig überzeugend. Ohne die Zustimmung einer der beiden Garantiemächte würde kein europäischer Staat einen anderen angreifen, selbst wenn dieser zu den „Atomsäuglingen und militärischen Babies" (so Strauß) gehört. Auch der Umstand, daß die Sozialdemokratie einige einschlägige Fragen offenläßt, ist kein Nachteil: die endgültige Struktur und Fassung eines solchen Paktes könnte immer nur das Ergebnis gründlicher Verhandlungen sein. Andererseits genügt es natürlich nicht, wenn sich — wie die SPD das meint — die vier Großmächte mit dem künftigen Status Deutschlands befassen, ohne daß das deutsche Volk gefragt wird. Vielmehr hat da der Bundeskanzler recht, wenn er am 15. Februar betonte, daß Deutschland nicht gegen seinen Willen neutralisiert wer-

den kann. Zweifellos würde die große „Volksbewegung", die Dr. Erich Mende auf dem 8. Parteitag der FDP in Berlin forderte, dem Kampf um die deutsche Wiedervereinigung einen starken Auftrieb geben.

In diesem Punkte könnte der von Walter Ulbricht auf der 30. Tagung des SED-Zentralkomitees Ende Januar vorgetragene neue „Plan zur schrittweisen Wiedervereinigung Deutschlands" eine wertvolle Ergänzung zu den Vorschlägen der Sozialdemokratischen Partei bilden. Denn hier wird — mit ähnlicher Einseitigkeit wie von der SPD der europäische Sicherheitspakt — die deutsche Initiative in den Mittelpunkt gestellt. Ulbricht übernahm den Gedanken einer deutschen Konföderation, wie er von Wilhelm Elfes entwickelt wurde. Im Interesse der Sache ist es bedauerlich, daß die Sozialdemokraten den Ulbrichtplan bereits am 3. Februar durch ihren Pressechef Heine ablehnten. Gewiß haftet dem Ulbrichtplan der große Mangel an, daß trotz des Verzichts auf „sozialistische Voraussetzungen" die Aufnahme der Verhandlungen von gewissen westdeutschen Reformen abhängig gemacht wird, aber die angestrebten Kontakte dürfen unmöglich mit Bedingungen vorbelastet werden, auch nicht mit solchen, die — wie behauptet wird — sich mit sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Forderungen decken.

Die Sowjetunion beschränkt sich in der deutschen Frage augenblicklich auf die Wiederholung ihrer bekannten Standpunkte. Sie ist unmittelbar nur an einem Handelsvertrage interessiert. Das kommt klar zum Ausdruck in der Botschaft Bulganins vom 5. Februar d. J. (vgl. den Wortlaut in der „Dokumentation" dieser Ausgabe!), die dem Bundeskanzler drei Tage später vom Botschafter Smirnow überreicht wurde. Die Botschaft, eine Mischung aus Bauernschläue und staatsmännischer Raffinesse, ist in einem väterlich-freundschaftlichen Tone gehalten, stellt aber dennoch kein Dokument der Freundschaft dar, sondern eines der sowjetischen Staatsräson. Von der Wiedervereinigung ist darin nur in einem hypothetischen Sinne die Rede, und Bulganin übt in ihr erneut scharfe Kritik an bestimmten westdeutschen Maßnahmen, durch welche „für die Bundesrepublik Deutschland die Lösung der Frage, die das gesamte deutsche Volk als sein größtes nationales Anliegen betrachtet, nämlich die Wiedervereinigung, in immer weitere Fernen gerückt" wird. Immer deutlicher zeichnet sich jener von der UdSSR geforderte „hohe Preis" ab, von dem Dr. Mende in Berlin gesprochen hat, und dieser Preis umfaßt mehr als nur Handelsvertrag und Austritt aus der NATO. Die Bundesregierung hat sich in ihrer vorläufigen Antwort denn auch beeilt, zu erklären, daß es keine zwei deutschen Staaten gebe, daß die DDR kein Staat, sondern eine Besatzungszone sei, daß Verhandlungen mit Ostberlin nicht in Betracht kämen und daß für einen Handels- und Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion die Voraussetzungen noch nicht gegeben seien.

Die Blicke der entschiedenen Opposition richten sich heute auf die Vereinigten Staaten, wo die Zahl der Anhänger einer Neutralisierung Deutschlands offensichtlich im Wachsen begriffen ist. Diese Feststellung wird durch die schwache Resonanz nicht widerlegt, die Erich Ollenhauer auf seiner Amerikareise in offiziellen Kreisen gefunden hat. Als J. F. Dulles nach seiner Meinung über die Vorschläge des SPD-Vorsitzenden gefragt wurde, sagte er: „Herr Ollenhauer war so höflich, mich nach meinen Ansichten über verschiedene Probleme zu fragen, statt mir seine Ideen darzulegen." In dieser arroganten Äußerung braucht der Chef der Sozialdemokratischen Partei nicht unbedingt eine „amerikanische" Desavouierung seiner Meinungen zu sehen. Er hätte es auch nicht notwendig gehabt, sich „amerikanischer" zu geben, als die Amerikaner glaubhaft finden wollten, durften oder konnten („Deutsche Woche", Nr. 9/27. 2. 57). Anzeichen für ein außenpolitisches „Doppelleben" der USA sind jedenfalls unverkennbar vorhanden.

So betonte der republikanische Senator Flanders kürzlich erneut die Unvereinbarkeit von deutscher Wiedervereinigung mit westdeutscher Aufrüstung. „Die Vereinigten Staaten", so sagte er in diesem Zusammenhange, „müssen den Glauben aufgeben, daß Deutschland als wichtigstes Element der Verteidigung gegen einen sowjetischen Angriff bewaffnet sein muß." Und der Professor der Princeton Universität George F. Kennan — bis 1953 USA-Botschafter in Moskau — hatte sich bereits in seinem Vortrag vor der Foreign Policy Association in Pittsburg („Außenpolitik", Heft 8/1956) für die Einbeziehung eines wiedervereinigten Deutschlands in die bestehende paktfreie und neutrale Zone Europas und für die Entlassung aus dem Atlantikpakt eingesetzt gehabt. Nunmehr verlangt er ein Angebot

an die Sowjetunion mit dem Ziele einer allgemeinen Herabsetzung, Umgruppierung oder Zurücknahme der amerikanischen Truppen aus Mitteleuropa, der Wiedervereinigung Deutschlands und der Ablösung der heutigen Verträge durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Die „Washington Post" vom 26. Nov. v. J. hat in ihrem Leitartikel die Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO vorgeschlagen, um den Sowjets die Zurückziehung ihrer Truppen aus Osteuropa zu erleichtern. Zehn Tage vor dem letzten Weihnachtsfest hat der republikanische Senator Knowland vor der Vereinigung der Auslandskorrespondenten in New York erklärt: „Eine Kette neutraler Staaten von Österreich bis Finnland, die durch eine Vereinbarung mit der Sowjetunion aus allen Militärpakten herausgenommen worden sind, ist die beste Lösung des Europaproblems." Und um noch zwei weitere bedeutsame Stimmen hinzuzufügen: der bekannte Bankier James Warburg forderte Anfang Januar d. J. in einem Vortrag in Chicago die Neutralisierung Deutschlands mit der Begründung, daß die deutsche Wiederbewaffnung eine allgemeine Befriedung Europas verhindere, während Senator Humphrey den Abzug aller amerikanischen Truppen aus der Bundesrepublik empfohlen hat, sofern die Sowjets ihre Verbände aus der Deutschen Demokratischen Republik und Polen zurückziehen.

Noch ist es unmöglich, Gewicht und Aussichten der beiden rivalisierenden Strömungen in den Vereinigten Staaten genau gegeneinander abzuschätzen. Dennoch erscheint es als zweckmäßig, daß alle an einer Lösung der deutschen Frage nicht nur platonisch interessierten Kreise Westdeutschlands sich intensiv mit sämtlichen Aspekten der Neutralisierung beschäftigen, damit eine günstige Wendung unseres nationalen Schicksals sie nicht unvorbereitet antreffe.

Dr. Hermann Rauschning

Das Gespenst der Einkreisung

„Im Zeitalter der Volksherrschaft und der Volkskriege ist die entscheidende und fast die einzige Kriegsursache die Kriegsfurcht." Dieser Satz wurde vor dem zweiten Weltkriege geschrieben. Er trifft zweifellos für den Ausbruch des ersten, sicherlich nicht für den des zweiten zu. Trotzdem bleibt er wahr. Kriegsursache ist nicht ausschließlich der vorbereitete Angriff einer Macht auf eine andere oder der Wille, ihren Geltungsbereich zu erweitern. Solchen Kriegsursachen zu begegnen, ist die rechtzeitige „Abschreckung" ein richtiges Mittel. Das Abwehrsystem muß so groß sein, daß bei kühler Überlegung der Befehl zur Auslösung eines allgemeinen Krieges oder einer Aktion, die voraussichtlich zu einem solchen führen würde, nicht gegeben wird. Zweifellos hätte ein wirksames Abschreckungssystem die Auslösung des zweiten Weltkrieges verhindern können. Zutreffend ist es auch, daß die annähernd gleichrangige Größe der Abwehrsysteme der Großmächte in den letzten Jahren als Abschreckung gedient hat, damit sich aus den politischen Konfliktstoffen der Gegenwart kein dritter Weltkrieg entwickelte. Aber reicht die Abschreckung aus, um die weiterhin bestehende „fast einzige Kriegsursache", „die Kriegsfurcht", zu beseitigen? Ist sie nicht vielmehr im Begriff, gerade diese Furcht in einem Maße zu steigern, daß der kleinste Konflikt den Krieg auslösen muß, selbst gegen den guten Willen und die bessere Einsicht der Verantwortlichen?

Der eingangs erwähnte Satz steht in dem bekannten Buch von Hermann Kantorowicz über den „Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung Deutschlands", in dem sich der Verfasser um den Nachweis bemüht, daß der erste Weltkrieg „aus der Furcht vor dem für 1916 oder 1917 erwarteten Angriff der Einkreisungsmächte auf die Mittelmächte" geboren worden sei. Ebenso wichtig wie die Abschreckung vor einer expansionistischen Politik — sei sie weltrevolutionärer oder ökonomischer Art — die im günstig erscheinenden Zeitpunkt ihren Herrschaftsbereich gewaltsam zu erweitern versucht, wäre daher die Beseitigung oder wenigstens die Verringerung der Kriegsfurcht. Hier ist es, wo die neue amerikanische Politik Anlaß nicht nur zu Zweifeln, sondern zu

Besorgnissen gibt. Indem sie nämlich die Probleme des Nahen Ostens als ausschließlich in das Interessengebiet des Westens gehörig einseitig von sich aus — anstatt im beiderseitigen Einvernehmen von West und Ost — zu regeln unternimmt, wird das auf der Genfer Gipfelkonferenz stillschweigend akzeptierte Prinzip gemeinsamer Regelung der brennenden Probleme bei einem für beide Seiten wichtigen Problemkreise wieder aufgegeben. Aus einer Politik der „Eindämmung" wird aufs neue der Versuch zu einer Politik der „Rückdrängung". So schließt sich der abriegelnde Ring westlicher Verteidigungspositionen um die neuen Zentralmächte Sowjetrußland und China, und das Gespenst der Einkreisung tritt aus den nächtigen Gewölben der Vergangenheit ins helle Licht der Gegenwart.

Ob Wirklichkeit oder Märchen — die Besorgnis vor einer Einkreisung muß die Kriegsgefahr in der nächsten Zukunft verschärfen. Das politische Klima wird dadurch nicht besser, daß sich offenbar im Westen die Meinung durchzusetzen beginnt, welche Sowjetrußland für bedingt kapitulationsreif hält und in der Kombination einer Politik der Stärke mit gewissen Konzessionen das geeignete Mittel sieht, um die UdSSR zu einem „conditional", wenn auch nicht „unconditional surrender" zu bewegen. Verschärfter Druck von der wichtigen Flankenposition im Nahen Osten her und Druckerleichterung in Zentraleuropa durch Neutralisierung und Rückverlegung der beiderseitigen Verteidigungslinien müßten — in einer solchen politischen Atmosphäre angeboten — nur als eine Verschiedenheit in der Methode der Rückdrängung aufgefaßt werden, weil dann die Schaffung eines neutralen Gürtels in Zentraleuropa offenbar in der Erwartung vorgeschlagen würde, daß das die Zwischenstufe zu einer Erweiterung des westlichen Einflußgebietes sei.

Kein größeres Unheil könnte der Sache des Friedens geschehen, als wenn das in jüngster Zeit mit so auffallender Sympathie in den USA behandelte politische Mittel der Neutralisierung gewisser Konfliktzonen aus einem solchen fairer und dauerhafter Beilegung von Spannungen zwischen West und Ost zu einem solchen einseitiger Rückdrängung von Einflüssen der einen Partei mißbraucht würde: denn damit würde der letzte Ausweg aus der machtpolitischen Verstrickung versperrt. Schon der bloße Verdacht eines solchen Mißbrauchs würde die Bemühungen um eine solche Regelung hinfällig machen.

Bedauerlicherweise legen Äußerungen des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles vor dem Senat einen derartigen Verdacht nahe. Er sagte nämlich: „Nach und nach wird ein Teil der Welt nach dem anderen in das System der amerikanischen Verpflichtungen eingeführt werden..." Das könnte gewiß bedeuten, und wahrscheinlich soll es das auch, daß auch Sowjetrußland in dieses System einbezogen werden solle mit der gleichen amerikanischen Verpflichtung, auch Sowjetrußlands Unabhängigkeit und Sicherheit gegen Angriffe verteidigen zu helfen. Allerdings beseitigt diese Auslegung nicht den Verdacht, daß der eigentliche Zweck weniger die allgemeine Anwendbarkeit der Formel als vielmehr ein besonderes politisches Ziel sei. Man kann dem amerikanischen Präsidenten gegenüber nicht den guten Glauben bezweifeln, daß die neue Politik, die den Führungsanspruch Amerikas in der Entwicklung auf eine „Universaldoktrin" hin erhebt, dem Frieden und der Wahrung der berechtigten Interessen aller Nationen dienen solle und daß die USA damit den Vereinten Nationen den Weg zu einer realen Rechtsordnung und zu einer wirklichen Gesellschaft der Völker bahnen wollen. Man kann und wird jedoch bezweifeln, ob dieser ausschließliche Führungsanspruch geeignet sei, die politischen und psychologischen Widerstände zu beseitigen, und ob nicht die Ostmächte hinter solchen Plänen — wenn auch nicht bei dem Präsidenten selbst — Absichten vermuten müssen, daß damit die Ausgangspositionen für eine ultimative Auseinandersetzung der Westmächte mit ihnen bezogen werden sollen.

In doppelter Weise wird somit die Vergangenheit mit ihren Versäumnissen heraufbeschworen: der Ausschluß der Sowjetunion aus der Beilegung des zentraleuropäischen Konflikts zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei und seine einseitige Regelung durch die europäischen Westmächte in München hat mit dem Verdacht einer Ablenkung des nationalsozialistischen Expansionismus auf den Osten hin zum Abschluß des Vertrages zwischen Hitler und Stalin geführt und in seiner Konsequenz zur Auslösung des zweiten Weltkrieges, der Verdacht einer Einkreisung der damaligen Zentralmächte Deutschland und Österreich durch die Entente cordiale zur Auslösung des ersten.

Stehen wir im Begriff, beide Fehler auf unsere eigene Weise zu wiederholen?

Die Abschreckung von der Auslösung eines allgemeinen Krieges durch die Größe des Risikos ist nur e i n e Seite des Problems der Kriegsverhinderung. Ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, ist die Vermeidung eines Klimas allgemeiner Kriegsfurcht und die möglichst weitgreifende Beseitigung machtpolitischer Konfliktstoffe. Politische Konflikte werden erst dann hochexplosiv, wenn sie in einer allgemeinen Atmosphäre der Kriegsfurcht ausbrechen. Sie sind dann weder zu lokalisieren noch zu „entschärfen", vielmehr geben sie nun den Anlaß zum kurzschlußartigen Ausbruch des gefürchteten Krieges. Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares gab den Anlaß zum Ausbruch des Krieges nur im Zuge der tief verwurzelten Einkreisungsfurcht der Zentralmächte und der vom zaristischen Rußland wie von den europäischen Westmächten gehegten Erwartung eines Zerfalls in Österreich-Ungarn und der Türkei. Die eigentliche Kriegsgefahr ist der wider den Willen und die bessere Einsicht der Verantwortlichen durch das politische Furchtklima aus einem örtlichen und besonderen Konflikt automatisch entstehende Krieg — nicht der als ultima ratio der Politik geplante, sondern der Krieg, in den alle Beteiligten hineinschliddern.

In einem Gespräch der bekannten Wochenzeitung „Der Spiegel" vom Anfang dieses Jahres mit dem Bundesverteidigungsminister Franz Joseph Strauß erinnerte der Vertreter des Blattes daran, daß die Bedeutung von NATO und westdeutscher Aufrüstung in der Verhinderung eines Krieges liege, und fragte dann weiter, ob das nicht bedeute, man müsse beim Ausbruch eines Konflikts bemüht sein, ihn zu lokalisieren. Der Minister hat diese Frage unbeantwortet gelassen. Vielmehr verbreitete er sich über die Notwendigkeit der Größe einer Abschreckung, offenbar in der Annahme, mit ausreichender Größe der Abschreckungsmittel würden die Konflikte von selbst ihren Explosiv-Charakter verlieren und die Probleme einer Lokalisierung des Konflikts gar nicht erst entstehen. Hier indessen liegt der entscheidende Trugschluß der Bundesrepublik — und, wie man hinzufügen kann, auch der Westmächte — in ihren bisherigen politischen Überlegungen.

Die Politik der Abschreckung ist einem g e p l a n t e n Kriege gegenüber wirksam, nicht aber einem wie dem von 1914, in den die Mächte hineinschliddern, und nicht einer Entwicklung gegenüber, die sich an einem lokalen oder wie immer auch sonst besonders gearteten Konflikt entzündet und nicht mehr isolieren läßt. Wenn Minister Strauß zu verstehen gibt, daß ein Präventivkrieg aus einer Art von Torschlußpanik heraus bei den Vereinigten Staaten als „völlig ausgeschlossen" zu gelten habe, so kann man seiner Meinung sein, soweit es sich dabei um eine von langer Hand vorbereitete und geplante Aktion handelt. Dasselbe wird man auch von der Sowjetunion sagen können. Nicht so sicher ist dagegen eine kurzfristige Entscheidung, zu der ein plötzlich ausbrechender Konflikt die verantwortlichen Führer der Großmächte zwingen könnte, sobald sich herausstellt, daß er um sich greift und voraussichtlich nicht zu lokalisieren sein wird. Hier wird die Torschlußpanik — als die Sorge, durch weiteres Abwarten unter Umständen schwerste Schäden für die eigene Nation heraufzubeschwören — zu einer unerträglichen Belastung der Verantwortlichen, und sie könnte (oder müßte sogar) zu einer kurz entschlossenen Präventivaktion führen, selbst bei den USA.

Das gefährlichste Moment der gegenwärtigen Lage ist die ständige Bereitschaft zum augenblicklichen Einsatz der Massenvernichtungsmittel. Diese Tatsache bedeutet die wahrhaft tödliche Versuchung zu einer Panikhandlung, die durch keinerlei Abschreckung mehr zu verhindern ist. Darum hat der „Spiegel"-Vertreter in jenem Gespräch die eigentliche und wahrhaft entscheidende Frage nicht gestellt, als er nach Bemühungen um die Lokalisierung eines etwa ausbrechenden Konflikts fragte. Und mit Recht ging der Bundesverteidigungsminister darauf nicht ein, weil eine solche Lokalisierung und Isolierung nur im Ausnahmefall von Einsicht und Friedenswillen der beteiligten Mächte abhängen wird. Die für den Frieden ausschlaggebende Frage ist ebensowenig die nach der absoluten Größe von Abschreckung oder Abschreckungsmitteln, sondern die nach der Ausmerzung möglicher Konfliktstoffe, b e v o r sie in ein kritisches Stadium geraten.

Mit der Genfer Gipfelkonferenz von 1955 entstand die Hoffnung, daß sich das politische Furcht- und Verdachtsklima ändern und dadurch die Möglichkeit zur g e m e i n s a m e n Liquidierung einer Reihe von besonders bedrohlichen Konfliktstoffen ergeben würde. Als Beispiele seien hier nur die Probleme der deutschen Wiedervereinigung, einer Rückverlegung militärischer Sicherungslinien, von Neutralisierung und „Sterilisierung" in

Zonen beiderseitiger Interessen wie Zentraleuropa und Naher Osten genannt, wobei die enge Verbindung gerade dieser beiden zuletzt genannten Gebiete offensichtlich ist. Aber diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Dabei hätte die jüngste Entwicklung, die die Welt zweimal an den Rand eines allgemeinen Krieges gebracht hat, beide Großmacht-Gruppen gerade zur Fortsetzung des Genfer Versuchs veranlassen müssen, nämlich zur Zusammenarbeit in der Liquidierung angehäufter Konfliktstoffe. Denn es liegt im beiderseitigen Interesse, die unheilvolle Schlüsselposition kleinerer Mächte abzubauen, die heute versucht und imstande sind, die Welt in Brand zu setzen, ohne die unmittelbare Verantwortung für das angerichtete Unheil zu verspüren und ohne durch die vielberedete Abschreckungsmacht des Westens oder des Ostens an ihrem Treiben verhindert werden zu können. Und wenn, wie Kantorowicz in seinem vorher angeführten Buche abschließend bemerkt, der Völkerbund zwar „die Kleinen gegen die Kleinen, aber die Großen nicht gegen die Großen schützen" konnte, so kann gegenwärtig zwar die Abschreckungspolitik bis zu einem gewissen Grade die Großen vor den Großen schützt, nicht aber vor unverantwortlichen Aktionen der Kleinen.

In solchen Zusammenhängen muß der Deutsche die Probleme seiner eigenen Existenz durchdenken, nicht aber ausschließlich in Verbindung mit einer angeblichen militärischen Sicherung durch die Teilnahme an einer Abschreckungspolitik, die bestenfalls die politischen Konflikte seiner Lage unter Verschluß hält, nicht aber löst. Die Älteren unter uns erinnern sich wohl noch der Warnungen, die ein paar mutige Außenseiter der verhängnisvollen Politik à la Bülow und Tirpitz vor dem ersten Weltkriege entgegenhielten, Männer wie der Vizeadmiral Galster, der Legationsrat vom Rath oder der Hauptmann Schubert, dessen 1911 erschienene Schrift „Die deutsche Schlachtflotte, eine Gefahr für Deutschlands Machtstellung" trotz des Hohnes der „Sachverständigen" in jedem Punkte durch die spätere Entwicklung gerechtfertigt worden ist. Es liegt nicht fern, gegenwärtig die Wehrmacht der deutschen Bundesrepublik als ein ähnliches Verhängnis für das deutsche Volk zu beurteilen.

Wie auch immer organisiert, ob als „bodenständige Landesverteidigung" oder als mobile Operationsmacht: im Ernstfall kann sie die Vernichtung Deutschlands nicht verhindern. Wohl aber steht sie im Verdacht, als Instrument einer Einkreisung verwandt zu werden, und damit würde sie gerade den Ernstfall heraufbeschwören helfen, der Deutschlands Ende bedeuten müßte.

Denn — wird nicht das Gespenst der neuen Einkreisung rechtzeitig gebannt, so wird es früher oder später, eher früher als später, den dritten Weltkrieg auslösen.

Die Hintergründe von Kaschmir

Politische Handlungen auf religiöse Motive zu stützen, ist heute unzeitgemäß, auch in Asien. Die sinnlosen blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslem, denen schließlich auch Ghandi zum Opfer fiel, haben dessen letzte Lebensjahre verbittert und in ihm manchmal das Gefühl aufkommen lassen, sein ganzes Leben sei vergeblich gewesen. Wie sehr auch Nehru darunter gelitten hat, beweisen seine Worte: „Das Schauspiel dessen, was in Indien oder sonstwo Religion oder jedenfalls organisierte Religion genannt wird, erfüllt mich mit Entsetzen, und ich habe es häufig verdammt. Fast immer scheint es, als stände Religion für blinden Glauben und Rückschritt, Dogma und Scheinheiligkeit, Aberglauben, Ausbeutung und Aufrechterhaltung ererbter Rechte." Es ist der traurige Erfolg des Moslemführers Jinnah, nach Jahrhunderten von friedlichem Nebeneinander verschiedener Religionen in den indischen Dörfern die fanatischen Glaubenskämpfe ausgelöst zu haben. Er war nicht nur Ghandis religiöser und politischer Gegenspieler, sondern diesem auch in seiner ganzen Auffassung und Wirkung völlig entgegengesetzt, dazu ebenso rückwärtsschauend, wie Gandhi mit seiner über jeder Dogmatik stehenden universalen Religiosität zukunftweisend war, und so widersetzte sich Ghandi bis zuletzt auch der von Jinnah betriebenen, schon geographisch höchst unglücklichen Teilung von Indien und Pakistan.

Auch der Kaschmirkonflikt ist ein un-

Zonen beiderseitiger Interessen wie Zentraleuropa und Naher Osten genannt, wobei die enge Verbindung gerade dieser beiden zuletzt genannten Gebiete offensichtlich ist. Aber diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Dabei hätte die jüngste Entwicklung, die die Welt zweimal an den Rand eines allgemeinen Krieges gebracht hat, beide Großmacht-Gruppen gerade zur Fortsetzung des Genfer Versuchs veranlassen müssen, nämlich zur Zusammenarbeit in der Liquidierung angehäufter Konfliktstoffe. Denn es liegt im beiderseitigen Interesse, die unheilvolle Schlüsselposition kleinerer Mächte abzubauen, die heute versucht und imstande sind, die Welt in Brand zu setzen, ohne die unmittelbare Verantwortung für das angerichtete Unheil zu verspüren und ohne durch die vielberedete Abschreckungsmacht des Westens oder des Ostens an ihrem Treiben verhindert werden zu können. Und wenn, wie Kantorowicz in seinem vorher angeführten Buche abschließend bemerkt, der Völkerbund zwar „die Kleinen gegen die Kleinen, aber die Großen nicht gegen die Großen schützen" konnte, so kann gegenwärtig zwar die Abschreckungspolitik bis zu einem gewissen Grade die Großen vor den Großen schützt, nicht aber vor unverantwortlichen Aktionen der Kleinen.

In solchen Zusammenhängen muß der Deutsche die Probleme seiner eigenen Existenz durchdenken, nicht aber ausschließlich in Verbindung mit einer angeblichen militärischen Sicherung durch die Teilnahme an einer Abschreckungspolitik, die bestenfalls die politischen Konflikte seiner Lage unter Verschluß hält, nicht aber löst. Die Älteren unter uns erinnern sich wohl noch der Warnungen, die ein paar mutige Außenseiter der verhängnisvollen Politik à la Bülow und Tirpitz vor dem ersten Weltkriege entgegenhielten, Männer wie der Vizeadmiral Galster, der Legationsrat vom Rath oder der Hauptmann Schubert, dessen 1911 erschienene Schrift „Die deutsche Schlachtflotte, eine Gefahr für Deutschlands Machtstellung" trotz des Hohnes der „Sachverständigen" in jedem Punkte durch die spätere Entwicklung gerechtfertigt worden ist. Es liegt nicht fern, gegenwärtig die Wehrmacht der deutschen Bundesrepublik als ein ähnliches Verhängnis für das deutsche Volk zu beurteilen.

Wie auch immer organisiert, ob als „bodenständige Landesverteidigung" oder als mobile Operationsmacht: im Ernstfall kann sie die Vernichtung Deutschlands nicht verhindern. Wohl aber steht sie im Verdacht, als Instrument einer Einkreisung verwandt zu werden, und damit würde sie gerade den Ernstfall heraufbeschwören helfen, der Deutschlands Ende bedeuten müßte.

Denn — wird nicht das Gespenst der neuen Einkreisung rechtzeitig gebannt, so wird es früher oder später, eher früher als später, den dritten Weltkrieg auslösen.

Die Hintergründe von Kaschmir

Politische Handlungen auf religiöse Motive zu stützen, ist heute unzeitgemäß, auch in Asien. Die sinnlosen blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslem, denen schließlich auch Ghandi zum Opfer fiel, haben dessen letzte Lebensjahre verbittert und in ihm manchmal das Gefühl aufkommen lassen, sein ganzes Leben sei vergeblich gewesen. Wie sehr auch Nehru darunter gelitten hat, beweisen seine Worte: „Das Schauspiel dessen, was in Indien oder sonstwo Religion oder jedenfalls organisierte Religion genannt wird, erfüllt mich mit Entsetzen, und ich habe es häufig verdammt. Fast immer scheint es, als stände Religion für blinden Glauben und Rückschritt, Dogma und Scheinheiligkeit, Aberglauben, Ausbeutung und Aufrechterhaltung ererbter Rechte." Es ist der traurige Erfolg des Moslemführers Jinnah, nach Jahrhunderten von friedlichem Nebeneinander verschiedener Religionen in den indischen Dörfern die fanatischen Glaubenskämpfe ausgelöst zu haben. Er war nicht nur Ghandis religiöser und politischer Gegenspieler, sondern diesem auch in seiner ganzen Auffassung und Wirkung völlig entgegengesetzt, dazu ebenso rückwärtsschauend, wie Gandhi mit seiner über jeder Dogmatik stehenden universalen Religiosität zukunftweisend war, und so widersetzte sich Ghandi bis zuletzt auch der von Jinnah betriebenen, schon geographisch höchst unglücklichen Teilung von Indien und Pakistan.

Auch der Kaschmirkonflikt ist ein un-

Dr. Georg Groeninger

Die Wiedervereinigung — der Angelpunkt der deutschen Politik

I. *Die deutsche Einheit in der Geschichte eines Jahrhunderts (1848—1945)*

Noch heute und gerade heute hat unser Volk darunter zu leiden, daß dem Parlament der Paulskirche von 1848 die Schaffung der deutschen Einheit aus dem Willen des Volkes unmöglich gemacht wurde. Der preußische König hielt es für unter seiner Würde, die deutsche Kaiserkrone aus der Hand von Volksvertretern entgegenzunehmen. In den Jahren darauf warnte ein „berühmter Unbekannter", der politisch weitblickende Konstantin Frantz — der politische Gegenspieler Bismarcks und Gesinnungsfreund des englischen Ministers Gladstone — vor dem Streben, die deutsche Einheit mit Waffenplänen zu begründen. Er warnte vor den fremden Mächten, die dann das Schicksal Deutschlands bestimmen würden, 1861 schrieb er wörtlich: „Alle Kriege zwischen den abendländischen Staaten haben zuletzt keinen anderen Erfolg, als daß sie den Machtaufschwung Rußlands wie andererseits den der Neuen Welt befördern ... Wie das Korn zwischen zwei Mühlsteinen wird man uns zerreiben" (E. Stamm: K. Frantz, S. 86, 133). Ein prophetisches Wort! Bismarck ließ sich nicht überzeugen. Frantz stellte sein Amt zur Verfügung. Er mußte gehen.

Heute sitzen wir in der Katastrophe, die Konstantin Frantz schon vor hundert Jahren kommen sah!

Es ist die beständige Tragik unseres Volkes, daß wirkliche Volksmänner, denen das Lebensinteresse des ganzen Volkes eine Herzenssache war, die zur Einsicht mahnten und, wie Gladstone, vor den politischen und sittlichen Gefahren der Kriege warnten, verfemt zur Seite gedrängt (1914) und „unschädlich gemacht" wurden (1939—1945). Solange dieses an den besten Männern des Volkes und dadurch am Volke selbst begangene Unrecht nicht erkannt und begriffen wird, kann eine Erkenntnis der wirklichen politischen Realitäten, besonders auch im ethischen und humanen Bereich, nicht aufkommen. Wir werden dann politisch in der Ignoranz verharren, sie mit Arroganz verdecken und an der Intoleranz zugrundegehen.

---

seliges Erbe des Geistes von Jinnah. Über die unmittelbaren Hintergründe hat die indische Delegation bei der UNO vor dem Anschluß eine Information für die Presse herausgegeben, die aber offenbar nirgendwo zur Kenntnis genommen wurde. Darin heißt es u. a.: „Der Konflikt hatte seinen Ursprung in dem Bemühen Pakistans, Kaschmir gewaltsam zu annektieren. Er wurde zu einer Angelegenheit der UN, als Indien am 1. Januar 1948 unter Anrufung des Artikels 35 der Charta der Vereinten Nationen Beschwerde beim Sicherheitsrat führte, daß Pakistan sich einer Aggression schuldig gemacht habe." Die Ausführungen Menons, die allerdings 7½ Stunden in Anspruch nahmen, wurden gar nicht ganz angehört, sondern der Sicherheitsrat hatte die Resolution schon vor dem Ende der Rede Menons gebilligt.

Aufschlußreich mag hier eine neutrale Stimme sein. So schreibt der Amerikaner Louis Fischer in seiner Gandhi-Biographie: „Der Hindu-Mahardja von Kaschmir hatte seine achthunderttausend Hindu- und 3,2 Millionen Moslem-Untertanen mit der gleichen Mißachtung ihres Wohlergehens und ihrer Freiheit regiert. Die pakistanische Regierung ermutigte im September 1947 wilde kriegerische Stämme aus der Nordwest-Provinz, in Kaschmir einzufallen, denen reguläre pakistanische Truppen folgten. Beunruhigt und hilflos erbat der Mahardja den Anschluß seines Staates an Indien. (Es war den einzelnen indischen Staaten freigestellt, ob und wem sie sich anschließen wollten. D. V.) Am 29. Oktober wurde der Beitritt öffentlich erklärt. Gleichzeitig sandte Neu Delhi auf dem Luft- und Landwege eiligst Truppen nach Kaschmir. Ohne

1871: Reichsgründung im Siegesglanz — 1918: Reichsminderung in Waffentrauer — 1945: Reichszerstörung vor endlosen Gräbern und Trümmerstätten . . . eine todernste Mahnung für uns alle.

Nun fangen wir wieder von vorne an, mit einer neuen Reichsgründung, die jetzt Wiedervereinigung heißt. Wir gehen wieder denselben Weg. Die Paulskirchentagung vom 29. Januar 1955 blieb mit ihrem Aufruf zur Verständigung und Wiedervereinigung in den führenden Kreisen ohne sichtbaren Erfolg. Die Aufrüstung geht weiter. Deutschland haftet, in zwei Teile getrennt, an den Frontflächen der „Mühlsteine" von Ost- und Westblock, also im Brennpunkt der größten Gefahr. Es hätte bei sachlicher Betrachtung schon von vornherein klar sein müssen, daß eine deutsche Teil-Aufrüstung (dazu im Waffenverband mit den Westmächten) v o r der Wiedervereinigung nicht in Frage kommen konnte. Eine Volksabstimmung hätte eine überwältigende Mehrheit für die Wiedervereinigung erbracht. Es wurde aber vor dem Memorandum vom August 1950 im Kreise der verfassungsmäßig berufenen Instanzen niemand gefragt. Paul Sethe nennt es einen Irrtum, zu glauben, „Wiedervereinigung und deutsch-amerikanisches Bündnis seien miteinander zu vereinbaren" („Zwischen Bonn und Moskau", S. 146).

II. *Das Zerren um die Wiedervereinigung (1945—1956)*

1. Phase (im wesentlichen nach den Daten der angeführten Schrift Paul Sethes): In Yalta (Januar 1945 — Roosevelt, Churchill, Stalin) wurde erstmals die Teilung Deutschlands behandelt. In Potsdam (Juli 1945 — Truman, Churchill, Stalin) rückte man von diesem Gedanken wieder ab. Das später eingeschaltete Frankreich hat die Spaltung mit starker Betonung wieder betrieben. Anfang 1947 wird die Doppelzone von den USA und England für wirtschaftliche Verwaltung geschaffen. Frankreich und die Sowjetunion stehen abseits. Im März 1947 folgt die grundsätzliche Vereinbarung der vier Außenminister (Marshall, Bevin, Bidault, Molotow) in Moskau, eine gesamtdeutsche Regierung unter der Aufsicht des Alliierten Kontrollrates zu bilden. Die UdSSR schlägt eine zentrale Regierung vor, die USA, England und Frankreich wollen eine Teilung der Regierungsgewalt und stimmen für Länderregierungen; Frankreich fordert dabei noch die Abtrennung des Saargebiets und des Rheinlandes sowie den Ausschluß des Ruhrgebiets aus der deutschen Wirtschaft und Verwaltung. — Österreich erhält eine einheitliche Gesamtregierung.

2. Phase: Im April 1947 entstehen scharfe Gegensätze zwischen Molotow und den westlichen Außenministern. Molotow will eine deutsche Zentralregierung und eine Verfassung

---

Benutzung des Luftweges wäre das Land von Pakistan überrannt und annektiert worden. Bald wurde Kaschmir der Schauplatz eines kleinen Krieges zwischen Indien und Pakistan. Die Moslem nannten ihn ‚Heiligen Krieg'. In einer Weihnachtsbotschaft billigte Gandhi die Entsendung der indischen Truppen nach Kaschmir. Er bedauerte, daß Nehru die Auseinandersetzung den Vereinten Nationen unterbreitet hatte. Dort werde weniger der wirkliche Sachverhalt als Erwägungen der Machtpolitik die Entscheidung der Länder leiten."

Heute erweist sich, wie richtig auch hier Ghandis Instinkt war.

Nachdem Kaschmir drei Jahre lang vergeblich auf ein positives Ergebnis gewartet hatte, wurde im September 1951 eine Konstituierende Versammlung gewählt, im folgenden Jahre der Mahardja abgesetzt und das sog. Delhi-Agreement mit Indien abgeschlossen, das Kaschmir verwaltungsmäßig und juristisch weitgehend der Indischen Union unterstellte. 1954 wurde von der Konstituierenden Versammlung einstimmig der Anschluß beschlossen. Delhi hatte völlig von sich aus für ganz Kaschmir — selbstverständlich nach dem Abzug der pakistanischen Banden und Truppen — eine Volksabstimmung verlangt, doch waren die Voraussetzungen hierfür niemals gegeben. Zwar verlangte der Sicherheitsrat 1948 eine Zurücknahme des Militärs, nachdem eine von ihm entsandte Kommission die Verletzung der internationalen Rechte durch Pakistan festgestellt hatte, aber diesem Verlangen wurde nie entsprochen. So war der endgültige Beitritt Kaschmirs, unter seinem mohammedanischen Premierminister Bakschi Ghulam Mohammed, zur Indischen Union

nach Weimarer Muster, Bidault und Bevin lehnen ab, und Marshall schließt sich ihnen an. Die drei Außenminister der Westmächte einigen sich auf den französischen Vorschlag getrennter Länderregierungen. Moskau wirft ihnen die Verletzung des Potsdamer Abkommens vor, worin die Alliierten die Verpflichtung zur Wiedervereinigung Deutschlands übernommen haben.

In Fragen der amerikanisch-britischen Doppelzone, der gegenüber sich Sowjettrußland nach ursprünglicher Zurückhaltung positiv einstellen wollte, entstehen weitere Schwierigkeiten, und die UdSSR bleibt abseits. Der Gedanke an eine gesamtdeutsche Regierung tritt zunehmend in den Hintergrund.

3. Phase: Die Sowjets reißen 1948 die Macht in Prag an sich und versuchen, durch eine Blockade die ganze Stadt Berlin unter ihren Einfluß zu bringen. Die Versorgung der Westberliner Bevölkerung erfolgt auf dem Luftwege. Diese sowjetische Herausforderung löst scharfe Gegensätze aus. 1949 wird mit Unterstützung der Westmächte die Bundesrepublik Deutschland begründet. Daraufhin wird in der sowjetischen Besatzungszone auf Betreiben der UdSSR hin die Deutsche Demokratische Republik ins Leben gerufen. Die Spaltung erfährt eine bedenkliche Verschärfung.

4. Phase: Gegensätze im Fernen Osten führen zum Koreakrieg (Sommer 1950). Das veranlaßt den Bundeskanzler zu einem Memorandum vom 30. August 1950 an die Westmächte, worin er ohne Befragung der Regierung und des Parlaments deutsche Waffenhilfe für den Fall eines sowjetischen Angriffs anbietet. Innenminister Dr. Heinemann mißbilligt den Schritt des Kanzlers und scheidet aus der westdeutschen Regierung aus. Die Beziehungen zwischen Ost und West treten nun in ein kritisches Stadium, die Bundesrepublik rückt in den Vordergrund der Gegensätze, und das Mißtrauen der Sowjetunion steigt erheblich, zumal sie sich durch die Weiterentwicklung der Atombomben in den USA auch nach der Niederwerfung Deutschlands und Japans bedroht sieht. Der kommunistische Druck auf die Bevölkerung der DDR wächst.

5. Phase: Um den militärischen Anschluß der Bundesrepublik an die Westmächte zu verhindern, bietet Moskau in der Note vom 10. März 1952 einen ansehnlichen Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands, nämlich Verhandlungen über einen Friedensvertrag unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung nach freien Wahlen, Wiedervereinigung mit voller Souveränität nach dem Abzug aller Besatzungstruppen (ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages), Entlassung der Gefangenen und Zubilligung einer nationalen Armee unter Ausschluß irgendwelcher Militärbündnisse (also im wesentlichen die Bedingungen, wie sie späterhin im Friedensvertrag mit Österreich festgelegt

---

nur der folgerichtige letzte Schritt dieser Entwicklung.

Eigentlich hatte er nur noch formale Bedeutung, und Nehru macht mit Recht das Argument geltend, der wirtschaftliche Fortschritt, den Kaschmir an Indiens Seite errang, dürfe ihm nicht wieder verlorengehen. Über die politischen und ökonomischen Verhältnisse entnehmen wir der indischen Presse einige pakistanische Zeitungsstimmen: „Wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit, steigende Lebenshaltungskosten, steil ansteigende Preise für Konsumgüter haben die Gefühle der Bevölkerung sehr gedämpft. Die wirtschaftliche Not hat erschreckende Ausmaße angenommen. Die Versorgung mit den elementarsten Lebensnotwendigkeiten wie Nahrung, Kleidung und Unterkunft stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten und geht über die Kräfte der Menschen" („Afaq", Lahore, am 27. Juni 1956). „Während der letzten acht Jahre wurden keine Wahlen abgehalten, weder für eine Regierung noch zu Gemeindevertretungen. Alle Minister wurden während dieser acht Jahre vom Pakistanischen Ministerium für Kaschmir ernannt. Obwohl es eine ganze Reihe politischer Parteien im ‚befreiten' Kaschmir gibt, erkennt die Regierung nur die Moslem-Partei an" („Imroze", Karachi, am 8. September 1956). „Die Moslem-Partei ist eine undemokratische und verfassungswidrige Organisation ohne soziales und wirtschaftliches Programm. Wahlen fanden nicht statt, und es gibt nirgendwo eine ordnungsmäßige Mitgliedschaft" („The Civil & Military Gazette", Lahore, am 29. Juli 1956).

Die vorher erwähnte Presse-Information besagt zur religiösen Seite der Frage, Indien sei eine säkulare Demokratie, Paki-

worden sind). Bundeskanzler Adenauer lehnt das sowjetische Angebot in einer öffentlichen Rede mit scharfen Worten ab.

6. Phase: Im August 1953 wird die erste sowjetische Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht. Die gefährlichste Epoche der Menschheitsgeschichte hat begonnen. Sie wird politisch durch die Idee vom „atomaren Gleichgewicht" gekennzeichnet — „Vernunft wird Unsinn", der Wahnsinn Methode. „Politik" von dieser Art, mit Überbietung aller politischen Anmaßungen, Torheiten und Eitelkeiten in der vorhergegangenen Geschichte, ist nicht mehr Politik, sondern ein vernunfts- und rechtswidriger Anschlag auf die Existenz der Menschheit. Die Verwirrung geht so weit, daß man das Gleichziehen des Ostens in der Atomwaffen-Rüstung als die beste Garantie für den Weltfrieden deutet, also das Werk des Friedens, das dem Geist der Menschlichkeit und christlich-ethischer Kulturgesinnung nicht gelingt, der teuflischsten Waffe überläßt, die jemals über die Menschheit gekommen ist. Hier kann man nur noch von „schizophrénie politique" sprechen, also ein Wort gebrauchen, das kürzlich die französiche Zeitung „Le Monde" zur Kennzeichnung angeblich politischer „Logik" geprägt hat. In Wirklichkeit beginnt damit die Zeit der Endgeschichte, das Stadium der apokalyptischen Wirren.

7. Phase: Vom Anfang 1954 an folgen weitere Konferenzen. Die von Berlin (Januar/Februar 1954) trat schon mit der Gewißheit zusammen, daß alles ergebnislos sein würde. Im Oktober 1954 wird in London der Anschluß der Bundesrepublik an die NATO gebilligt. Die Sowjetunion versucht erneut eine Abwendung ihrer Bedrohung durch die westlichen Verträge mit der Note vom 23. Oktober 1954 und schlägt Wiedervereinigung (bei freien Wahlen und Abzug der Besatzungstruppen) sowie kollektive Sicherheit vor. Aber die hierzu angeregten Konferenzen kommen nicht zustande. Später deutet Präsident Eisenhower im Interesse einer allgemeinen Entspannung auf die Möglichkeit eines neutralen Staatengürtels zwischen West und Ost hin. Trotzdem bleiben auch die Genfer Konferenzen vom Juli und November 1955 erfolglos, obwohl nun auch der Eden-Plan — ähnlich dem von Dr. Pfleiderer (FDP) aufgestellten — eine neutrale Zone in Mitteleuropa vorsieht, um wenigstens die Richtung eines gangbaren Weges anzudeuten.

8. Phase: Auch der Besuch des Bundeskanzlers in Moskau vom September 1955 bringt die Wiedervereinigung keinen Schritt weiter, man gibt Grundsatzerklärungen ab, macht jedoch keine greifbaren Vorschläge. Sowjetischerseits wird die Wiedervereinigung abgelehnt, solange die Bundesrepublik im NATO-Verbande bleibt: denn dieser sei gegen die

---

stan habe eine theokratische Verfassung. In der Indischen Republik leben 40 Millionen Moslem (gegenüber 60 in Pakistan), 10 Millionen Christen und Anhänger aller anderen Religionen. Indische Moslem und Christen haben völlige Gleichberechtigung und bekleiden wichtige Posten im öffentlichen Leben. Es ist also absurd, drei Millionen Moslem in Kaschmir zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen, und niemand kann an Nehrus ehrlicher Unvoreingenommenheit gegenüber allen Religionen zweifeln. Übrigens wurden in Kaschmir — wie überall in Indien — die Großgrundbesitzer (hier durchweg Hindus) im Zuge der sozialistischen Landreform enteignet und ihre Besitztümer unter die mohammedanische Landbevölkerung verteilt, und im Gegensatz zur sonstigen indischen Gepflogenheit wurden die Grundbesitzer nicht entschädigt. Führende Mohammedaner und die Moslem-Presse in Indien haben sich denn auch mahnend und kritisch warnend gegen Karachi gewandt und z. B. hervorgehoben, Pakistans Wiederaufgreifen des Kaschmir-Problems gehöre zur üblichen Taktik, von dem allgemeinen pakistanischen Niedergang und dem völligen Versagen seiner Führer vor den Blicken der islamischen Welt abzulenken, und ähnlich scharf ist die Haltung Karachis im Suez-Konflikt gegenüber Ägypten gerügt worden.

Täglich kommen aus dem pakistanisch besetzten Teile Kaschmirs mohammedanische Flüchtlinge auf die indische Seite, von wirtschaftlichen Sorgen getrieben. Auch aus Ostpakistan hält der Flüchtlingsstrom noch immer an — von dorther sind bislang allein vier Millionen Menschen über die Grenze gekommen — während er aus Westpakistan im wesentlichen zum Stillstand gekommen ist. Die Ursachen sind religiöser oder öko-

Sowjetunion gerichtet, weil man anders den Wunsch Moskaus, dem atlantischen Bündnis beizutreten, nicht abgelehnt hätte.

So kommt die Wiedervereinigung bei nutzlosen Reden und im Geiste gesteigerten Mißtrauens immer mehr auf ein totes Gleis. P. Sethe sagte mit Bedauern: „Deutschland ist nicht mehr in der unvergleichlich günstigen Lage wie 1952 . . . Die Sternstunde für Deutschland haben wir verstreichen lassen" (a. a. O., S. 146).

Österreich aber schließt im Mai 1955 seinen Friedensvertrag. Nach dem Abzug aller Besatzungstruppen verfügt es wirklich wieder über volle Souveränität, d. h. Einheit von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatshoheit. Es kann sich nun frei und unabhängig nach eigenem Willen einrichten. Warum kam es so viel eher zum Ziele? Weil den Österreichern weder von auswärtigen Mächten noch von der eigenen Regierung zugemutet worden ist, schon vor dem Abschluß eines Friedensvertrages gegen einen Vertragspartner im Interesse anderer aufzurüsten! Hier liegt unser politischer Fehlgriff. Der Ruf des deutschen Volkes nach seiner Wiedervereinigung ist unabweisbar. Er hätte ein weltweites Echo gefunden, und was er fordert, hätte als Ziel und natürliche Voraussetzung für den weiteren politischen Aufbau politisch angesteuert werden müssen. Eine westdeutsche Aufrüstung aber, in dieser Form und Übereile, mit ihrer Schockwirkung auf den Osten, konnte und kann nicht im Interesse unseres Volkes liegen, zumal Moskau schon sehr rechtzeitig hat erkennen lassen, daß die Sowjetunion einem wiedervereinigten Deutschland die Aufstellung nationaler Streitkräfte nicht versagen werde.

Mit der Aufrüstung sind jedoch kostbare Jahre und wertvolle Chancen für die Wiedervereinigung unwiederbringlich vertan worden, und letztlich hat die westdeutsche Wiederbewaffnung eine Situation geschaffen, die heute viel schlechter ist, als sie es anfänglich war. Da drängt sich die Frage auf, wo die Gründe für diese — unschwer vorauszusehende — Verschlechterung unserer Lage zu suchen sind. Sollten wirklich Kräfte am Werke sein, die die deutsche Einheit nicht wollen?

Man m u ß schon so fragen. Denn Italien hat seinen Friedensvertrag seit dem Februar 1947, Japan seit dem September 1951, Österreich seit 1955 — und nur Deutschland muß weiter warten und kämpfen, ohne daß der zermürbende Nervenkrieg um unsere staatliche Existenz und Einheit schon ein Ende erkennen ließe.

(Der Schluß des Aufsatzes folgt im nächsten Heft)

---

nomischer Art. Die zusammen acht Millionen Flüchtlinge bilden für das arme Land Indien ein schweres Problem. 1950 wurde zwischen Neu Delhi und Karachi ein Abkommen geschlossen, das vor allem an der ostpakistanischen Grenze den Geflüchteten beiderseits die Rückkehr ermöglichen sollte. Indessen erwies sich die Sicherheit für die rückkehrbereiten Hindus als nicht ausreichend, und viele von ihnen, die sich nach Pakistan zurückbegeben hatten, sind zum zweiten Male über die Grenze nach Indien gekommen.

Gewiß sagen auch Wohlwollende, Nehru sei Nationalist, wo es unmittelbar um indische Interessen gehe. Das gilt heute wohl von allen Asiaten, und es ist aus dem langen Kampfe um die Selbständigkeit auch zu verstehen. In diesem Falle kann man außerdem von dem indischen Ministerpräsidenten nach sorgfältiger Prüfung der Tatsachen gewiß nicht erwarten, daß er sich vom Ankläger zum Angeklagten stempeln lasse, zumal er sein Vertrauen — entgegen Gandhis Rat — auf die Vereinten Nationen gesetzt hatte. Und nach seiner Rückkehr aus den USA drückte er abermals seine Sorge über die Anhäufung amerikanischer Waffen in Pakistan aus, was nicht gerade auf einen Erfolg seiner Unterredungen mit Eisenhower schließen läßt. Amerika gegenüber begründet Karachi seine Waffenwünsche mit einer eventuell nötigen Verteidigung gegen die Sowjetunion, aber sowjetischen und chinesischen Staatsmännern sagt man, daß diese Waffen nicht etwa gegen sie, sondern gegen Indien gerichtet seien . . .

Pakistan und seine Presse betreiben einen wahren Haßfeldzug gegen den großen Schwesterstaat, ohne daß der Grund für diese Kampagne recht ersichtlich wäre. Denn Indien setzt alle seine Kräfte und

Dietrich Ernst Ralle

Der Griff nach dem Privateigentum

Das am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Bundesleistungsgesetz ermöglicht schwerwiegende Eingriffe in die bürgerlichrechtliche Vertragsfreiheit wie überhaupt in die gesamte Privatrechtssphäre. Daneben beschränkt es die verfassungsmäßigen Grundrechte der Unverletzlichkeit von Wohnung (Art. 13 GrG) und Eigentum (Art. 14 GrG), womit Haus, Wohnung, Grundstück, Gewerbebetrieb usw., aber auch Auto, Fernschreiber, Telefon und sonstiges Eigentum eines jeden Staatsbürgers ganz oder teilweise beschlagnahmt bzw. enteignet werden können.

Die Grundvorschrift des Bundesleistungsgesetzes (BLG) bestimmt im § 1, in welchen Fällen Leistungen (Eigentumsüberlassungen, Werkleistungen, Zwangsverträge) angefordert werden können:

„1. zur Abwendung einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes oder zur Abwendung oder Beseitigung einer die Sicherheit der Grenzen gefährdenden Störung der öffentlichen Ordnung im Grenzgebiet;
2. für Zwecke der Verteidigung, im besonderen zur Abwendung einer Gefahr, durch die von außen der Bestand des Bundes entweder unmittelbar oder mittelbar im Rahmen seiner Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit bedroht wird;
3. zur Erfüllung der Verpflichtungen des Bundes aus zwischenstaatlichen Verträgen über die Stationierung und die Rechtsstellung von Streitkräften auswärtiger Staaten im Bundesgebiet;
4. zur Unterbringung von Personen oder Verlegung von Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, die wegen einer Inanspruchnahme von Grundstücken für Zwecke der Nummern 1 bis 3 notwendig ist."

Die Bestimmung des § 1 Nr. 4 umfaßt z. Z. besonders die Freimachung von Kasernen. Die Aufzählung der Fälle ist aber, wie sich aus der Wendung „im besonderen" (Nr. 2) ergibt, nicht als erschöpfend anzusehen, vielmehr dürfte die Bundesregierung für „Zwecke der Verteidigung" auch andere als die angeführten Fälle zum Anlaß nehmen können, in das wirtschaftliche und politische Leben einzugreifen. Wir sollten besonders stutzig werden, wenn wir von der „Unterbringung von Personen" lesen, die im Zusammenhang mit Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen notwendig sein soll. Noch sind die im zweiten

---

Energien für den wirtschaftlichen Aufbau seines Landes ein und sucht gewiß keinen Konflikt mit Karachi, wenngleich Nehru und die indischen Zeitungen auch immer wieder betonen, man werde sich wehren, wenn man angegriffen werde. Bezeichnenderweise schrieb der Korrespondent der „New York Herald Tribune" am 7. Juni v. J. nach einer Reise durch Pakistan: „Jeder, der länger in Pakistan reist, stellt fest, daß der einzige von den Pakistanern ernstgenommene Feind Indien ist."

Feroze Khan Noon, der pakistanische Außenminister und jetzige Vertreter seines Landes vor der UNO, war ein Freund Jinnahs und gleich diesem ein Führer der Moslem-Liga. Die negativen Erklärungen beider zur Bildung der ersten freien provisorischen Regierung unter Nehru bildeten den Auftakt zu den religiösen Verfolgungen, vor allem im bengalischen und heute zu Ost-Pakistan gehörenden Noakhali, bis endlich Gandhi durch seine mutigen Predigt-Wanderungen gerade diese gefährdetsten Gebiete leidlich befrieden konnte — ein einzelner kleiner Mann stellte sich unerschrocken dem entfesselten Fanatismus entgegen! Damals sagten Jinnah und Noon, und es ist sehr aufschlußreich, das heute noch einmal nachzulesen: Sowjetrußland sei nicht weit von Indiens Grenzen entfert, und wenn die Moslems kämpfen müßten, würden sie nach Hilfe bei den Sowjets ausschauen . . .

Noch immer ist in diesem Raum die Gefahr nicht gebannt, daß aus kleinen örtlichen Funken noch einmal die Flamme religiöser Kämpfe oder gar eines „Heiligen Krieges" entbrennt, und diese Gefahr besteht auch bei den primitiven, analphabetischen Massen in Indien.

Katharina Seibert

Dr. Georg Groeninger

Die Wiedervereinigung — der Angelpunkt der deutschen Politik

I. Die deutsche Einheit in der Geschichte eines Jahrhunderts (1848—1945)

Noch heute und gerade heute hat unser Volk darunter zu leiden, daß dem Parlament der Paulskirche von 1848 die Schaffung der deutschen Einheit aus dem Willen des Volkes unmöglich gemacht wurde. Der preußische König hielt es für unter seiner Würde, die deutsche Kaiserkrone aus der Hand von Volksvertretern entgegenzunehmen. In den Jahren darauf warnte ein „berühmter Unbekannter", der politisch weitblickende Konstantin Frantz — der politische Gegenspieler Bismarcks und Gesinnungsfreund des englischen Ministers Gladstone — vor dem Streben, die deutsche Einheit mit Waffenplänen zu begründen. Er warnte vor den fremden Mächten, die dann das Schicksal Deutschlands bestimmen würden, 1861 schrieb er wörtlich: „Alle Kriege zwischen den abendländischen Staaten haben zuletzt keinen anderen Erfolg, als daß sie den Machtaufschwung Rußlands wie andererseits den der Neuen Welt befördern ... Wie das Korn zwischen zwei Mühlsteinen wird man uns zerreiben" (E. Stamm: K. Frantz, S. 86, 133). Ein prophetisches Wort! Bismarck ließ sich nicht überzeugen. Frantz stellte sein Amt zur Verfügung. Er mußte gehen.

Heute sitzen wir in der Katastrophe, die Konstantin Frantz schon vor hundert Jahren kommen sah!

Es ist die beständige Tragik unseres Volkes, daß wirkliche Volksmänner, denen das Lebensinteresse des ganzen Volkes eine Herzenssache war, die zur Einsicht mahnten und, wie Gladstone, vor den politischen und sittlichen Gefahren der Kriege warnten, verfemt zur Seite gedrängt (1914) und „unschädlich gemacht" wurden (1939—1945). Solange dieses an den besten Männern des Volkes und dadurch am Volke selbst begangene Unrecht nicht erkannt und begriffen wird, kann eine Erkenntnis der wirklichen politischen Realitäten, besonders auch im ethischen und humanen Bereich, nicht aufkommen. Wir werden dann politisch in der Ignoranz verharren, sie mit Arroganz verdecken und an der Intoleranz zugrundegehen.

---

seliges Erbe des Geistes von Jinnah. Über die unmittelbaren Hintergründe hat die indische Delegation bei der UNO vor dem Anschluß eine Information für die Presse herausgegeben, die aber offenbar nirgendwo zur Kenntnis genommen wurde. Darin heißt es u. a.: „Der Konflikt hatte seinen Ursprung in dem Bemühen Pakistans, Kaschmir gewaltsam zu annektieren. Er wurde zu einer Angelegenheit der UN, als Indien am 1. Januar 1948 unter Anrufung des Artikels 35 der Charta der Vereinten Nationen Beschwerde beim Sicherheitsrat führte, daß Pakistan sich einer Aggression schuldig gemacht habe." Die Ausführungen Menons, die allerdings 7½ Stunden in Anspruch nahmen, wurden gar nicht ganz angehört, sondern der Sicherheitsrat hatte die Resolution schon vor dem Ende der Rede Menons gebilligt.

Aufschlußreich mag hier eine neutrale Stimme sein. So schreibt der Amerikaner Louis Fischer in seiner Gandhi-Biographie: „Der Hindu-Mahardja von Kaschmir hatte seine achthunderttausend Hindu- und 3,2 Millionen Moslem-Untertanen mit der gleichen Mißachtung ihres Wohlergehens und ihrer Freiheit regiert. Die pakistanische Regierung ermutigte im September 1947 wilde kriegerische Stämme aus der Nordwest-Provinz, in Kaschmir einzufallen, denen reguläre pakistanische Truppen folgten. Beunruhigt und hilflos erbat der Mahardja den Anschluß seines Staates an Indien. (Es war den einzelnen indischen Staaten freigestellt, ob und wem sie sich anschließen wollten. D. V.) Am 29. Oktober wurde der Beitritt öffentlich erklärt. Gleichzeitig sandte Neu Delhi auf dem Luft- und Landwege eiligst Truppen nach Kaschmir. Ohne

1871: Reichsgründung im Siegesglanz — 1918: Reichsminderung in Waffentrauer — 1945: Reichszerstörung vor endlosen Gräbern und Trümmerstätten . . . eine todernste Mahnung für uns alle.

Nun fangen wir wieder von vorne an, mit einer neuen Reichsgründung, die jetzt Wiedervereinigung heißt. Wir gehen wieder denselben Weg. Die Paulskirchentagung vom 29. Januar 1955 blieb mit ihrem Aufruf zur Verständigung und Wiedervereinigung in den führenden Kreisen ohne sichtbaren Erfolg. Die Aufrüstung geht weiter. Deutschland haftet, in zwei Teile getrennt, an den Frontflächen der „Mühlsteine" von Ost- und Westblock, also im Brennpunkt der größten Gefahr. Es hätte bei sachlicher Betrachtung schon von vornherein klar sein müssen, daß eine deutsche Teil-Aufrüstung (dazu im Waffenverband mit den Westmächten) v o r der Wiedervereinigung nicht in Frage kommen konnte. Eine Volksabstimmung hätte eine überwältigende Mehrheit für die Wiedervereinigung erbracht. Es wurde aber vor dem Memorandum vom August 1950 im Kreise der verfassungsmäßig berufenen Instanzen niemand gefragt. Paul Sethe nennt es einen Irrtum, zu glauben, „Wiedervereinigung und deutsch-amerikanisches Bündnis seien miteinander zu vereinbaren" („Zwischen Bonn und Moskau", S. 146).

II. *Das Zerren um die Wiedervereinigung (1945—1956)*

1. Phase (im wesentlichen nach den Daten der angeführten Schrift Paul Sethes): In Yalta (Januar 1945 — Roosevelt, Churchill, Stalin) wurde erstmals die Teilung Deutschlands behandelt. In Potsdam (Juli 1945 — Truman, Churchill, Stalin) rückte man von diesem Gedanken wieder ab. Das später eingeschaltete Frankreich hat die Spaltung mit starker Betonung wieder betrieben. Anfang 1947 wird die Doppelzone von den USA und England für wirtschaftliche Verwaltung geschaffen. Frankreich und die Sowjetunion stehen abseits. Im März 1947 folgt die grundsätzliche Vereinbarung der vier Außenminister (Marshall, Bevin, Bidault, Molotow) in Moskau, eine gesamtdeutsche Regierung unter der Aufsicht des Alliierten Kontrollrates zu bilden. Die UdSSR schlägt eine zentrale Regierung vor, die USA, England und Frankreich wollen eine Teilung der Regierungsgewalt und stimmen für Länderregierungen; Frankreich fordert dabei noch die Abtrennung des Saargebiets und des Rheinlandes sowie den Ausschluß des Ruhrgebiets aus der deutschen Wirtschaft und Verwaltung. — Österreich erhält eine einheitliche Gesamtregierung.

2. Phase: Im April 1947 entstehen scharfe Gegensätze zwischen Molotow und den westlichen Außenministern. Molotow will eine deutsche Zentralregierung und eine Verfassung

---

Benutzung des Luftweges wäre das Land von Pakistan überrannt und annektiert worden. Bald wurde Kaschmir der Schauplatz eines kleinen Krieges zwischen Indien und Pakistan. Die Moslem nannten ihn ‚Heiligen Krieg'. In einer Weihnachtsbotschaft billigte Gandhi die Entsendung der indischen Truppen nach Kaschmir. Er bedauerte, daß Nehru die Auseinandersetzung den Vereinten Nationen unterbreitet hatte. Dort werde weniger der wirkliche Sachverhalt als Erwägungen der Machtpolitik die Entscheidung der Länder leiten."

Heute erweist sich, wie richtig auch hier Ghandis Instinkt war.

Nachdem Kaschmir drei Jahre lang vergeblich auf ein positives Ergebnis gewartet hatte, wurde im September 1951 eine Konstituierende Versammlung gewählt, im folgenden Jahre der Mahardja abgesetzt und das sog. Delhi-Agreement mit Indien abgeschlossen, das Kaschmir verwaltungsmäßig und juristisch weitgehend der Indischen Union unterstellte. 1954 wurde von der Konstituierenden Versammlung einstimmig der Anschluß beschlossen. Delhi hatte völlig von sich aus für ganz Kaschmir — selbstverständlich nach dem Abzug der pakistanischen Banden und Truppen — eine Volksabstimmung verlangt, doch waren die Voraussetzungen hierfür niemals gegeben. Zwar verlangte der Sicherheitsrat 1948 eine Zurücknahme des Militärs, nachdem eine von ihm entsandte Kommission die Verletzung der internationalen Rechte durch Pakistan festgestellt hatte, aber diesem Verlangen wurde nie entsprochen. So war der endgültige Beitritt Kaschmirs, unter seinem mohammedanischen Premierminister Bakschi Ghulam Mohammed, zur Indischen Union

nach Weimarer Muster, Bidault und Bevin lehnen ab, und Marshall schließt sich ihnen an. Die drei Außenminister der Westmächte einigen sich auf den französischen Vorschlag getrennter Länderregierungen. Moskau wirft ihnen die Verletzung des Potsdamer Abkommens vor, worin die Alliierten die Verpflichtung zur Wiedervereinigung Deutschlands übernommen haben.

In Fragen der amerikanisch-britischen Doppelzone, der gegenüber sich Sowjettrußland nach ursprünglicher Zurückhaltung positiv einstellen wollte, entstehen weitere Schwierigkeiten, und die UdSSR bleibt abseits. Der Gedanke an eine gesamtdeutsche Regierung tritt zunehmend in den Hintergrund.

3. Phase: Die Sowjets reißen 1948 die Macht in Prag an sich und versuchen, durch eine Blockade die ganze Stadt Berlin unter ihren Einfluß zu bringen. Die Versorgung der Westberliner Bevölkerung erfolgt auf dem Luftwege. Diese sowjetische Herausforderung löst scharfe Gegensätze aus. 1949 wird mit Unterstützung der Westmächte die Bundesrepublik Deutschland begründet. Daraufhin wird in der sowjetischen Besatzungszone auf Betreiben der UdSSR hin die Deutsche Demokratische Republik ins Leben gerufen. Die Spaltung erfährt eine bedenkliche Verschärfung.

4. Phase: Gegensätze im Fernen Osten führen zum Koreakrieg (Sommer 1950). Das veranlaßt den Bundeskanzler zu einem Memorandum vom 30. August 1950 an die Westmächte, worin er ohne Befragung der Regierung und des Parlaments deutsche Waffenhilfe für den Fall eines sowjetischen Angriffs anbietet. Innenminister Dr. Heinemann mißbilligt den Schritt des Kanzlers und scheidet aus der westdeutschen Regierung aus. Die Beziehungen zwischen Ost und West treten nun in ein kritisches Stadium, die Bundesrepublik rückt in den Vordergrund der Gegensätze, und das Mißtrauen der Sowjetunion steigt erheblich, zumal sie sich durch die Weiterentwicklung der Atombomben in den USA auch nach der Niederwerfung Deutschlands und Japans bedroht sieht. Der kommunistische Druck auf die Bevölkerung der DDR wächst.

5. Phase: Um den militärischen Anschluß der Bundesrepublik an die Westmächte zu verhindern, bietet Moskau in der Note vom 10. März 1952 einen ansehnlichen Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands, nämlich Verhandlungen über einen Friedensvertrag unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung nach freien Wahlen, Wiedervereinigung mit voller Souveränität nach dem Abzug aller Besatzungstruppen (ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages), Entlassung der Gefangenen und Zubilligung einer nationalen Armee unter Ausschluß irgendwelcher Militärbündnisse (also im wesentlichen die Bedingungen, wie sie späterhin im Friedensvertrag mit Österreich festgelegt

---

nur der folgerichtige letzte Schritt dieser Entwicklung.

Eigentlich hatte er nur noch formale Bedeutung, und Nehru macht mit Recht das Argument geltend, der wirtschaftliche Fortschritt, den Kaschmir an Indiens Seite errang, dürfe ihm nicht wieder verlorengehen. Über die politischen und ökonomischen Verhältnisse entnehmen wir der indischen Presse einige pakistanische Zeitungsstimmen: „Wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit, steigende Lebenshaltungskosten, steil ansteigende Preise für Konsumgüter haben die Gefühle der Bevölkerung sehr gedämpft. Die wirtschaftliche Not hat erschreckende Ausmaße angenommen. Die Versorgung mit den elementarsten Lebensnotwendigkeiten wie Nahrung, Kleidung und Unterkunft stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten und geht über die Kräfte der Menschen" („Afaq", Lahore, am 27. Juni 1956). „Während der letzten acht Jahre wurden keine Wahlen abgehalten, weder für eine Regierung noch zu Gemeindevertretungen. Alle Minister wurden während dieser acht Jahre vom Pakistanischen Ministerium für Kaschmir ernannt. Obwohl es eine ganze Reihe politischer Parteien im ‚befreiten' Kaschmir gibt, erkennt die Regierung nur die Moslem-Partei an" („Imroze", Karachi, am 8. September 1956). „Die Moslem-Partei ist eine undemokratische und verfassungswidrige Organisation ohne soziales und wirtschaftliches Programm. Wahlen fanden nicht statt, und es gibt nirgendwo eine ordnungsmäßige Mitgliedschaft" („The Civil & Military Gazette", Lahore, am 29. Juli 1956).

Die vorher erwähnte Presse-Information besagt zur religiösen Seite der Frage, Indien sei eine säkulare Demokratie, Paki-

worden sind). Bundeskanzler Adenauer lehnt das sowjetische Angebot in einer öffentlichen Rede mit scharfen Worten ab.

6. Phase: Im August 1953 wird die erste sowjetische Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht. Die gefährlichste Epoche der Menschheitsgeschichte hat begonnen. Sie wird politisch durch die Idee vom „atomaren Gleichgewicht" gekennzeichnet — „Vernunft wird Unsinn", der Wahnsinn Methode. „Politik" von dieser Art, mit Überbietung aller politischen Anmaßungen, Torheiten und Eitelkeiten in der vorhergegangenen Geschichte, ist nicht mehr Politik, sondern ein vernunfts- und rechtswidriger Anschlag auf die Existenz der Menschheit. Die Verwirrung geht so weit, daß man das Gleichziehen des Ostens in der Atomwaffen-Rüstung als die beste Garantie für den Weltfrieden deutet, also das Werk des Friedens, das dem Geist der Menschlichkeit und christlich-ethischer Kulturgesinnung nicht gelingt, der teuflischsten Waffe überläßt, die jemals über die Menschheit gekommen ist. Hier kann man nur noch von „schizophrénie politique" sprechen, also ein Wort gebrauchen, das kürzlich die französiche Zeitung „Le Monde" zur Kennzeichnung angeblich politischer „Logik" geprägt hat. In Wirklichkeit beginnt damit die Zeit der Endgeschichte, das Stadium der apokalyptischen Wirren.

7. Phase: Vom Anfang 1954 an folgen weitere Konferenzen. Die von Berlin (Januar/Februar 1954) trat schon mit der Gewißheit zusammen, daß alles ergebnislos sein würde. Im Oktober 1954 wird in London der Anschluß der Bundesrepublik an die NATO gebilligt. Die Sowjetunion versucht erneut eine Abwendung ihrer Bedrohung durch die westlichen Verträge mit der Note vom 23. Oktober 1954 und schlägt Wiedervereinigung (bei freien Wahlen und Abzug der Besatzungstruppen) sowie kollektive Sicherheit vor. Aber die hierzu angeregten Konferenzen kommen nicht zustande. Später deutet Präsident Eisenhower im Interesse einer allgemeinen Entspannung auf die Möglichkeit eines neutralen Staatengürtels zwischen West und Ost hin. Trotzdem bleiben auch die Genfer Konferenzen vom Juli und November 1955 erfolglos, obwohl nun auch der Eden-Plan — ähnlich dem von Dr. Pfleiderer (FDP) aufgestellten — eine neutrale Zone in Mitteleuropa vorsieht, um wenigstens die Richtung eines gangbaren Weges anzudeuten.

8. Phase: Auch der Besuch des Bundeskanzlers in Moskau vom September 1955 bringt die Wiedervereinigung keinen Schritt weiter, man gibt Grundsatzerklärungen ab, macht jedoch keine greifbaren Vorschläge. Sowjetischerseits wird die Wiedervereinigung abgelehnt, solange die Bundesrepublik im NATO-Verbande bleibt: denn dieser sei gegen die

---

stan habe eine theokratische Verfassung. In der Indischen Republik leben 40 Millionen Moslem (gegenüber 60 in Pakistan), 10 Millionen Christen und Anhänger aller anderen Religionen. Indische Moslem und Christen haben völlige Gleichberechtigung und bekleiden wichtige Posten im öffentlichen Leben. Es ist also absurd, drei Millionen Moslem in Kaschmir zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen, und niemand kann an Nehrus ehrlicher Unvoreingenommenheit gegenüber allen Religionen zweifeln. Übrigens wurden in Kaschmir — wie überall in Indien — die Großgrundbesitzer (hier durchweg Hindus) im Zuge der sozialistischen Landreform enteignet und ihre Besitztümer unter die mohammedanische Landbevölkerung verteilt, und im Gegensatz zur sonstigen indischen Gepflogenheit wurden die Grundbesitzer nicht entschädigt. Führende Mohammedaner und die Moslem-Presse in Indien haben sich denn auch mahnend und kritisch warnend gegen Karachi gewandt und z. B. hervorgehoben, Pakistans Wiederaufgreifen des Kaschmir-Problems gehöre zur üblichen Taktik, von dem allgemeinen pakistanischen Niedergang und dem völligen Versagen seiner Führer vor den Blicken der islamischen Welt abzulenken, und ähnlich scharf ist die Haltung Karachis im Suez-Konflikt gegenüber Ägypten gerügt worden.

Täglich kommen aus dem pakistanisch besetzten Teile Kaschmirs mohammedanische Flüchtlinge auf die indische Seite, von wirtschaftlichen Sorgen getrieben. Auch aus Ostpakistan hält der Flüchtlingsstrom noch immer an — von dorther sind bislang allein vier Millionen Menschen über die Grenze gekommen — während er aus Westpakistan im wesentlichen zum Stillstand gekommen ist. Die Ursachen sind religiöser oder öko-

Sowjetunion gerichtet, weil man anders den Wunsch Moskaus, dem atlantischen Bündnis beizutreten, nicht abgelehnt hätte.

So kommt die Wiedervereinigung bei nutzlosen Reden und im Geiste gesteigerten Mißtrauens immer mehr auf ein totes Gleis. P. Sethe sagte mit Bedauern: „Deutschland ist nicht mehr in der unvergleichlich günstigen Lage wie 1952 . . . Die Sternstunde für Deutschland haben wir verstreichen lassen" (a. a. O., S. 146).

Österreich aber schließt im Mai 1955 seinen Friedensvertrag. Nach dem Abzug aller Besatzungstruppen verfügt es wirklich wieder über volle Souveränität, d. h. Einheit von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatshoheit. Es kann sich nun frei und unabhängig nach eigenem Willen einrichten. Warum kam es so viel eher zum Ziele? Weil den Österreichern weder von auswärtigen Mächten noch von der eigenen Regierung zugemutet worden ist, schon vor dem Abschluß eines Friedensvertrages gegen einen Vertragspartner im Interesse anderer aufzurüsten! Hier liegt unser politischer Fehlgriff. Der Ruf des deutschen Volkes nach seiner Wiedervereinigung ist unabweisbar. Er hätte ein weltweites Echo gefunden, und was er fordert, hätte als Ziel und natürliche Voraussetzung für den weiteren politischen Aufbau politisch angesteuert werden müssen. Eine westdeutsche Aufrüstung aber, in dieser Form und Übereile, mit ihrer Schockwirkung auf den Osten, konnte und kann nicht im Interesse unseres Volkes liegen, zumal Moskau schon sehr rechtzeitig hat erkennen lassen, daß die Sowjetunion einem wiedervereinigten Deutschland die Aufstellung nationaler Streitkräfte nicht versagen werde.

Mit der Aufrüstung sind jedoch kostbare Jahre und wertvolle Chancen für die Wiedervereinigung unwiederbringlich vertan worden, und letztlich hat die westdeutsche Wiederbewaffnung eine Situation geschaffen, die heute viel schlechter ist, als sie es anfänglich war. Da drängt sich die Frage auf, wo die Gründe für diese — unschwer vorauszusehende — Verschlechterung unserer Lage zu suchen sind. Sollten wirklich Kräfte am Werke sein, die die deutsche Einheit nicht wollen?

Man m u ß schon so fragen. Denn Italien hat seinen Friedensvertrag seit dem Februar 1947, Japan seit dem September 1951, Österreich seit 1955 — und nur Deutschland muß weiter warten und kämpfen, ohne daß der zermürbende Nervenkrieg um unsere staatliche Existenz und Einheit schon ein Ende erkennen ließe.

(Der Schluß des Aufsatzes folgt im nächsten Heft)

---

nomischer Art. Die zusammen acht Millionen Flüchtlinge bilden für das arme Land Indien ein schweres Problem. 1950 wurde zwischen Neu Delhi und Karachi ein Abkommen geschlossen, das vor allem an der ostpakistanischen Grenze den Geflüchteten beiderseits die Rückkehr ermöglichen sollte. Indessen erwies sich die Sicherheit für die rückkehrbereiten Hindus als nicht ausreichend, und viele von ihnen, die sich nach Pakistan zurückbegeben hatten, sind zum zweiten Male über die Grenze nach Indien gekommen.

Gewiß sagen auch Wohlwollende, Nehru sei Nationalist, wo es unmittelbar um indische Interessen gehe. Das gilt heute wohl von allen Asiaten, und es ist aus dem langen Kampfe um die Selbständigkeit auch zu verstehen. In diesem Falle kann man außerdem von dem indischen Ministerpräsidenten nach sorgfältiger Prüfung der Tatsachen gewiß nicht erwarten, daß er sich vom Ankläger zum Angeklagten stempeln lasse, zumal er sein Vertrauen — entgegen Gandhis Rat — auf die Vereinten Nationen gesetzt hatte. Und nach seiner Rückkehr aus den USA drückte er abermals seine Sorge über die Anhäufung amerikanischer Waffen in Pakistan aus, was nicht gerade auf einen Erfolg seiner Unterredungen mit Eisenhower schließen läßt. Amerika gegenüber begründet Karachi seine Waffenwünsche mit einer eventuell nötigen Verteidigung gegen die Sowjetunion, aber sowjetischen und chinesischen Staatsmännern sagt man, daß diese Waffen nicht etwa gegen sie, sondern gegen Indien gerichtet seien . . .

Pakistan und seine Presse betreiben einen wahren Haßfeldzug gegen den großen Schwesterstaat, ohne daß der Grund für diese Kampagne recht ersichtlich wäre. Denn Indien setzt alle seine Kräfte und

Dietrich Ernst Ralle

Der Griff nach dem Privateigentum

Das am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Bundesleistungsgesetz ermöglicht schwerwiegende Eingriffe in die bürgerlichrechtliche Vertragsfreiheit wie überhaupt in die gesamte Privatrechtssphäre. Daneben beschränkt es die verfassungsmäßigen Grundrechte der Unverletzlichkeit von Wohnung (Art. 13 GrG) und Eigentum (Art. 14 GrG), womit Haus, Wohnung, Grundstück, Gewerbebetrieb usw., aber auch Auto, Fernschreiber, Telefon und sonstiges Eigentum eines jeden Staatsbürgers ganz oder teilweise beschlagnahmt bzw. enteignet werden können.

Die Grundvorschrift des Bundesleistungsgesetzes (BLG) bestimmt im § 1, in welchen Fällen Leistungen (Eigentumsüberlassungen, Werkleistungen, Zwangsverträge) angefordert werden können:

„1. zur Abwendung einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes oder zur Abwendung oder Beseitigung einer die Sicherheit der Grenzen gefährdenden Störung der öffentlichen Ordnung im Grenzgebiet;
2. für Zwecke der Verteidigung, im besonderen zur Abwendung einer Gefahr, durch die von außen der Bestand des Bundes entweder unmittelbar oder mittelbar im Rahmen seiner Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit bedroht wird;
3. zur Erfüllung der Verpflichtungen des Bundes aus zwischenstaatlichen Verträgen über die Stationierung und die Rechtsstellung von Streitkräften auswärtiger Staaten im Bundesgebiet;
4. zur Unterbringung von Personen oder Verlegung von Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, die wegen einer Inanspruchnahme von Grundstücken für Zwecke der Nummern 1 bis 3 notwendig ist."

Die Bestimmung des § 1 Nr. 4 umfaßt z. Z. besonders die Freimachung von Kasernen. Die Aufzählung der Fälle ist aber, wie sich aus der Wendung „im besonderen" (Nr. 2) ergibt, nicht als erschöpfend anzusehen, vielmehr dürfte die Bundesregierung für „Zwecke der Verteidigung" auch andere als die angeführten Fälle zum Anlaß nehmen können, in das wirtschaftliche und politische Leben einzugreifen. Wir sollten besonders stutzig werden, wenn wir von der „Unterbringung von Personen" lesen, die im Zusammenhang mit Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen notwendig sein soll. Noch sind die im zweiten

---

Energien für den wirtschaftlichen Aufbau seines Landes ein und sucht gewiß keinen Konflikt mit Karachi, wenngleich Nehru und die indischen Zeitungen auch immer wieder betonen, man werde sich wehren, wenn man angegriffen werde. Bezeichnenderweise schrieb der Korrespondent der „New York Herald Tribune" am 7. Juni v. J. nach einer Reise durch Pakistan: „Jeder, der länger in Pakistan reist, stellt fest, daß der einzige von den Pakistanern ernstgenommene Feind Indien ist."

Feroze Khan Noon, der pakistanische Außenminister und jetzige Vertreter seines Landes vor der UNO, war ein Freund Jinnahs und gleich diesem ein Führer der Moslem-Liga. Die negativen Erklärungen beider zur Bildung der ersten freien provisorischen Regierung unter Nehru bildeten den Auftakt zu den religiösen Verfolgungen, vor allem im bengalischen und heute zu Ost-Pakistan gehörenden Noakhali, bis endlich Gandhi durch seine mutigen Predigt-Wanderungen gerade diese gefährdetsten Gebiete leidlich befrieden konnte — ein einzelner kleiner Mann stellte sich unerschrocken dem entfesselten Fanatismus entgegen! Damals sagten Jinnah und Noon, und es ist sehr aufschlußreich, das heute noch einmal nachzulesen: Sowjetrußland sei nicht weit von Indiens Grenzen entfert, und wenn die Moslems kämpfen müßten, würden sie nach Hilfe bei den Sowjets ausschauen . . .

Noch immer ist in diesem Raum die Gefahr nicht gebannt, daß aus kleinen örtlichen Funken noch einmal die Flamme religiöser Kämpfe oder gar eines „Heiligen Krieges" entbrennt, und diese Gefahr besteht auch bei den primitiven, analphabetischen Massen in Indien.

Katharina Seibert

Weltkriege aus den Großstädten Evakuierten nicht alle wieder in ihrer Heimat, und schon sind neue gesetzliche Grundlagen geschaffen worden, um abermals Tausende von Menschen aus Haus und Hof zu verjagen! Aus den bewußt unscharf gehaltenen Definitionen wie etwa „drohende Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes . . ." und „die Sicherheit der Grenzen gefährdende Störung der öffentlichen Ordnung im Grenzgebiet . . ." geht hervor, daß es ins Ermessen der Regierung — und nicht etwa des Bundestages — gestellt werden soll, zu entscheiden, ob und wann eine Situation als „Gefahr" oder „Störung der öffentlichen Ordnung" anzusehen ist. Unter diesen Umständen erscheint es als möglich, auch politisch mißliebige Sachverhalte (z. B. Streiks, Demonstrationen, politische Bewegungen) zu erfassen. Die Versuchung, gegebenenfalls mit undemokratischen Mitteln und nach dem Muster eines militaristischen Obrigkeitsstaates vorzugehen, liegt da nahe, weil es kaum einer lebhaften Phantasie bedarf, um sich vorzustellen, daß man mit dieser Ermächtigung beispielsweise jede größere Streikbewegung ohne großes Aufheben bereits in ihren Anfängen unterbinden und abdrosseln könnte.

Alle natürlichen und juristischen Personen können zu Leistungen herangezogen werden, nicht aber Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Die Skala der Eingriffsmöglichkeiten in die Privatrechte der Staatsbürger ergibt sich aus der Aufzählung der anzufordernden Leistungen (§ 2):

„1. die Überlassung von beweglichen Sachen zum Gebrauch, zum Mitgebrauch oder zu anderer Nutzung;
2. die Überlassung von Gebäuden oder Gebäudeteilen, unbebauten Grundstücken oder freien Flächen von bebauten Grundstücken zum Gebrauch, zum Mitgebrauch oder zu anderer Nutzung für die vorübergehende Unterbringung von Personen oder Lagerung von Gegenständen, die den im § 1 genannten Zwecken unmittelbar zu dienen bestimmt oder hierzu geeignet sind;
3. für Zwecke des § 1 Nr. 1 die Überlassung von Funkanlagen zum Gebrauch oder zum Mitgebrauch. Soweit die Abwendung oder Beseitigung einer Gefahr oder einer Störung im Sinne des § 1 Nr. 1 auf keine andere Weise möglich ist, können diese Anlagen ganz oder teilweise in Betrieb genommen werden, wobei die der Genehmigung der Anlage durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen beigefügten technischen Auflagen (Bedingungen) eingehalten werden müssen;
4. die Überlassung von Fernsprech- und Fernschreibteilnehmer-Einrichtungen zum Gebrauch oder Mitgebrauch;
5. die Unterlassung des Gebrauchs, des Mitgebrauchs oder der sonstigen Nutzung von beweglichen und unbeweglichen Sachen;
6. die Überlassung beweglicher Sachen zu Eigentum, sofern der Verbrauch oder ein langdauernder Gebrauch der Sache notwendig ist (Enteignung);
7. die Duldung von Einwirkungen auf unbewegliche Sachen. Die wirtschaftliche Zweckbestimmung der unbeweglichen Sachen darf nicht gefährdet werden;
8. Werkleistungen nach Maßgabe des § 11 und des § 13 Abs. 1;
9. der Abschluß von Verträgen nach Maßgabe des § 12 und des § 13 Abs. 2."

Gaststätten und Hotels können zur Unterbringung und Verpflegung, Werkstätten zu Instandsetzungsarbeiten, Verkehrsunternehmen und Fahrzeughalter zu Beförderungen gezwungen werden (§§ 11, 13 und 16). Die „Leistungspflichtigen" müssen die Vorbereitung der Leistung dulden, Auskünfte geben, Unterlagen vorzeigen, Pferde und Fahrzeuge vorführen (§ 18). Wohnräume können beschlagnahmt werden, wenn sie nur zu geistiger Arbeit oder zur Ausübung eines Gewerbes benötigt werden oder wenn eine anderweitige Unterbringung des Besitzers und seiner Familie möglich ist (§ 3 Abs. 4). Den Dienstverpflichtungen müssen alle Betroffenen „rechtzeitig, ordnungsgemäß und vollständig" nachkommen (§ 19). Tut der „Leistungspflichtige" das nicht, muß er dem „Leistungsempfänger" — also dem Kommiß — den dadurch entstehenden Schaden ersetzen, und er hat auch nicht etwa das Recht, die Leistung vielleicht bis zur Zahlung der ihm geschuldeten Entschädigung zu verweigern (§ 19 Abs. 3): denn diese wird erst nachträglich bezahlt. Im übrigen sorgen gesalzene Strafbestimmungen — mit Geldbußen bis zu 50 000 DM und u. U. Gefängnis bis zu einem Jahre — dafür, daß dem „Leistungspflichtigen" die Lust zu etwaiger Widerspenstigkeit von vornherein vergeht.

Die angeblich im § 3 BLG enthaltenen Schutzvorschriften sind durch Generalklauseln so aufgeweicht worden, daß sie keinerlei praktischen Wert haben. So heißt es beispielsweise, die Anforderungsbehörde dürfe Leistungen nur verlangen, „wenn der Bedarf auf andere Weise nicht oder nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln" gedeckt werden könne, aber die Entscheidung darüber, ob eine dieser Voraussetzungen vorliege oder nicht, trifft — — die Anforderungsbehörde!

Für die gewöhnliche Abnutzung der beschlagnahmten Sache gewährt der „Leistungsempfänger" keinen Ersatz, im Gegenteil: der „Leistungspflichtige" muß ihm die zur Erhaltung der Sache getätigten Aufwendungen sogar noch bezahlen! Kann der Empfänger die Sache später nicht mehr zurückgeben, so bemißt sich die Höhe seiner Ersatzleistung „nach dem gemeinen Wert der Sache im Zeitpunkt der Fälligkeit des Rückgabeanspruchs" (§ 27), und das heißt: die Entschädigung für Zerstörung oder Verlust der Sache soll nach dem Verkehrswert, nicht nach dem Wiederbeschaffungswert erfolgen, und der betroffene „Leistungspflichtige" kann sich dafür keinen Ersatz beschaffen. Er ist in seinem wirtschaftlichen und persönlichen Fortkommen empfindlich gehindert und wird u. U. infolge dieser Eingriffe seine frühere Tätigkeit nicht mehr auszuüben vermögen. Hierbei muß noch berücksichtigt werden, daß das BLG seiner ganzen Konzeption nach davon ausgeht, daß eine normale Beschaffung der requirierten Gegenstände nicht möglich ist und daß deswegen Eingriffe in das Eigentum der Staatsbürger vorgenommen werden müssen. Daß der Gesetzgeber auf eine Wirtschaftssituation abstellt, wie wir sie noch aus der Zeit des „Großdeutschen Reiches" in unliebsamer Erinnerung haben, zeigt auch § 32:

> „Soweit Preisvorschriften bestehen, unterliegt ihnen die Bemessung der Entschädigung und Ersatzleistung."

Was nützt unter solchen Umständen dem Bauern noch eine — ohnehin unzulängliche — Entschädigung für sein requiriertes Pferd oder seinen Traktor, was dem Fuhrunternehmer für seinen beschlagnahmten LKW — ? ?

Interessant ist schließlich noch der dritte Teil des Gesetzes, der den Manövern gewidmet ist und auch für die Besatzungstruppen gilt. Aus ihm ergibt sich, daß die einzelnen Wehrmachtseinheiten für die Dauer ihrer Übungen den Verkehr ganzer Landstriche lahmlegen können. Nach § 68 können die Truppen Grundstücke überqueren, vorübergehend besetzen, zeitweilig sperren und in geringerer als der sonst zulässigen Höhe überfliegen. Bauern können also an der Bestellung und Nutzung ihres Landes auf militärischen Befehl hin gehindert werden, und sie müssen die „Manöverschäden" hinnehmen, die z. B. schwere Panzer beim Überqueren ihrer Felder verursachen. Angesichts der Verwüstungen, die allein in den letzten Jahren durch die Manöver der Besatzungstruppen entstanden sind, kann man sich leicht ausmalen, daß die Flurschäden bei Manövern deutscher u n d ausländischer Truppen in den kommenden Jahren das Doppelte betragen werden. Die schweren Gesundheitsstörungen bei Mensch und Vieh, die nach den Feststellungen verantwortlicher Ärzte durch das niedrige Überfliegen von Wohngebieten insbesondere durch Düsenflugzeuge hervorgerufen werden, bleiben unbeachtet.

Besonders aufschlußreich aber ist, daß die Neuauflage des „Volkssturms" unseligen Angedenkens — die uns vom Bundesverteidigungsminister kurz vor Weihnachten überraschenderweise in Aussicht gestellt wurde — bereits im § 66 BLG berücksichtigt ist und mit gleichem Wortlaut schon im Gesetzentwurf (BR-Drucksache Nr. 179/55 vom 3. Juni 1955) enthalten war:

> „Das gleiche gilt für die Verbände und Einheiten des zivilen Bevölkerungsschutzes . . . , soweit diese an Manövern oder anderen Übungen von Truppen teilnehmen."

Die militärischen Bedürfnisse, so schrieb der SPD-Pressedienst, haben den absoluten Vorrang. Durch dieses Gesetz können praktisch Auflagen jeder Art erteilt werden. Das Bundesleistungsgesetz dient also genau so wie sein nationalsozialistisches Vorbild, das „Reichsleistungsgesetz", in erster Linie „Verteidigungsvorbereitungen", wie es nach der neuen Sprachregelung heißt. Der Kommentator Dr. August Dänzer-Vanotti umschreibt das, indem er bemerkt, das Gesetz sei „vorsorglich", „sozusagen auf Vorrat" und „nicht für normale Zeiten" geschaffen.

Bedauerlich ist eben nur, daß es schon am 1. Januar d. J. — also in einer von den meisten als normal angesehenen Zeit — in Kraft getreten ist und jederzeit gegen jedermann angewendet werden kann . . .

(Wie hätte Hitler das Herz im Leibe gelacht, wäre es ihm noch vergönnt gewesen, solche Auslassungen „katholischer Moraltheologen" in kirchlichen Blättern zu erleben!)

Und das wird uns vorgetragen als „verbindliche Lehre der katholischen Kirche" — zum Schutze der CDU/CSU-Politik! Dabei hat Papst Leo XIII. gesagt:

> Die Wehrpflicht ist ein Attentat auf die Selbstbestimmung der sittlichen Persönlichkeit!

Papst Leo XIII. soll ein katholischer Papst gewesen sein — wie unheimlich, ich gestehe es! Hat denn Leo XIII. die „verbindliche" Lehre der katholischen Kirche nicht gekannt — ??

Ja, es ist schon mehr als unheimlich, dieses Duell zwischen dem heiligmäßigen Papst Leo XIII. und den moraltheologisierenden Zutreibern der CDU/CSU-Politik! Neben Papst Leo XIII. steht der große Friedenspapst Benedikt XV., heute ruft ungehört die Stimme des heiligmäßigen Papstes Pius XII. über die Welt, und nur verstümmelt bekommen wir in Deutschland seine mahnenden und beschwörenden Reden zu lesen. Weder die katholische Tagespresse noch die katholische Kirchenpresse veröffentlichen sie in vollem Wortlaut oder vermitteln sie uns in ihrer ganzen großen Bedeutung — „es fehlt an Raum".

Denn diese Worte passen nicht in die Unternehmungen jener, die (ihrem Gewissen folgend, was wir nicht bezweifeln) diese unheimliche Aufrüstungspolitik betreiben und sich dabei gar noch der Welt als „Realpolitiker" vorstellen, selbst unter Hinweis auf Worte Christi: „ — denn es wird sich empören ein Volk gegen das andere und ein Königreich gegen das andere und es werden sein Pestilenz und teure Zeiten und Erdbeben!" (Matth. 24, 7 und Mark. 13, 8). Also — so rufen sie aus, die „Moraltheologen" der CDU/CSU, welche das religiöse Gewissen der anderen erwürgen wollen, um die Politik zu rechtfertigen, die unser Volk zerreißt — hat Christus selbst das nicht gesagt? Also müssen wir rüsten!

Ja, was fragen wir die Päpste — ist nicht einer allein der Lehrer, nämlich Christus? Hat er nicht auf dem Berge gepredigt und das Wort gesprochen: „Stecke dein Schwert ein, denn wer zum Schwerte greift, wird durch das Schwert umkommen!" — ? Hat er das nicht wirklich gesagt?

Aber in einem katholischen Kirchenblatt, das Bonns Aufrüstungspolitik kräftig unterstützt und fördert, lese ich:

> „Alle Predigten, Mahnungen und Erziehungskunststücke haben bisher nicht ausgereicht, die ‚Bestie' im Menschen so allseitig und restlos zu bändigen, daß keine Gewalttat mehr geschähe! Keine heidnische und leider auch nicht die christliche Religion haben es bisher verhindern können..."

Mit diesem „Sinn für Realpolitik" billigen und betreiben in Deutschland „Moraltheologen" die CDU/CSU-Politik der Jahre nach dem zweiten Weltkriege, gegen die eindeutige Friedenspolitik des Papstes und gegen eindeutige Worte Christi.

Gehen wir doch diesen Gewissensfragen einmal auf den Grund! Denn das, mein Freund, ist gewiß: in der Nähe Christi ist kein Raum für Wehrmachtspolitik.

Sehen wir uns diese Nähe Christi das nächstemal genauer an.

General a. D. Dr. Franz Beyer

Militärische Brennpunkte im Mittelmeer

Gedanken über Eisenhowers Nahost-Doktrin (II)

Unzweifelhaft der gefährlichste militärische Brennpunkt im Mittelmeer ist zur Zeit der arabische Raum, in dem die Suez-Intervention so ziemlich alle Puppen zum Tanzen gebracht hat.

Solche unruhigen Entwicklungen in diesem Gebiet haben die Großmächte offenbar seit langem vorausgesehen, wie die „Britisch-französisch-amerikanische Erklärung zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität in den arabischen Staaten und Israel" vom 25. Mai 1950 beweist. Diese Erklärung billigt nicht nur beiden Staatengruppen „ein bestimmtes Maß von Streitkräften" zu, „um ihre innere Sicherheit und ihre legitime Selbstverteidigung sicherzustellen", sondern darüber hinaus, „um ihre Rolle bei der Verteidigung dieses Gebietes als Ganzes spielen zu können" (Ziffer 1).

Das war eine Prognose, die heute, da der israelische Präventivkrieg gegen Ägypten den letzten Rest gemeinsamer Konzeptionen zerstört und eine Fülle neuer, trennender Forderungen aufgestellt hat, nur noch als wirklichkeitsfremde Utopie angesehen werden kann.

Weiterhin hatten sich die drei Großmächte in der Erklärung von 1950 verpflichtet, Waffenlieferungen in das Gebiet in und um Israel nur gegen das vorherige Versprechen der Empfänger durchzuführen, „niemals irgendeine Angriffshandlung gegen einen anderen Staat zu unternehmen" (Ziffer 3). Israels Angriff auf Ägypten im letzten Herbst hat das Vage auch dieser Forderung erwiesen.

Und schließlich hatten die drei Großmächte in dieser Erklärung die weitere Pflicht auf sich genommen, „in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen als Mitglieder der Vereinten Nationen unmittelbar zu Taten zu schreiten, innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen, um solche Verletzungen zu verhindern ... falls irgendeiner dieser Staaten sich darauf vorbereitet, die Grenzen oder die Waffenstillstandslinien zu verletzen."

Diese politische und völkerrechtliche Aufgabe (bzw. Ermächtigung) haben nun England und Frankreich als Vorwand für ihre unrechtmäßige militärische Intervention in Ägypten benutzt — und sich damit auf absehbare Zeit hin selbst aus dem arabischen Geschehen ausgeschaltet. Es ist selbstverständlich, daß beide Staaten bei dem hohen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Wert dieses Raumes alles versuchen werden, hier durch ein Hintertürchen wieder hineinzuschlüpfen, wie es das britische Vorgehen gegen Yemen aus dem britischen Protektorat Aden heraus, die Londoner Bemühungen, wieder an den Sitzungen des Bagdad-Pakts teilzunehmen, und die Machenschaften der englischen Ölgesellschaften im Irak beweisen.

Jedenfalls sind sich alle arabischen Völker einschließlich derer im französischen Nordafrika darin einig, daß ähnliche Interventionskriege wie der in Ägypten mit allen Mitteln abzuwehren sind. Denn in diesem Punkte sind die in unserem Jahrhundert selbständig gewordenen Araber an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen worden, nämlich in ihrem übersteigerten Stolz auf Selbständigkeit und Selbstbestimmung. Und gerade der britisch-französische Krieg gegen Ägypten hat durch die Art seiner Durchführung gemeinsame bittere Reminiszenzen an die Methoden alter kolonialer Strafexpeditionen geweckt. (So wurden beispielsweise nach amtlicher Feststellung des zuständigen ägyptischen Gouverneurs allein in Port Said durch Luftangriffe und Feuer der Schiffsartillerie über 3000 Zivilisten getötet, über 800 verwundet und Sachschäden im Werte von rund 28 Millionen amerikanischer Dollar angerichtet!)

Für alle arabischen Staaten im eigentlichen arabischen Raume ist ein weiterer militärischer Brennpunkt der Staat Israel, der wie ein Kuckucksei im arabischen Nest liegt und durch seinen gemeinsam mit der britisch-französischen Intervention geplanten und durchgeführten Präventivkrieg gegen Ägypten seine militärische Gefährlichkeit erwiesen hat.

Sicherlich befindet sich dieser kleine Staat mit seinen knapp 2 Millionen Einwohnern in einer arabischen Umwelt von mehr als 30 Millionen Menschen, die sich alle in der Ablehnung Israels einig sind, in einer gefährlichen Lage. Und ehrgeizige Makkabäer wie der derzeitige Ministerpräsident Ben Gurion werden immer wieder versuchen, hier auch auf militärischem Wege Abhilfe zu schaffen, obgleich der kurze Krieg des Jahres 1956 die Israelis allein 22,5 Mill. US-Dollars gekostet und sie in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gebracht hat.

Der ursprüngliche Kriegsplan Israels für seinen Angriff (vgl. das Dezemberheft der „Blätter" auf Seite 61 ff.!) beweist, neben zweifellos guter Ausbildung, Ausrüstung und Fanatisierung der israelischen Armee, daß die arabischen Staaten insgesamt im arabischen Raum von der ständig wachsenden, mit Kulturland und Industrierohstoffen nur ungenügend ausgestatteten Nation der Israelis auch militärisch bedroht sind. Für die Konstituierung Israels als Fremdkörper im Gebiet der Araber sind nun aber die Juden nur zum kleineren Teile verantwortlich, weit erheblicher dagegen die Großmächte England, Frankreich und Nordamerika, von denen zu praktischem Handeln heute nur noch die letztgenannte fähig und willens ist.

Bevor es aber — sofern überhaupt — möglich wird, eine wirkliche Eingliederung Israels in den arabischen Raum durchzuführen, muß zunächst, und das sofort, ein militärisches Provisorium geschaffen werden, das in etwa dem Einsatz der UN-Polizeitruppe auf der Sinai-Halbinsel entlang der alten Waffenstillstandslinie entspricht. Ein solches Provi-

sorium müßte jedoch das ganze israelische Staatsgebiet umschließen und über genügend örtliche Reserven verfügen, um jedes „Kommando"-Unternehmen im Keime zu ersticken, von welcher Seite auch immer es käme. Dazu jedoch bedarf es einer erheblich stärkeren und auch in der taktischen Zusammenarbeit besser geschulten Truppe, als die Einheiten des Generals Burns sie gegenwärtig darstellen. Ebenso notwendig wäre ein eingespielter und stets einsatzbereiter Führungsapparat. Diese militärische Aufgabe ist um so schwieriger, als die sogenannte Grenze zwischen Israel und den arabischen Anrainern nicht an natürlichen Geländeabschnitten (Gebirge, Flüsse usw.) verläuft, sondern mit dem Lineal mitten durch die Wüste ohne irgendwelche Markierung gezogen wurde. Auch hier drängt die Zeit zu besseren und dauerhafteren Lösungen als den bisherigen, weil Israel z. B. sehr lange die Räumung des ägyptischen Gaza-Streifens verweigert und durch seine Soldaten den gegen Zwischenfälle einschreitenden Streifen der UN-Polizeitruppe sogar bewaffneten Widerstand geleistet hat.

Mag auch Israel gegenwärtig einer der wichtigsten militärischen Brennpunkte im Raum des östlichen Mittelmeeres sein, so muß man nach dem englisch-französisch-israelischen Kriege gegen Ägypten und größtenteils als Folge davon den gesamten Nahen Osten und ganz besonders den arabischen Raum als militärischen — sowie als politischen und wirtschaftlichen — Brennpunkt erster Ordnung bezeichnen.

Er steht in enger Verbindung mit dem Arabertum des nordafrikanischen Kolonialreiches der Franzosen. Burghiba, der geschickt seine französische Erziehung und seine Beziehungen zu Frankreich im Kampf gegen den französischen Kolonialismus ausnutzt, und der mehr offen, häufig demagogisch kämpfende Nasser verfolgen im Grunde das gleiche Ziel und werden sicherlich auch eine irgendwie geartete Verbindung miteinander aufnehmen, vielleicht schon aufgenommen haben. Und das in Kairo eingerichtete Maghreb-Komitee spinnt seine Fäden bis zur marokkanischen Atlantikküste und bis hinunter zur Region des Tschadsees.

Nun gibt es im eigentlichen arabischen Raum Spaltungen und Parteiungen von persönlicher, religiöser, kultureller und auch wirtschaftlicher Art, die die orientalische Politik mystisch beherrschen und für die nüchterne Betrachtungsweise des Europäers oft völlig unverständlich sind. Wenn man sie für eine Einteilung zugrundelegt, so scheiden sich Naher und Mittlerer Osten generell in zwei große Richtungen, die man politisch-militärisch vielleicht als konservativen Bagdad-Pakt und fortschrittliche Ägypten-Verbündete, im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich als „Fruchtbaren Halbmond" und Nasserschen Sozialismus bezeichnen könnte, ohne dabei allerdings gegen Überschneidungen gefeit zu sein.

Will man dieser vergröberten Teilung des arabischen Raumes folgen, so haben in Nas-

Die „germanengleichen" Polen

Die Berichterstattung über Polen nimmt in unserer Presse einen immer breiteren Raum ein. Einen Beitrag dazu liefert auch eine in Hamburg erscheinende Zeitschrift, die den schönen Namen „Die Wildente" trägt. Es ist ein Informationsblatt für Angehörige ehemaliger „Propagandakompanien", worin überlebende ehrgeizige Kriegsberichterstatter in Wort und Bild Reportagen aufwärmen, bei deren Lektüre man oft genug vermeinen könnte, nicht im Zeitalter der vollkommen gewordenen Fragwürdigkeit aller hergebrachten soldatischen Formen, sondern noch in der Ära der Deutschen Wehrmacht zu leben. Kurz, es ist eine jener fatalen Publikationen, die genau das verkörpern, was das Ressort „Inneres Gefüge" im Bundesverteidigungsministerium zu einer tragischen Größe macht: den alten deutschen Militarismus.

Wie die „Wildente" diesen versteht, demonstriert sie besonders anschaulich in einem illustrierten Aufsatz über den Warschauer Aufstand vom August 1944 (in Nr. 14). Der Bericht wird bestimmt von der an sich ehrenwerten Ambition, die Polen und die Deutschen wieder miteinander zu versöhnen. Doch die Polen mit den Deutschen schlechthin? Nein, sondern ihre Frontkämpfer, ihre Haudegen — also die Deutsche Wehrmacht mit der im Untergrund entstandenen „Armia Krajowa". Diese ist auf einmal keine „Freischärlerbande" mehr, sondern eine tapfere, posthum

sers Sphäre notgedrungen sowjetische Einflüsse Eingang gefunden, und das auch wieder als zwingende Folge und unvermeidliche Begleiterscheinung der britisch-französisch-israelischen Intervention. Denn Ägyptens Staatschef brauchte zweierlei zur Durchführung seiner politischen und wirtschaftlichen Reformen, deren Bedeutung bald auch auf den ganzen arabischen Raum ausstrahlte: Geld und Waffen. Man erinnert sich daran, daß der Grund für die ägyptische Verstaatlichung des Suez-Kanals und damit die Ursache der gesamten Suez-Krise der Geldbedarf Nassers zum Bau des Assuan-Staudammes war, also für die Verwirklichung eines Projektes, von dem Ägypten eine grundlegende Verbesserung seiner Landwirtschaft und seiner industriellen Energiewirtschaft erwartete. England und Frankreich und bislang auch die USA haben die für diesen Zweck von Nasser erbetenen Anleihen verweigert, während die Sowjetunion, die zunächst gar nicht dieserhalb angegangen worden war, sie von sich aus angeboten hat. Und ähnlich ist es mit den sowjetischen Waffenlieferungen gewesen, die übrigens nicht aus der UdSSR selbst, sondern von der berühmten Waffenfabrik Skoda im tschechoslowakischen Pilsen kamen. Was schließlich die vielgenannten „Freiwilligen" angeht, die von Chruschtschew wie von Tschu En Lai angeboten wurden, so sind sie überhaupt niemals nach Ägypten gekommen: Nasser hat sie genau so wie die angebotenen militärischen Instrukteure sofort energisch abgelehnt, als die akute militärische Gefahr vorüber war. Denn das neue Ägypten ist weder politisch noch weltanschaulich kommunistisch, es neigt vielmehr einem betont nationalen Sozialismus zu. Auch die energisch aufstrebende, schöpferisches Unternehmertum bejahende ägyptische Wirtschaft ist keineswegs bereit, sich in die staatskapitalistische Zwangswirtschaft der Sowjets einzufügen, zumal der gesamte Maschinenpark aus dem Westen stammt — zu einem erheblichen Teile auch aus der Bundesrepublik.

Aber sicherlich ist die Sowjetunion, schon zur Sicherung und Abdeckung ihrer verschiedenen Anleihen und zur Bezahlung ihrer Materiallieferungen, am Erdöl im arabischen Raume interessiert, und sie hätte im Zeichen ihrer Wirtschaftsexpansion gar nichts dagegen, wenn es zu einem irgendwie gearteten Zusammenschluß ihres eigenen Öls mit dem im Nahen und Mittleren Osten käme. Umgekehrt ist auch Amerika bestrebt — nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Transportschwierigkeiten bei einer stärkeren Ölversorgung Europas aus amerikanischen Quellen — eine „Ehe" mit dem Erdöl aus den Gebieten östlich des Mittelmeeres zustande zu bringen, sei es selbst auf dem Umwege über japanische Gesellschaften. Pläne, den Suez-Kanal durch Ölgesellschaften der USA zu betreiben, welche bislang von Nasser aus verständlichen Prestigegründen abgelehnt worden sind, laufen in gleicher Richtung.

Rohstoffe wie das Erdöl haben von je her die Tendenz zum horizontalen und vertikalen Zusammenschluß gehabt. Sicherlich mag in der nächsten Zeit ein heißer wirtschaftlicher

---

als regulär erklärte Armee, deren Offizieren die ungeheuerliche Bescheinigung ausgestellt wird: „Ihrem Typ nach hätten sie ebenso gut in der Division Großdeutschland dienen können. Viele von ihnen tragen deutsche Namen, ebenso wie viele deutsche Soldaten polnische Namen besitzen..." Im Zusammenhang damit fordert die „Wildente" die Schaffung einer „Internationale der Soldaten", denn „die soldatische Tugend, den Gegner zu achten, hat leider noch nicht das Ergebnis erbracht, den Völkermord zu ächten, nachdem Politiker, Diktatoren, Gelehrte, Kirchen, Wehrdienstverweigerer, Fürsten bisher versagt haben."

Was das Deutsche Reich vom Herbst 1939 an bis zum Frühling 1945 — auch und zuvörderst mit Hilfe seiner Soldaten — mit Polen und auf polnischem Boden gemacht hat, war also nicht etwa „Völkermord", sondern nur eben „Krieg". Dieser — da nicht mehr heiß — ist für Landsernaturen vorbei, man bescheinigt sich gegenseitig Heldentum, reicht sich die Hand und gelobt einander: auch im nächsten Krieg wollen wir uns wieder mit ebensoviel soldatischer Tugend niedermetzeln, fair und ohne Völkermord; das wird uns umso leichter fallen, als wir ja beide europäische Arier sind. Wir werden uns Mühe geben, nicht mehr „Polacken" zu euch zu sagen, sondern euch zu soviel Selbstbewußtsein zu verhelfen, daß ihr euch gegenüber den „asiatischen" Russen immer als etwas Besseres fühlen könnt — als halbe Deutsche geradezu, würdig, in einer unserer ruhmreichsten Divisionen gedient zu haben...

Leider hat diese unverschämte Anbiederung einen Haken: die Polen werden sich für solche Komplimente bedanken. Sie wer-

Kampf um das arabische Öl zwischen den USA und der UdSSR entbrennen, aber ein derartiges Ringen auf ökonomischem Gebiet, wie es durchaus im Zuge der Eisenhower-Bulganinschen politischen und militärischen Entspannungsbestrebungen liegt, braucht noch keineswegs zu einem Schießkriege zu führen, zumal dieser in seiner modernen Form wahrscheinlich das Objekt des Kampfes, nämlich die Ölquellen selbst, vernichten würde.

Stellt man unter Berücksichtigung dieser Grundlagen eine Beurteilung der militärischen Gesamtlage im Mittelmeerraum und insbesondere in seinem östlichen Teile an, so ergibt sich folgendes:

Es ist sicher, daß Sowjetrußland das militärische Potential hat, um überraschend schnell und entscheidend stark überall im Nahen und Mittleren Osten mit Waffengewalt eingreifen zu können. Bisher hat es keinerlei Schritte in dieser Richtung unternommen. Aber sicherlich ist es am Nahost-Öl interessiert, und leicht könnte sich Moskau die für eine völkerrechtsmäßige Intervention nötigen Hilferufe einer „legitimen" Regierung aus dem arabischen Raume beschaffen, genau so, wie Amerika das durch eine Regierung des Bagdadpakt-Systems erreichen könnte. Die Sowjetunion ist militärisch zweifellos in der Lage, mit ausreichend starken Luftlandekräften irgendwo in Arabien zu landen, die dafür örtlich erforderliche Luftherrschaft zu erringen und — etwa aus dem Versammlungsraum am Kaspischen Meer und notfalls auch gegen den Willen Irans — genügende Landstreitkräfte nachzuschieben. Daß bei einer solchen Operation die allen anderen Marinen überlegene sowjetische U-Boots-Waffe für örtliche Überlegenheit zur See und die starke Luftwaffe der Sowjets für eine solche in der Luft über dem östlichen Mittelmeer sorgen würden, erscheint selbstverständlich. Jedenfalls haben die Westmächte die Drohung mit einem militärischen Eingreifen Moskaus in den englisch-französisch-israelischen Suez-Krieg, wie sie der bekannte Brief Bulganins vom 5. November 1956 aussprach, so ernst genommen, daß sie bereits am nächsten Tage ihre Kampfhandlungen in Ägypten einstellten.

Eine solche bewaffnete Intervention der Sowjets könnte nun für sich allein erfolgen, sie könnte auch im Rahmen eines dritten Weltkrieges unternommen und endlich — begleitet von einem Stoß aus dem tschechoslowakischen Raume heraus und unter Ausnutzung der militärischen Brennpunkte auf der Balkanhalbinsel — als Teiloperation eines Angriffes auf Westeuropa durchgeführt werden.

Gewiß haben die arabischen Kräfte es vermocht, die gesamten Streitkräfte Frankreichs in Nordafrika zu binden und damit ihrer militärischen Aufgabe in Westeuropa völlig zu entziehen. Aber der israelische Präventivkrieg wie der englisch-französische Interventionskrieg in Ägypten haben gezeigt, daß weder die Führung noch der Zustand der ägyptischen Kampftruppe für einen solchen „großen Krieg" ausreichen. Jedoch werden die Ägypter und ihre arabischen Verbündeten, solange sie sich von Israel bedroht fühlen müssen, alles

---

den das um so mehr tun, als ihr Nationalstolz seit dem „Polnischen Oktober" nicht etwa ab-, sondern beträchtlich zugenommen hat. Daran lassen sie gerade uns Deutsche nicht im Zweifel: sie beschleunigen seit einigen Wochen die Aussiedlung der Deutschen aus ihrem Lande, und sie geben neuerdings nicht nur alte Leute, sondern auch Wehrpflichtige, Facharbeiter und Ingenieure frei. Das ist kein bloßes Nachgeben mehr — etwa dem Deutschen Roten Kreuz gegenüber — sondern sieht schon nach einem gewissen Nachhelfen aus. Und es zeigt — zusammen mit den Problemen Oder-Neiße und Existenz zweier deutscher Staaten — wie wenig man sich der unerläßlichen polnisch-deutschen Verständigung mit Träumereien im Sinne jenes schwachen Schiller-Liedes nähern kann, in dem es heißt: „Im Felde, da ist der Mann noch was wert..."

Dieses Feld gibt es mindestens seit 1870 nicht mehr. Es gibt nur noch den politischen, den Ideenkrieg, ja, noch weniger, es gibt seit Hiroshima den guten alten Krieg im Prinzip überhaupt nicht mehr, es gibt nur noch das Massenverbrechen. Darum ist heute nur noch der Mann was wert, der unter „Feld" etwas vollkommen Neues verstehen gelernt hat: den Kampfplatz des Geistes.

Auf diesem Platz werden wir uns mit unseren polnischen Nachbarn herumzuschlagen haben. Auf dümmliche Angebote einer Pseudoverbrüderung am Veteranenstammtisch jedoch werden sie immer nur mit Stolz und Argwohn reagieren. Erst recht, wenn solche Angebote Hand in Hand gehen mit unserer Wiederaufrüstung.

Johannes Weidenheim

daransetzen, um ihre militärische Lage zu verbessern. Sie werden nicht nur ihr Können in dem für den arabischen Raum bedeutsamen Partisanenkampf steigern, sondern auch den Wert ihrer regulären Armeen durch Militärbündnisse, bessere Ausbildung und modernere Ausrüstung in ihrer Leistungsfähigkeit erhöhen.

Demgegenüber erscheint die NATO im Mittelmeer — auch in der Luft — durchaus unterlegen. Sie hat von vornherein ihre Stellung dadurch geschwächt, daß sie sich mit der Grenze der Ägäis begnügte und damit die strategische Einheit des Mittelmeerraumes in zwei Teile zerschnitt. Durch die voreilige und verfehlte Intervention der Engländer und Franzosen in Ägypten und durch ihre Unterstützung des israelischen Präventivkrieges sowie durch die Bindung der französischen Armee in Nordafrika hat sie sich selber ihrer beiden Hauptkräfte im Mittelmeer, Englands und Frankreichs, beraubt und darüber hinaus ihr Ansehen bei den arabischen Völkern auf den Nullpunkt vermindert. Für absehbare Zeit erscheint daher die NATO im Mittelmeerraum als ausgeschaltet und zudem der Gefahr ausgesetzt, ihre Verteidigung in Westeuropa infolge sowjetischer Flankenstöße vom Balkangebiet her erschwert zu sehen.

Noch hat die Nato auf Zypern eine, durch die Enosis-Bewegung recht fragwürdig gewordene, Vorpostenstellung inne, und noch besitzt sie auch eine Art Sicherung im arabischen Raume durch den Bagdadpakt, der von Pakistan über Iran und den Irak bis zur Türkei reicht. Doch auch diese Sicherung ist recht schwach: im Irak streben junge Kräfte, die auf Nassers Seite stehen, nach der Macht, Iran hat durch den Königsbesuch in Moskau schon Beziehungen zu den Sowjets angeknüpft, und die Türkei, die militärisch durchaus noch eine Macht darstellt, befindet sich wirtschaftlich in überaus bedrängter Lage, so daß ein Krieg für sie den ökonomischen Ruin bedeuten würde.

In diese Situation hinein ist nun die Eisenhower-Doktrin verkündet worden, mit der der Besuch des saudi-arabischen Herrschers in Amerika und Verhandlungen über weitere amerikanische Stützpunkte in Saudi-Arabien einhergingen und der dann bald andere Konferenzen der arabischen Staatschefs folgten.

Solche Programme haben zunächst einmal eine innerpolitische Seite, indem sie in demokratisch regierten Ländern die notwendige Genehmigung durch das Parlament für militärische oder politische Maßnahmen der Regierung herbeizuführen suchen. Den inhaltlichen Kern einer derartigen Konzeption aber kann man weniger nach ihrem Wortlaut bewerten als vielmehr nach Art und Erfolg ihrer Durchführung. Insofern ist also die Zeit noch keineswegs für eine abschließende Beurteilung der Eisenhower-Doktrin reif.

Soweit man bisher erkennen kann, verfolgt sie vor allem drei Ziele.

Einmal will sie das westmächtliche Prestige politisch und militärisch stärken, das durch die englisch-französische Intervention in Ägypten für den gesamten arabischen Raum verlorengegangen und an dessen Stelle ganz offensichtlich ein Prestige-Zuwachs Sowjetrußlands getreten ist. Ferner dient sie dem wirtschaftlichen Kampf um das arabische Öl, in den auch sowjetische Öl-Interessen einzugreifen suchen. Schließlich will sie die erforderliche Aufrüstung der arabischen Staaten — ebenfalls eine Konsequenz des englisch-französischen Ägyptenkrieges — unterstützen, damit einer Einflußnahme seitens Moskaus entziehen und auf diese Weise selber militärischen Einfluß unter den Arabern gewinnen. Als Nebenzweck könnte sie außerdem eine wirkliche Bereinigung des Israel-Problems herbeiführen, das immer ein Kernstück jeder Nahost-Krise bleiben wird.

Wenn namentlich die ersten Nachrichten und Kommentare zur Eisenhower-Doktrin in der ganzen Welt von der Furcht vor neuen kriegerischen Verwicklungen getragen wurden, so wird man das für berechtigt halten müssen, wenn man bedenkt, daß dieses gefährliche Instrument einer Ermächtigung der amerikanischen Regierung zur Kriegführung im Mittelmeerraum auch in unrechte Hände, nämlich die von bedenkenlosen Politikern, geraten kann. Seither hat sich jedoch stärker die Ansicht durchgesetzt, daß die neue Konzeption Washingtons in der Hand des amtierenden Präsidenten vorerst wohl nur die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den USA und der UdSSR im Nahost-Raum beleben und höchstens noch zur militärischen Besetzung arabischer Länder auf deren Ersuchen hin führen wird, wie sie ebenso auch, umgekehrt, von sowjetischer Seite her erfolgen könnte. Insgesamt also braucht die Eisenhower-Doktrin keineswegs unbedingt ein Kriegsinstrument darzustellen, sondern sie kann ebenso ein Mittel zur weiteren Durchführung jener Entspannungspolitik sein, über die zwischen den Regierungschefs in Amerika und Sowjetrußland eine grundsätzliche Übereinstimmung besteht.

sorium müßte jedoch das ganze israelische Staatsgebiet umschließen und über genügend örtliche Reserven verfügen, um jedes „Kommando"-Unternehmen im Keime zu ersticken, von welcher Seite auch immer es käme. Dazu jedoch bedarf es einer erheblich stärkeren und auch in der taktischen Zusammenarbeit besser geschulten Truppe, als die Einheiten des Generals Burns sie gegenwärtig darstellen. Ebenso notwendig wäre ein eingespielter und stets einsatzbereiter Führungsapparat. Diese militärische Aufgabe ist um so schwieriger, als die sogenannte Grenze zwischen Israel und den arabischen Anrainern nicht an natürlichen Geländeabschnitten (Gebirge, Flüsse usw.) verläuft, sondern mit dem Lineal mitten durch die Wüste ohne irgendwelche Markierung gezogen wurde. Auch hier drängt die Zeit zu besseren und dauerhafteren Lösungen als den bisherigen, weil Israel z. B. sehr lange die Räumung des ägyptischen Gaza-Streifens verweigert und durch seine Soldaten den gegen Zwischenfälle einschreitenden Streifen der UN-Polizeitruppe sogar bewaffneten Widerstand geleistet hat.

Mag auch Israel gegenwärtig einer der wichtigsten militärischen Brennpunkte im Raum des östlichen Mittelmeeres sein, so muß man nach dem englisch-französisch-israelischen Kriege gegen Ägypten und größtenteils als Folge davon den gesamten Nahen Osten und ganz besonders den arabischen Raum als militärischen — sowie als politischen und wirtschaftlichen — Brennpunkt erster Ordnung bezeichnen.

Er steht in enger Verbindung mit dem Arabertum des nordafrikanischen Kolonialreiches der Franzosen. Burghiba, der geschickt seine französische Erziehung und seine Beziehungen zu Frankreich im Kampf gegen den französischen Kolonialismus ausnutzt, und der mehr offen, häufig demagogisch kämpfende Nasser verfolgen im Grunde das gleiche Ziel und werden sicherlich auch eine irgendwie geartete Verbindung miteinander aufnehmen, vielleicht schon aufgenommen haben. Und das in Kairo eingerichtete Maghreb-Komitee spinnt seine Fäden bis zur marokkanischen Atlantikküste und bis hinunter zur Region des Tschadsees.

Nun gibt es im eigentlichen arabischen Raum Spaltungen und Parteiungen von persönlicher, religiöser, kultureller und auch wirtschaftlicher Art, die die orientalische Politik mystisch beherrschen und für die nüchterne Betrachtungsweise des Europäers oft völlig unverständlich sind. Wenn man sie für eine Einteilung zugrundelegt, so scheiden sich Naher und Mittlerer Osten generell in zwei große Richtungen, die man politisch-militärisch vielleicht als konservativen Bagdad-Pakt und fortschrittliche Ägypten-Verbündete, im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich als „Fruchtbaren Halbmond" und Nasserschen Sozialismus bezeichnen könnte, ohne dabei allerdings gegen Überschneidungen gefeit zu sein.

Will man dieser vergröberten Teilung des arabischen Raumes folgen, so haben in Nas-

Die „germanengleichen" Polen

Die Berichterstattung über Polen nimmt in unserer Presse einen immer breiteren Raum ein. Einen Beitrag dazu liefert auch eine in Hamburg erscheinende Zeitschrift, die den schönen Namen „Die Wildente" trägt. Es ist ein Informationsblatt für Angehörige ehemaliger „Propagandakompanien", worin überlebende ehrgeizige Kriegsberichterstatter in Wort und Bild Reportagen aufwärmen, bei deren Lektüre man oft genug vermeinen könnte, nicht im Zeitalter der vollkommen gewordenen Fragwürdigkeit aller hergebrachten soldatischen Formen, sondern noch in der Ära der Deutschen Wehrmacht zu leben. Kurz, es ist eine jener fatalen Publikationen, die genau das verkörpern, was das Ressort „Inneres Gefüge" im Bundesverteidigungsministerium zu einer tragischen Größe macht: den alten deutschen Militarismus.

Wie die „Wildente" diesen versteht, demonstriert sie besonders anschaulich in einem illustrierten Aufsatz über den Warschauer Aufstand vom August 1944 (in Nr. 14). Der Bericht wird bestimmt von der an sich ehrenwerten Ambition, die Polen und die Deutschen wieder miteinander zu versöhnen. Doch die Polen mit den Deutschen schlechthin? Nein, sondern ihre Frontkämpfer, ihre Haudegen — also die Deutsche Wehrmacht mit der im Untergrund entstandenen „Armia Krajowa". Diese ist auf einmal keine „Freischärlerbande" mehr, sondern eine tapfere, posthum

sers Sphäre notgedrungen sowjetische Einflüsse Eingang gefunden, und das auch wieder als zwingende Folge und unvermeidliche Begleiterscheinung der britisch-französisch-israelischen Intervention. Denn Ägyptens Staatschef brauchte zweierlei zur Durchführung seiner politischen und wirtschaftlichen Reformen, deren Bedeutung bald auch auf den ganzen arabischen Raum ausstrahlte: Geld und Waffen. Man erinnert sich daran, daß der Grund für die ägyptische Verstaatlichung des Suez-Kanals und damit die Ursache der gesamten Suez-Krise der Geldbedarf Nassers zum Bau des Assuan-Staudammes war, also für die Verwirklichung eines Projektes, von dem Ägypten eine grundlegende Verbesserung seiner Landwirtschaft und seiner industriellen Energiewirtschaft erwartete. England und Frankreich und bislang auch die USA haben die für diesen Zweck von Nasser erbetenen Anleihen verweigert, während die Sowjetunion, die zunächst gar nicht dieserhalb angegangen worden war, sie von sich aus angeboten hat. Und ähnlich ist es mit den sowjetischen Waffenlieferungen gewesen, die übrigens nicht aus der UdSSR selbst, sondern von der berühmten Waffenfabrik Skoda im tschechoslowakischen Pilsen kamen. Was schließlich die vielgenannten „Freiwilligen" angeht, die von Chruschtschew wie von Tschu En Lai angeboten wurden, so sind sie überhaupt niemals nach Ägypten gekommen: Nasser hat sie genau so wie die angebotenen militärischen Instrukteure sofort energisch abgelehnt, als die akute militärische Gefahr vorüber war. Denn das neue Ägypten ist weder politisch noch weltanschaulich kommunistisch, es neigt vielmehr einem betont nationalen Sozialismus zu. Auch die energisch aufstrebende, schöpferisches Unternehmertum bejahende ägyptische Wirtschaft ist keineswegs bereit, sich in die staatskapitalistische Zwangswirtschaft der Sowjets einzufügen, zumal der gesamte Maschinenpark aus dem Westen stammt — zu einem erheblichen Teile auch aus der Bundesrepublik.

Aber sicherlich ist die Sowjetunion, schon zur Sicherung und Abdeckung ihrer verschiedenen Anleihen und zur Bezahlung ihrer Materiallieferungen, am Erdöl im arabischen Raume interessiert, und sie hätte im Zeichen ihrer Wirtschaftsexpansion gar nichts dagegen, wenn es zu einem irgendwie gearteten Zusammenschluß ihres eigenen Öls mit dem im Nahen und Mittleren Osten käme. Umgekehrt ist auch Amerika bestrebt — nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Transportschwierigkeiten bei einer stärkeren Ölversorgung Europas aus amerikanischen Quellen — eine „Ehe" mit dem Erdöl aus den Gebieten östlich des Mittelmeeres zustande zu bringen, sei es selbst auf dem Umwege über japanische Gesellschaften. Pläne, den Suez-Kanal durch Ölgesellschaften der USA zu betreiben, welche bislang von Nasser aus verständlichen Prestigegründen abgelehnt worden sind, laufen in gleicher Richtung.

Rohstoffe wie das Erdöl haben von je her die Tendenz zum horizontalen und vertikalen Zusammenschluß gehabt. Sicherlich mag in der nächsten Zeit ein heißer wirtschaftlicher

---

als regulär erklärte Armee, deren Offizieren die ungeheuerliche Bescheinigung ausgestellt wird: „Ihrem Typ nach hätten sie ebenso gut in der Division Großdeutschland dienen können. Viele von ihnen tragen deutsche Namen, ebenso wie viele deutsche Soldaten polnische Namen besitzen..." Im Zusammenhang damit fordert die „Wildente" die Schaffung einer „Internationale der Soldaten", denn „die soldatische Tugend, den Gegner zu achten, hat leider noch nicht das Ergebnis erbracht, den Völkermord zu ächten, nachdem Politiker, Diktatoren, Gelehrte, Kirchen, Wehrdienstverweigerer, Fürsten bisher versagt haben."

Was das Deutsche Reich vom Herbst 1939 an bis zum Frühling 1945 — auch und zuvörderst mit Hilfe seiner Soldaten — mit Polen und auf polnischem Boden gemacht hat, war also nicht etwa „Völkermord", sondern nur eben „Krieg". Dieser — da nicht mehr heiß — ist für Landsernaturen vorbei, man bescheinigt sich gegenseitig Heldentum, reicht sich die Hand und gelobt einander: auch im nächsten Krieg wollen wir uns wieder mit ebensoviel soldatischer Tugend niedermetzeln, fair und ohne Völkermord; das wird uns umso leichter fallen, als wir ja beide europäische Arier sind. Wir werden uns Mühe geben, nicht mehr „Polacken" zu euch zu sagen, sondern euch zu soviel Selbstbewußtsein zu verhelfen, daß ihr euch gegenüber den „asiatischen" Russen immer als etwas Besseres fühlen könnt — als halbe Deutsche geradezu, würdig, in einer unserer ruhmreichsten Divisionen gedient zu haben...

Leider hat diese unverschämte Anbiederung einen Haken: die Polen werden sich für solche Komplimente bedanken. Sie wer-

Kampf um das arabische Öl zwischen den USA und der UdSSR entbrennen, aber ein derartiges Ringen auf ökonomischem Gebiet, wie es durchaus im Zuge der Eisenhower-Bulganinschen politischen und militärischen Entspannungsbestrebungen liegt, braucht noch keineswegs zu einem Schießkriege zu führen, zumal dieser in seiner modernen Form wahrscheinlich das Objekt des Kampfes, nämlich die Ölquellen selbst, vernichten würde.

Stellt man unter Berücksichtigung dieser Grundlagen eine Beurteilung der militärischen Gesamtlage im Mittelmeerraum und insbesondere in seinem östlichen Teile an, so ergibt sich folgendes:

Es ist sicher, daß Sowjetrußland das militärische Potential hat, um überraschend schnell und entscheidend stark überall im Nahen und Mittleren Osten mit Waffengewalt eingreifen zu können. Bisher hat es keinerlei Schritte in dieser Richtung unternommen. Aber sicherlich ist es am Nahost-Öl interessiert, und leicht könnte sich Moskau die für eine völkerrechtsmäßige Intervention nötigen Hilferufe einer „legitimen" Regierung aus dem arabischen Raume beschaffen, genau so, wie Amerika das durch eine Regierung des Bagdadpakt-Systems erreichen könnte. Die Sowjetunion ist militärisch zweifellos in der Lage, mit ausreichend starken Luftlandekräften irgendwo in Arabien zu landen, die dafür örtlich erforderliche Luftherrschaft zu erringen und — etwa aus dem Versammlungsraum am Kaspischen Meer und notfalls auch gegen den Willen Irans — genügende Landstreitkräfte nachzuschieben. Daß bei einer solchen Operation die allen anderen Marinen überlegene sowjetische U-Boots-Waffe für örtliche Überlegenheit zur See und die starke Luftwaffe der Sowjets für eine solche in der Luft über dem östlichen Mittelmeer sorgen würden, erscheint selbstverständlich. Jedenfalls haben die Westmächte die Drohung mit einem militärischen Eingreifen Moskaus in den englisch-französisch-israelischen Suez-Krieg, wie sie der bekannte Brief Bulganins vom 5. November 1956 aussprach, so ernst genommen, daß sie bereits am nächsten Tage ihre Kampfhandlungen in Ägypten einstellten.

Eine solche bewaffnete Intervention der Sowjets könnte nun für sich allein erfolgen, sie könnte auch im Rahmen eines dritten Weltkrieges unternommen und endlich — begleitet von einem Stoß aus dem tschechoslowakischen Raume heraus und unter Ausnutzung der militärischen Brennpunkte auf der Balkanhalbinsel — als Teiloperation eines Angriffes auf Westeuropa durchgeführt werden.

Gewiß haben die arabischen Kräfte es vermocht, die gesamten Streitkräfte Frankreichs in Nordafrika zu binden und damit ihrer militärischen Aufgabe in Westeuropa völlig zu entziehen. Aber der israelische Präventivkrieg wie der englisch-französische Interventionskrieg in Ägypten haben gezeigt, daß weder die Führung noch der Zustand der ägyptischen Kampftruppe für einen solchen „großen Krieg" ausreichen. Jedoch werden die Ägypter und ihre arabischen Verbündeten, solange sie sich von Israel bedroht fühlen müssen, alles

---

den das um so mehr tun, als ihr Nationalstolz seit dem „Polnischen Oktober" nicht etwa ab-, sondern beträchtlich zugenommen hat. Daran lassen sie gerade uns Deutsche nicht im Zweifel: sie beschleunigen seit einigen Wochen die Aussiedlung der Deutschen aus ihrem Lande, und sie geben neuerdings nicht nur alte Leute, sondern auch Wehrpflichtige, Facharbeiter und Ingenieure frei. Das ist kein bloßes Nachgeben mehr — etwa dem Deutschen Roten Kreuz gegenüber — sondern sieht schon nach einem gewissen Nachhelfen aus. Und es zeigt — zusammen mit den Problemen Oder-Neiße und Existenz zweier deutscher Staaten — wie wenig man sich der unerläßlichen polnisch-deutschen Verständigung mit Träumereien im Sinne jenes schwachen Schiller-Liedes nähern kann, in dem es heißt: „Im Felde, da ist der Mann noch was wert..."

Dieses Feld gibt es mindestens seit 1870 nicht mehr. Es gibt nur noch den politischen, den Ideenkrieg, ja, noch weniger, es gibt seit Hiroshima den guten alten Krieg im Prinzip überhaupt nicht mehr, es gibt nur noch das Massenverbrechen. Darum ist heute nur noch der Mann was wert, der unter „Feld" etwas vollkommen Neues verstehen gelernt hat: den Kampfplatz des Geistes.

Auf diesem Platz werden wir uns mit unseren polnischen Nachbarn herumzuschlagen haben. Auf dümmliche Angebote einer Pseudoverbrüderung am Veteranenstammtisch jedoch werden sie immer nur mit Stolz und Argwohn reagieren. Erst recht, wenn solche Angebote Hand in Hand gehen mit unserer Wiederaufrüstung.

Johannes Weidenheim

Prof. Dr. Franz Rauhut

Heraus aus der NATO - Konferenz mit Nehru!

Wir geben hier einer Veröffentlichung Raum, von der angenommen werden darf, daß die auf Veranstaltungen der IdK gemachten Vorschläge von allgemeinem Interesse sind.

Die Redaktion der „Blätter"

Karl Jaspers in seiner Rundfunkrede vom 3. Oktober 1956 „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen" (veröffentlicht in „gehört — gelesen" vom Oktober 1956) und Reinhold Schneider in seinem etwa gleichzeitig erschienenen Buch „Der Friede der Welt" (im Wiesbadener Insel-Verlag) sind sich in einer erschütternden Erkenntnis einig: wir leben in einer Art Waffenstillstand, der nicht mehr lange dauern kann und entweder durch einen dritten Weltkrieg, der wahrscheinlich alles Leben vernichtet, oder durch einen organisierten Weltfrieden, der utopisch und noch unvorstellbar erscheint, wird beendigt werden. Vor einigen Jahren hat Bertrand Russell sich schon ähnlich geäußert. Franz Paul Schneider sagt in seinem neuen Aufsatz „Umrüstung oder Abrüstung" (in diesen „Blättern" am 20. Januar 1957): „Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß wir nicht mehr sehr viel Zeit zu verlieren haben und uns weitere Experimente am Rande des atomaren Krieges nicht leisten können." Nehrus letzte Reisen hatten u. a. den Zweck, im Geist des zu schaffenden Weltfriedens zu arbeiten.

Die Auffassung ist gegenwärtig weit verbreitet, daß das Wettrüsten nur noch geschehe, damit die großen Mächte bei der kommenden Abrüstungskonferenz möglichst viel Kriegspotential vorzuweisen und abzuhandeln hätten. Ob solche Politik tatsächlich zu einer Abrüstung führt, wissen wir leider nicht. Jedenfalls ist es der zu leistenden Verwirklichung eines echten Friedens keineswegs förderlich, wenn die Mächte erst — und wie lange noch? — im Geist des traditionellen Mißtrauens das wirtschaftliche Potential in möglichst viel Vernichtungspotential umwandeln, um für die Ära der Abrüstung und des Friedens einen möglichst günstigen machtpolitischen Start zu erreichen. Wenn durch die modernen Kriegsmittel der Krieg nun mal anachronistisch geworden ist, dann ist es ein neuer Wahnsinn, den zu schaffenden Weltfrieden durch Übersteigerung und letzte Vervollkommnung der Kriegsmittel vorzubereiten: was man vernünftigerweise nicht verwenden kann, stellt ein vernünftiger Mensch nicht erst her. Ein Satz wie „Wenn du den Weltfrieden willst, dann bereite den Weltkrieg vor!" muß durch den Satz ersetzt werden: „Wenn du den Weltfrieden willst, dann bereite den Weltfrieden vor!" Auf der großen Konferenz dürfte es unvergleichlich vorteilhafter sein, anstatt Atombomben positive Werte in die Waagschale zu legen, da es im letzten auf eine planetarische Kooperation der Wirtschaft hinauslaufen muß. Wir wissen nicht, ob nicht doch morgen irgendwo eine neue Krise ausbricht und eine der großen Mächte „nötigt", die verbindlich ausgesprochenen wahnwitzigen Drohungen wahrzumachen und das bereitliegende Kriegsmaterial „einzusetzen".

Wir, die bisher immer betrogenen Völker, haben kein anderes Interesse, als dem gegenwärtigen Handeln der privatkapitalistischen und staatskapitalistischen Machthaber entgegenzuarbeiten, d. h. alles nur Mögliche zu tun, um die Kriegsvorbereitungen zu schwächen, das Gewissen gegen die Unsittlichkeit jedes Krieges wachzurufen, die beiderseitigen Militärbündnisse zur Auflösung zu bringen, die ideologischen Waffen zu entschärfen, usw.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner hat auf einer öffentlichen Kundgebung in Frankfurt am Main am 19. Dezember 1956 zwei Resolutionen vorgelegt, die von den Anwesenden angenommen wurden.

1. „Die am . . . in . . . versammelten Kriegsgegner fordern den Bundestag und die Regierung auf, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur NATO und zu den WEU-Verträgen zu kündigen.

Dafür bestehen folgende Gründe:

England und Frankreich haben durch ihren leichtsinnigen Angriff auf Ägypten die Satzungen der UN und das geltende Völkerrecht verletzt. Nun sind aber die NATO und die WEU-Verträge auf bloße Verteidigung des Status quo gerichtet, wodurch stillschweigend vorausgesetzt wird, daß kein Partner dieser Verträge irgendwelche Angriffshandlungen unternehmen oder sich daran beteiligen darf. Führen aber zwei der zu den Partnern gehörenden großen

Mächte einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, dann sind nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen die übrigen Vertragspartner freigeworden, wenn sie erklären, daß ihnen unter diesen Umständen das Festhalten an einer Vertragsbindung nicht zugemutet werden kann, weil das völkerrechtswidrige Verhalten die im Vertragsverhältnis liegenden Risiken in unvorstellbarem Maße erhöht hat. Die militärische Aktion Englands und Frankreichs hat mit erschreckender Deutlichkeit die große Gefahr gezeigt, in die durch unqualifizierte Regierungen ihre Vertragspartner gestürzt werden können, wenn diese sich vertraglich gezwungen sehen, Beistand zu leisten. Das deutsche Volk hat nach zwei Weltkriegen ein dringendes Lebensinteresse gegen eine gefährliche Partnerschaft mit Mächten, die wegen wirtschaftlicher Interessen einen abenteuerlichen Krieg angezettelt haben. Das deutsche Volk hat, durch zwei Weltkriege gewitzt, Achtung vor fremden Völkern und möchte Nicht-Einmischung in fremde Angelegenheiten üben.

Aus diesen Gründen hat die Bundesrepublik das Recht, unter Hinweis auf die clausula rebus sic stantibus den sofortigen Austritt aus den ihr gefährlich gewordenen Verträgen zu erklären.

Durch diese Änderung des politischen Status würde ein entscheidender Schritt nicht nur zur Entspannung der gefährlichen weltpolitischen Lage, sondern auch zur Abrüstung und zur Wiedervereinigung Deutschlands geschehen."

Diese Resolution dürfte manchen unannehmbar erscheinen, weil sie befürchten, daß die Bundesrepublik nach Austritt aus den Militärverträgen schutzlos dastünde. Da nach der heutigen Lage eine Anlehnung an eine Großmacht als nötig erachtet wird, kann dem Rechnung getragen werden, indem man der Resolution den Wunsch hinzufügt, daß die Bundesrepublik einen Freundschaftsvertrag mit den USA abschließen möge. (Die Gedanken dieser Resolution und der des Freundschaftsvertrags stammen übrigens von Journalisten.)

2. „An Seine Exzellenz Nehru, Ministerpräsident der Republik Hindostan, über die Indische Botschaft in Bonn.

Exzellenz!

Wir am . . . in . . . versammelten Kriegsgegner bitten Eure Exzellenz, eine Konferenz der großen Mächte anzuregen und sie persönlich zu leiten, damit die die Existenz der Menschheit bedrohende Spannung der Weltpolitik gelöst und das von allen Völkern der Erde ersehnte Zeitalter des Weltfriedens eingeleitet werden kann."

Diese zweite Resolution wurde in folgenden öffentlichen Veranstaltungen der Internationale der Kriegsdienstgegner angenommen: Am 1. Dezember 1956 in Obernburg bei Aschaffenburg, am 5. Dezember in Würzburg, am 19. Dezember in Frankfurt am Main, am 16. Januar 1957 in München, am 17. Januar in Landshut an der Isar und am 23. Januar in Eisingen bei Würzburg sowie am 8. Dezember 1956 auf einem Wiedervereinigungsgespräch in Sonneberg in Thüringen.

Wirtschaft

Schatten über der Leipziger Messe

Es sind seltsam zwiespältige Empfindungen, mit denen ich dieses Mal die alte Messestadt verlassen habe. Und sie gelten weniger dem, was man in reichem und manchmal überreichem Maße zu sehen bekam und meistens nur ehrlich bewundern konnte, sondern den Hintergründen dieser Frühjahrsmesse. Auf diese kommt es m. E. entscheidend an, und so hoffe ich auf Nachsicht, wenn ich weniger von diesem Schaustück oder jenem Geschäftsabschluß berichte, nicht so sehr auf den einen Pavillon oder die andere Kollektion von Ausstellungsmustern eingehe, sondern klarzumachen versuche, worin die eigentliche und größte Bedeutung dieser Messetage gelegen hat — und weiterhin liegen dürfte, wenn es nicht noch (fast muß ich sagen: wider Erwarten) sehr bald gelingt, eine andere wirtschaftspolitische Atmosphäre zu schaffen.

Der erste große Aspekt, unter dem ich die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse gesehen und bewertet habe, ist verständlicherweise der gesamtdeutsche. Und da muß ich gestehen, daß nach meiner Überzeugung in diesen Märztagen schmerzlich sichtbar geworden ist: Leipzig wird mehr und mehr ein Schaufenster des Ostens und nach dem

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

3. Brief:

Es ist nur einer der Lehrer — Christus.

Jugenheim (Bergstraße), im März 1957

Mein Lieber,

nun nähern wir uns dem bedenklichsten Punkt. Es geht nicht um die Ehre oder die Schmähung des Soldaten — wir wissen, wie Heldenvolles im Kriege durch Soldaten geschah — nein, es geht gar nicht um ihn, sondern es geht um die Politik, die das Saatgut des Volkes, welches nicht vermahlen werden soll, in die ungeheure Gefahr bringt, sinnlos zerquetscht zu werden. Im Zeitalter der Atombombe muß sich jeder Mensch dessen bewußt sein, was uns allen bevorsteht, wenn wir den Generälen und Politikern gestatten, mit diesem Feuer zu spielen.

Da gibt es nur eine Verantwortung: „Hände weg!"

Welche Romantiker des Todes treten unter uns und mißbrauchen sogar in der furchtbarsten Weise den Namen Christi und der Kirche! Sie verhalten sich so, als sanktionierten, ja, als forderten sie von uns als Volk das Antreten zum ungeheuerlichsten Selbstmord, wie er bisher gar nicht im Bereich des Möglichen lag, wie er jetzt aber jäh satanisch realisierbar wird.

Hier türmt sich die Schuld gerade der so politisierenden Christen zu einem gigantischen Gebirge von Sünde und Frevel gegen jegliches bedrohtes Leben. Da kann man auch nicht mehr sagen: Wir wollen uns doch nur vor einem Angriff schützen! Selbst das ist im Atomzeitalter nicht mehr möglich, Rüstung bedroht alle, auch jene, die sich nur vor Angriffen schützen wollen.

Ein Blick in die Tagespresse der CDU/CSU bis tief hinein in katholische Kirchenblätter läßt — wenn man von Frontteilen der evangelischen Kirche absieht, die sich eindeutig gegen die Aufrüstungspolitik stellen — das Bestreben der CDU/CSU-Journalistik erkennen, dem Volke diese Situation zu verschweigen und ihm klarzumachen, daß... Und nun beginnen die „Moraltheologen", die den Bonner Rüstungspolitikern Zuträgerdienste leisten wollen, einen seltsam luftleeren theoretischen Raum aufzubauen aus Thesen über „Naturrecht" und „Notwehr" des Einzelmenschen wie auch der Völker, die von „Räubern" angefallen werden. Ja, das Naturrecht wird hier zur „Natur-Gewissenspflicht" umgedeutet, und dem Staate habe sich jedermann unterzuordnen, wenn der Staat die „Verteidigung" durch an sich sittlich erlaubte „Kampfmittel" vornehme! Aber „daß ein auf uns zukommender Verteidigungskrieg sich zwangsläufig in einen totalen Vernichtungskrieg verwandele", sei „eine unbewiesene, gefährliche und verhängnisvolle Behauptung, die dem Einfluß der menschlichen Freiheit in der Durchführung jeden Krieges nicht gerecht" werde!

Nun ist gar kein Zweifel, daß die Bombe von Hiroshima, die doch tatsächlich abgeworfen worden ist, keine „sittliche" Waffe mehr war, und sie ist nur ein kleines Vorspiel zu dem gewesen, was uns heute bevorsteht. Die USA wie die UdSSR haben höchst eindeutige Erklärungen darüber abgegeben, was am „Tage X" geschehen solle und würde.

Was ist das für ein ungeheuerlicher, geradezu teuflischer Frevel, mit solchen „theologischen" Flunkereien und Sophistereien eine Politik rechtfertigen zu wollen, die nicht nur mit der Existenz des eigenen Volkes, sondern mit der der ganzen Menschheit spielt! Haben denn nicht bereits Manöver stattgefunden, die mit den dabei zur „Übung" abgeworfenen Atombomben die Zahl der deutschen Toten bis auf 20 Millionen geschätzt haben?

Angesichts dieser Situation aber wagen Verantwortungslose im Kleide des Priesters in Tageszeitungen der CDU/CSU und selbst in Kirchenblättern zu faseln:

„Wenn nach der Überzeugung der dafür verantwortlichen Träger staatlicher Gewalten ein Heer von Freiwilligen nicht genügt, darf zur Vorbereitung der Verteidigung auch die Wehrpflicht eingeführt werden, wenn nötig, die allgemeine Wehrpflicht. Wer von ihr ausgenommen werden kann und soll, bestimmt sich teils aus der Natur der Sache, teils aus der mit dem Gemeinwohl vereinbarten Selbstbeschränkung des Staates. Die Verpflichtung zum Wehrdienst ist Verpflichtung des Gewissens!"

(Wie hätte Hitler das Herz im Leibe gelacht, wäre es ihm noch vergönnt gewesen, solche Auslassungen „katholischer Moraltheologen" in kirchlichen Blättern zu erleben!)

Und das wird uns vorgetragen als „verbindliche Lehre der katholischen Kirche" — zum Schutze der CDU/CSU-Politik! Dabei hat Papst Leo XIII. gesagt:

> Die Wehrpflicht ist ein Attentat auf die Selbstbestimmung der sittlichen Persönlichkeit!

Papst Leo XIII. soll ein katholischer Papst gewesen sein — wie unheimlich, ich gestehe es! Hat denn Leo XIII. die „verbindliche" Lehre der katholischen Kirche nicht gekannt — ??

Ja, es ist schon mehr als unheimlich, dieses Duell zwischen dem heiligmäßigen Papst Leo XIII. und den moraltheologisierenden Zutreibern der CDU/CSU-Politik! Neben Papst Leo XIII. steht der große Friedenspapst Benedikt XV., heute ruft ungehört die Stimme des heiligmäßigen Papstes Pius XII. über die Welt, und nur verstümmelt bekommen wir in Deutschland seine mahnenden und beschwörenden Reden zu lesen. Weder die katholische Tagespresse noch die katholische Kirchenpresse veröffentlichen sie in vollem Wortlaut oder vermitteln sie uns in ihrer ganzen großen Bedeutung — „es fehlt an Raum".

Denn diese Worte passen nicht in die Unternehmungen jener, die (ihrem Gewissen folgend, was wir nicht bezweifeln) diese unheimliche Aufrüstungspolitik betreiben und sich dabei gar noch der Welt als „Realpolitiker" vorstellen, selbst unter Hinweis auf Worte Christi: „ — denn es wird sich empören ein Volk gegen das andere und ein Königreich gegen das andere und es werden sein Pestilenz und teure Zeiten und Erdbeben!" (Matth. 24, 7 und Mark. 13, 8). Also — so rufen sie aus, die „Moraltheologen" der CDU/CSU, welche das religiöse Gewissen der anderen erwürgen wollen, um die Politik zu rechtfertigen, die unser Volk zerreißt — hat Christus selbst das nicht gesagt? Also müssen wir rüsten!

Ja, was fragen wir die Päpste — ist nicht einer allein der Lehrer, nämlich Christus? Hat er nicht auf dem Berge gepredigt und das Wort gesprochen: „Stecke dein Schwert ein, denn wer zum Schwerte greift, wird durch das Schwert umkommen!" — ? Hat er das nicht wirklich gesagt?

Aber in einem katholischen Kirchenblatt, das Bonns Aufrüstungspolitik kräftig unterstützt und fördert, lese ich:

> „Alle Predigten, Mahnungen und Erziehungskunststücke haben bisher nicht ausgereicht, die ‚Bestie' im Menschen so allseitig und restlos zu bändigen, daß keine Gewalttat mehr geschähe! Keine heidnische und leider auch nicht die christliche Religion haben es bisher verhindern können..."

Mit diesem „Sinn für Realpolitik" billigen und betreiben in Deutschland „Moraltheologen" die CDU/CSU-Politik der Jahre nach dem zweiten Weltkriege, gegen die eindeutige Friedenspolitik des Papstes und gegen eindeutige Worte Christi.

Gehen wir doch diesen Gewissensfragen einmal auf den Grund! Denn das, mein Freund, ist gewiß: in der Nähe Christi ist kein Raum für Wehrmachtspolitik.

Sehen wir uns diese Nähe Christi das nächstemal genauer an.

General a. D. Dr. Franz Beyer

Militärische Brennpunkte im Mittelmeer

Gedanken über Eisenhowers Nahost-Doktrin (II)

Unzweifelhaft der gefährlichste militärische Brennpunkt im Mittelmeer ist zur Zeit der arabische Raum, in dem die Suez-Intervention so ziemlich alle Puppen zum Tanzen gebracht hat.

Solche unruhigen Entwicklungen in diesem Gebiet haben die Großmächte offenbar seit langem vorausgesehen, wie die „Britisch-französisch-amerikanische Erklärung zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität in den arabischen Staaten und Israel" vom 25. Mai 1950 beweist. Diese Erklärung billigt nicht nur beiden Staatengruppen „ein bestimmtes Maß von Streitkräften" zu, „um ihre innere Sicherheit und ihre legitime Selbstverteidigung sicherzustellen", sondern darüber hinaus, „um ihre Rolle bei der Verteidigung dieses Gebietes als Ganzes spielen zu können" (Ziffer 1).

Mächte einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, dann sind nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen die übrigen Vertragspartner freigeworden, wenn sie erklären, daß ihnen unter diesen Umständen das Festhalten an einer Vertragsbindung nicht zugemutet werden kann, weil das völkerrechtswidrige Verhalten die im Vertragsverhältnis liegenden Risiken in unvorstellbarem Maße erhöht hat. Die militärische Aktion Englands und Frankreichs hat mit erschreckender Deutlichkeit die große Gefahr gezeigt, in die durch unqualifizierte Regierungen ihre Vertragspartner gestürzt werden können, wenn diese sich vertraglich gezwungen sehen, Beistand zu leisten. Das deutsche Volk hat nach zwei Weltkriegen ein dringendes Lebensinteresse gegen eine gefährliche Partnerschaft mit Mächten, die wegen wirtschaftlicher Interessen einen abenteuerlichen Krieg angezettelt haben. Das deutsche Volk hat, durch zwei Weltkriege gewitzt, Achtung vor fremden Völkern und möchte Nicht-Einmischung in fremde Angelegenheiten üben.

Aus diesen Gründen hat die Bundesrepublik das Recht, unter Hinweis auf die clausula rebus sic stantibus den sofortigen Austritt aus den ihr gefährlich gewordenen Verträgen zu erklären.

Durch diese Änderung des politischen Status würde ein entscheidender Schritt nicht nur zur Entspannung der gefährlichen weltpolitischen Lage, sondern auch zur Abrüstung und zur Wiedervereinigung Deutschlands geschehen."

Diese Resolution dürfte manchen unannehmbar erscheinen, weil sie befürchten, daß die Bundesrepublik nach Austritt aus den Militärverträgen schutzlos dastünde. Da nach der heutigen Lage eine Anlehnung an eine Großmacht als nötig erachtet wird, kann dem Rechnung getragen werden, indem man der Resolution den Wunsch hinzufügt, daß die Bundesrepublik einen Freundschaftsvertrag mit den USA abschließen möge. (Die Gedanken dieser Resolution und der des Freundschaftsvertrags stammen übrigens von Journalisten.)

2. „An Seine Exzellenz Nehru, Ministerpräsident der Republik Hindostan, über die Indische Botschaft in Bonn.

Exzellenz!

Wir am . . . in . . . versammelten Kriegsgegner bitten Eure Exzellenz, eine Konferenz der großen Mächte anzuregen und sie persönlich zu leiten, damit die die Existenz der Menschheit bedrohende Spannung der Weltpolitik gelöst und das von allen Völkern der Erde ersehnte Zeitalter des Weltfriedens eingeleitet werden kann."

Diese zweite Resolution wurde in folgenden öffentlichen Veranstaltungen der Internationale der Kriegsdienstgegner angenommen: Am 1. Dezember 1956 in Obernburg bei Aschaffenburg, am 5. Dezember in Würzburg, am 19. Dezember in Frankfurt am Main, am 16. Januar 1957 in München, am 17. Januar in Landshut an der Isar und am 23. Januar in Eisingen bei Würzburg sowie am 8. Dezember 1956 auf einem Wiedervereinigungsgespräch in Sonneberg in Thüringen.

Wirtschaft

Schatten über der Leipziger Messe

Es sind seltsam zwiespältige Empfindungen, mit denen ich dieses Mal die alte Messestadt verlassen habe. Und sie gelten weniger dem, was man in reichem und manchmal überreichem Maße zu sehen bekam und meistens nur ehrlich bewundern konnte, sondern den Hintergründen dieser Frühjahrsmesse. Auf diese kommt es m. E. entscheidend an, und so hoffe ich auf Nachsicht, wenn ich weniger von diesem Schaustück oder jenem Geschäftsabschluß berichte, nicht so sehr auf den einen Pavillon oder die andere Kollektion von Ausstellungsmustern eingehe, sondern klarzumachen versuche, worin die eigentliche und größte Bedeutung dieser Messetage gelegen hat — und weiterhin liegen dürfte, wenn es nicht noch (fast muß ich sagen: wider Erwarten) sehr bald gelingt, eine andere wirtschaftspolitische Atmosphäre zu schaffen.

Der erste große Aspekt, unter dem ich die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse gesehen und bewertet habe, ist verständlicherweise der gesamtdeutsche. Und da muß ich gestehen, daß nach meiner Überzeugung in diesen Märztagen schmerzlich sichtbar geworden ist: Leipzig wird mehr und mehr ein Schaufenster des Ostens und nach dem

Osten hin. Ein solches Urteil muß überraschen, zumal die westdeutsche Beteiligung vor allem aus der Schwerindustrie, doch auch aus manchen (nicht etwa allen) anderen Sparten in Ausstellung wie Besuch sehr groß war — und dennoch trifft diese meine Beurteilung gewiß zu. Die Firmen aus der Bundesrepublik haben in erster Linie das Geschäft mit den anderen Ländern des Ostens gesucht, nicht das mit dem deutschen Partner in der DDR. Ihre gemeinsame Plattform ist der Interzonen- oder, wie er „drüben" heißt, der innerdeutsche Handel, und dieser Austausch von Waren und Dienstleistungen hat neuerdings einen so zufriedenen Stand wie schon lange nicht mehr erreicht. Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Gründe für diesen sehr wenig angenehmen Zustand im einzelnen darzulegen, vielmehr muß ich mich darauf beschränken, festzustellen, daß immer wieder Kontrakte mit der DDR nicht erfüllt wurden bzw. nicht erfüllt werden konnten, weil z. B. den mitteldeutschen Firmen bindend zugesicherte Lieferungen aus Polen und Ungarn ausgeblieben sind, die Planung der einzelnen Werke über den Haufen warfen und die staatlichen Wirtschaftsbehörden in schwere Verlegenheit brachten. Das ist die eine Seite. Auf der anderen, der westdeutschen Seite, die sich im oft genug arg fragwürdigen Vorteil einer massiven Gläubigerposition befindet, hat insbesondere der staatliche Interzonenhandels-Dirigismus für eine Versteifung und Verhärtung der Fronten gesorgt, durch bürokratische Erschwerung des Güteraustausches, durch Verlangsamung von Genehmigungen u. v. a. m.

In dieser gespannten Atmosphäre begann die Messe. Und leider hat man bei ihrer Eröffnung seitens der DDR einwandfrei einen gewichtigen Fehler dadurch begangen, daß man Minister Heinrich Rau scharfe Vorwürfe genereller Art gegen die Bundesrepublik und ihre Wirtschaft aussprechen ließ, die im einzelnen begründet oder unbegründet gewesen sein mögen (das zu entscheiden steht hier nicht zur Debatte), aber ganz sicher nicht zu der so bitter nötigen Entspannung beitrugen. Das Ergebnis war beinahe die ganze erste Messewoche hindurch eine allgemeine Geschäftsunlust, eine „Müdigkeit", wie man sie in Leipzig sonst so gar nicht gewohnt ist, und eine ausgesprochen deprimierte Stimmung. Das haben die meisten westdeutschen Zeitungen sehr genau und vielfach mit handgreiflicher Befriedigung konstatiert, wofür die Überschriften über den Berichten aus Leipzig zeugen, die von „Wetterzeichen für den Interzonenhandel" sprachen und von einem Geschäftsklima, das „unter dem Nullpunkt" angelangt sei. Nun, ganz so schlimm ist es natürlich nicht geworden, wenn man sich auch seitens der DDR-Unternehmungen beim Kontraktabschluß betont zurückhielt, um nicht Verpflichtungen einzugehen, die man vielleicht oder wahrscheinlich doch nicht würde erfüllen können.

Aber ich scheue mich nicht, es klar auszusprechen, daß das massive und vielleicht sogar brutale Ausnutzen der vorher erwähnten Gläubigerstellung durch die westdeutsche Seite ihr zwar einen Vorteil eingebracht hat — allem Anschein nach werden die westdeutschen Forderungen aus Interzonenhandelsgeschäften durch hohe Treibstofflieferungen kompensiert werden — aber fraglos nur einen momentanen. Denn es gibt bisher kaum konkrete Anzeichen für eine Besserung der wirtschaftlichen Atmosphäre zwischen den beiden deutschen Teilstaaten, und auf sie kommt es vor allem anderen an, um die erfreulicherweise immer noch bestehende ökonomische Brücke zwischen hüben und drüben zu festigen und zu erweitern. Dem praktischen Entgegenkommen von der Seite der DDR her nach dem oratorischen Kampfansagen durch Rau hätte es gut entsprosprochen, wenn von berufener Seite der Bundesrepublik verbindliche Zusagen für eine Erleichterung und Vermehrung des innerdeutschen Handels gefolgt wären, doch wartet man darauf bedauerlicherweise nach wie vor vergeblich, und es hat auch nicht den Anschein, als würde sich sehr viel daran ändern.

Dieses Schweigen Bonns, und dieses Beharren in der kühlen Reserviertheit der beati possidentes, läßt vermuten, daß an der Stiefkind-Rolle des Interzonenhandels in Westdeutschland auf absehbare Zeit hin festgehalten werden soll.

Damit aber, und das kann nicht deutlich genug unterstrichen werden, gewinnen die noch weit größeren Sorgen an Gewicht, die man in der DDR, und nicht nur dort, wegen der Hinwendung der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik zum sog. Gemeinsamen Markt der Montanunion-Länder hat. Nicht nur, daß man darin die ökonomische Untermauerung der NATO-Politik sieht — nein, es geht um eine viel näherliegende Befürchtung: im wesentlichen sind West-

und Mitteldeutschland noch heute eine Zolleinheit, und das Zerschneiden dieses letzten wirtschaftlichen Bandes erwartet man trotz aller eilfertigen Dementis als sicher, wenn der jetzige Kurs beibehalten wird.

Unbestreitbar bedeutet der Gemeinsame Markt in seiner jetzigen Form eine verstärkte Bindung Westdeutschlands an den Westen. Welche Interessen effektiv hinter dem Projekt des Gemeinsamen Marktes stehen, haben gerade die „Blätter" unmißverständlich schon früher gesagt. Und man kann nur mit tiefem Bedauern konstatieren, daß der allzu eilfertigen Konzessionsbereitschaft Westdeutschlands gegenüber den Initiatoren des Gemeinsamen Marktes offenbar ganz entgangen ist, wieviele klare Sondervorteile das seines Enderfolges so sichere Frankreich für sich hat in die Scheuern fahren können — auch und gerade durch immer neue Durchlöcherungen der Prinzipien, die für den Gesamtplan aufgestellt worden waren — während man seitens der Bundesrepublik auf das unschwer durchsetzbar gewesene Zugeständnis der anderen Partner verzichtet hat, einen Passus beschließen zu lassen, der die innerdeutsche Zolleinheit bekräftigt und als von den Bestimmungen über den Gemeinsamen Markt nicht betroffen hinstellt.

Und dieser Verzicht, diese Ungewißheit über Fortdauer oder Abbau der gesamtdeutschen Zolleinheit hat noch eine Seite, die abermals ganz besonders Leipzig betrifft. Ich meine die Entwicklung des Osthandels in beiden deutschen Staaten.

Es ist bekannt, daß trotz aller Hindernisse auch die Wirtschaftsbeziehungen Westdeutschlands zur Sowjetunion, zu den Ländern des Ostblocks und keineswegs zuletzt mit den Staaten des neutralen Gürtels in Asien und Afrika enger geworden sind und das Handelsvolumen sich ständig vergrößert. Das ist nur zu begrüßen, wenngleich die absoluten Zahlen im Warenverkehr vor allem mit den Ostblockstaaten noch weit hinter denen der Vorkriegszeit zurückbleiben. Man muß dem jedoch die Tatsache gegenüberstellen, daß Mitteldeutschland, also der Raum der DDR, unvergleichlich viel mehr, als es anteilmäßig vor dem zweiten Kriege unserer Generation der Fall war, schon heute an östliche Länder liefert und von ihnen bezieht — denn beide deutsche Teilstaaten zusammen haben für diesen Wirtschaftsfaktor den Stand von 1938 wieder erreicht, was besagen will, daß 13,2% des Außenhandels von Bundesrepublik plus Außenhandel der DDR mit Staaten des Ostblocks abgewickelt werden. Und das bedeutet, bei dem prozentual noch sehr geringen westdeutschen Anteil, daß Mitteldeutschland unverhältnismäßig stark auf das Ostgeschäft hin ausgerichtet ist und es in Zukunft fraglos noch weit mehr werden wird, wenn sich an den wirtschaftspolitischen Konzeptionen Bonns nichts ändert (wofür, wie ich vorher ausführte, leider nichts spricht).

Man sollte bei diesen Dingen einen Augenblick verweilen und sich zu vergegenwärtigen suchen, was das bedeutet — einmal als westdeutsches Versäumnis nur im Wirtschaftlichen und zum anderen, erst recht, im Politischen. Der Verzicht auf die rechtzeitige Schaffung einer deutschen Wirtschaftseinheit hat die gesamtdeutsche Beteiligung an dem so zukunftsträchtigen Markt der in Betracht kommenden Länder unmöglich gemacht, aber auch die Schaffung einer haltbaren Plattform für die politische Einigung vom Ökonomischen her verhindert. Das getrennte Vorgehen beider deutscher Teilstaaten im wirtschaftlichen Verkehr mit jenen Volkswirtschaften hat zu einer überstarken und einseitigen, also nach allen wirtschaftlichen Erfahrungen risikovollen Orientierung der DDR nach dem Osten hin geführt. Genau dasselbe gilt für die entsprechende Bindung der Bundesrepublik an den westlichen Wirtschaftsraum unter allzu langer Vernachlässigung des östlichen, und wenn Bonn in neuester Zeit zur Erhärtung dieser Tendenz sogar noch das Odium auf sich nimmt, zur Galvanisierung des zum Sterben verurteilten Kolonialismus beizutragen, kann man nur mit schwerer Sorge in die Zukunft blicken, namentlich, wenn man sich der traditionellen Mittlerrolle Deutschlands im Güteraustausch mit dem Westen und dem Osten entsinnt.

Denn: die mitteldeutsche Wirtschaft wird für das, was ihr die westdeutsche versagt und vorenthält, noch mehr als bislang Ersatz im Ostraum suchen — und finden. Und: die westdeutsche Wirtschaft wird durch die starre Hinwendung auf NATO, Westeuropa und Gemeinsamen Markt auch weiterhin nur Bruchteile ihrer Energie und ihrer Möglichkeiten auf die Pflege der Ostgeschäfte (im weitesten Umfang des Begriffs Osten) verwenden. Damit aber wachsen die Wirtschaften beider deutscher Teilstaaten zwangsläufig noch weiter ausein-

ander, werden sie noch mehr als bereits heute daran gehindert, Schrittmacher der Annäherung auch im politischen Felde zu sein, und die Menschen auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze müssen sich noch mehr und noch weiter auseinanderleben, weil eines der wenigen Bänder, die zwischen ihnen gespannt blieben, über Gebühr beansprucht und eines nicht fernen Tages reißen wird, wenn nicht von beiden Seiten her an der Festigung und Verstärkung dieser Bindung gearbeitet wird.

Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse hat ihren Besuchern kaum etwas gezeigt, was für eine baldige Anstrengung in dieser Richtung gedeutet werden kann, wie gesagt: für eine Anstrengung, die von beiden Seiten gemeinsam unternommen wird, und zwar rechtzeitig.

G. B. Kummer

Berichte und Briefe aus dem Ausland

Schwere Hypotheken für den jungen Staat Ghana

Die im ganzen Erdteil spürbare Bewegung, die auf Unabhängigkeit und Bildung neuer Staatswesen abzielt, verzeichnet einen stolzen Triumph: seit dem 6. März d. J. hat Afrika (nach dem Kaiserreich Äthiopien) einen zweiten voll souveränen Staat. Die bisherige Kolonie Goldküste ist selbständig geworden, sie hat den alten Namen Ghana angenommen und bildet nun aus eigenem freien Entschluß einen Teil des britischen Commonwealth mit gleichen Rechten und Pflichten wie Kanada oder die Südafrikanische Union.

Nach der Entdeckung durch portugiesische Seefahrer setzte bald ein allgemeiner Wettlauf um den Besitz des reichen Tropenlandes ein. Dänen begründeten Christiansborg und Victoriaborg (diese Ortsnamen haben sich bis heute erhalten), dann kamen Schweden und Holländer und endlich die Engländer, die 1871 die letzten holländischen Niederlassungen an sich brachten und drei Jahre später die Kolonie Goldküste begründeten. Lange Zeit mußten sie schwere Kriege mit den mächtigen Aschanti-Königen bestehen, deren Gebiet erst 1896 „unter britischen Schutz gestellt" wurde. Die sog. Northern Territories — sie grenzen im Westen und Norden an französische Kolonien, im Osten an das damals deutsche Togo — kamen sogar erst 1902 unter die Schutzherrschaft der Engländer, und zwanzig Jahre später wurde der Nordteil Togolands unter die Verwaltung dieser britischen „Nordgebiete" gebracht.

So besteht das neue Ghana (etwa 240 000 qkm mit 4,15 Mill. Einwohnern, darunter jedoch nur knapp 7000 Nichtafrikaner) aus vier recht heterogenen Teilen, die nicht einmal in sich jeweils eine echte Einheit darstellen:

Die Kolonie Goldküste — etwa 63 000 qkm und 1,2 Millionen, mit der Hauptstadt Accra und den größeren Plätzen Cape Coast Castle und Sekondi-Takoradi — Aschanti — rund 52 000 qkm, 820 000 Bewohner, Hauptort Kumassi — Nordgebiete — 95 000 qkm, 700 000 Einwohner, Hauptstadt Tamale (ein Großdorf von 16 000 Menschen) — und Togoland — 32 000 qkm mit 400 000 Bewohnern.

Als einziger Teil Ghanas stellt Aschanti-Land so etwas wie eine volkstumsmäßige Geschlossenheit dar. Die Ewe und kleinere Stämme von Togoland gehören in diesem Sinne zur Masse ihrer Großstämme im heute französischen Hauptteil Togos. Im Nordgebiet sind Haussa, Diula, Malinké und Dagomba ansässig, überwiegend mohammedanischen Glaubens, wie die 120 000 Muslim von Ghana fast völlig im nördlichen Innern wohnen. Ähnlich vielschichtig ist die Bevölkerung der alten Kolonie Goldküste, wo nur noch ein Teil zu den Fanti-Stämmen gehört; sie ist sozial zerklüftet, stark europäisiert und ohne Stammes-Bewußtsein oder -Zusammenhang. Hier ist der Anteil der Christen am größten.

An der eigentlichen Goldküste hat auch die nationalistische Bewegung des „Afrika den Afrikanern!" am frühesten Fuß gefaßt. 1897 entstand die Gesellschaft zum Schutz der Eingeborenen-Rechte, eine von fortschrittlichen Stammeshäuptlingen begründete Organisation als Verbindung zu den britischen Behörden und bald so etwas wie eine beratende Körperschaft für den Gouverneur. Nach dem ersten Weltkriege wurde sie, trotz ausgezeichneter Bewährung, den Engländern zu mächtig, sie stifteten Zwistigkeiten zwischen mehr konservativen Häuptlingen und radikaleren Neger-Intel-

lektuellen, und die Gesellschaft zerfiel. Aber ihre Forderungen nach Selbstverwaltung blieben und wurden immer lauter erhoben, erst vom „Westafrikanischen Nationalkongreß" (1920—1930) und dann durch den „Jugendkongreß von Westafrika", bis auf die Initiative der gebildeten und noch mehr der halbgebildeten jungen Neger hin 1947 die „Vereinigte Konvention der Goldküste" als Einheitsbewegung der autonomistischen Gruppen gebildet werden konnte. In ihr dominierte die Küstenbevölkerung, die anderen Landesteile warteten ab oder verhielten sich mißtrauisch-abweisend.

Generalsekretär dieser Konvention wurde Dr. Kwame Nakrumah, der Sohn eines Dorftischlers. Seiner politischen und weltanschaulichen Überzeugung nach bezeichnet er sich gern als „marxistischen christlichen Sozialisten", und seine Karriere in der Politik ist ähnlich bunt wie die Formel für seine Ansichten. Nakrumah wurde von katholischen Missionaren getauft und erzogen, 1935 wanderte er in die USA aus (auf der Universität von Pennsylvanien promovierte er) und übersiedelte 1945 nach London. Doch bereits ein Jahr später, als die Engländer mit der ersten Verfassung für die Goldküste der eingeborenen Bevölkerung eine beschränkte Mitwirkung an der Landesverwaltung einräumten, kehrte Nakrumah in die Heimat zurück. Durch ihn kam es zur Spaltung der nationalen Bewegung, von der sich die gemäßigteren konservativen Häuptlinge distanzierten, als sie sehen mußten, wie der junge Dr. Nakrumah die entwurzelten Massen der Küstenplätze organisierte und fanatisierte, so daß es 1948 in Accra und anderen Häfen zu schweren Unruhen kam. Immerhin wurde den britischen Behörden 1951 eine neue Verfassung abgetrotzt mit einer Gesetzgebenden Versammlung, in der nur noch 3 beamtete Engländer neben 75 Negerabgeordneten saßen, letztere z. T. direkt durch die Bevölkerung gewählt, z. T. von den Stämmen benannt, während die ausübende Gewalt beim Gouverneur und einem ihn unterstützenden, vom Parlament ernannten Staatsrat liegen sollte. Doch diese Konstruktion hielt auch nur etwa ein Jahr lang: schon 1952 wurde das Amt eines Ministerpräsidenten für Dr. Kwame Nakrumah geschaffen, nachdem seine „Party of Convention of the People" (P. C. P.) bei den Wahlen einen überwältigenden Erfolg errungen hatte.

Fragt man, worauf die Politik Nakrumahs abziele, kann die Antwort nur lauten: auf eine Afrikanisierung zuerst der Verwaltung. Mit dieser Parole hat er besonders die halbgebildete Negerjugend hinter sich gebracht, deren Ideal eine bequeme Bürostellung ist. Aber die Kehrseite dieser Medaille besteht in der raschen Lockerung und Auflösung der als „feudalistisch" verschrieenen Stammes-Organisation und in der Entmachtung der alten Häuptlingsfamilien, und die Konsequenz zeigt sich in der weitgehenden Ablehnung dieser radikalen Modernisierung bei den islamischen Nord-Stämmen und namentlich den Aschantis.

Überhaupt stellen die Aschantis so etwas wie das Hauptproblem Ghanas dar. Die an sich recht gesunde Außenhandelsbilanz beruht im wesentlichen auf der Ausfuhr von jährlich etwa 250 000 t Kakao (der augenblicklich einen sehr schlechten Markt findet), und die Kakaopflanzungen liegen größtenteils im Aschantigebiet. Seine Bewohner sind voller Mißtrauen gegen die verstädterten, europäisch gemodelten und hyperzivilisierten Küstenneger, auf denen Nakrumahs Position beruht, und die tüchtigen Bauern-Aschantis formulieren ihr Verlangen nach einer föderativen Staatsform unmißverständlich: „Aschanti will nicht für die Korruption der Regierung in Accra zahlen." Während die Mohammedaner des nördlichen Territoriums hierin die Aschantis unterstützen, sind im Togoland von Ghana die Strömungen noch recht stark, die eine Rückvereinigung mit dem Hauptteil von Togo und die Abschüttelung der französischen Kolonialherrschaft erstreben. Recht bezeichnend ist, daß in beiden Teilen unserer alten Kolonie die einstige deutsche Schutzherrschaft noch immer als erheblich besser als die Systeme der Engländer und Franzosen gilt, doch sehnt sich natürlich niemand mehr nach irgendeiner — auch nicht nach einer deutschen — Hoheit von Nichtafrikanern zurück.

Um Unitarismus oder Föderalismus geht es in Ghana, um Auflösung oder Erhaltung der Stammesverbände, Kampf oder Verständigung zwischen den bäuerlichen Produzenten im Innern und den Händlern der Küstenorte — das sind sehr schwere Hypotheken für einen jungen Staat aus einander widerstrebenden Interessen. Bisher hielt ihn die britische Verwaltung zusammen, doch nun . . . ?

Abdul Latif, z. Z. Freetown